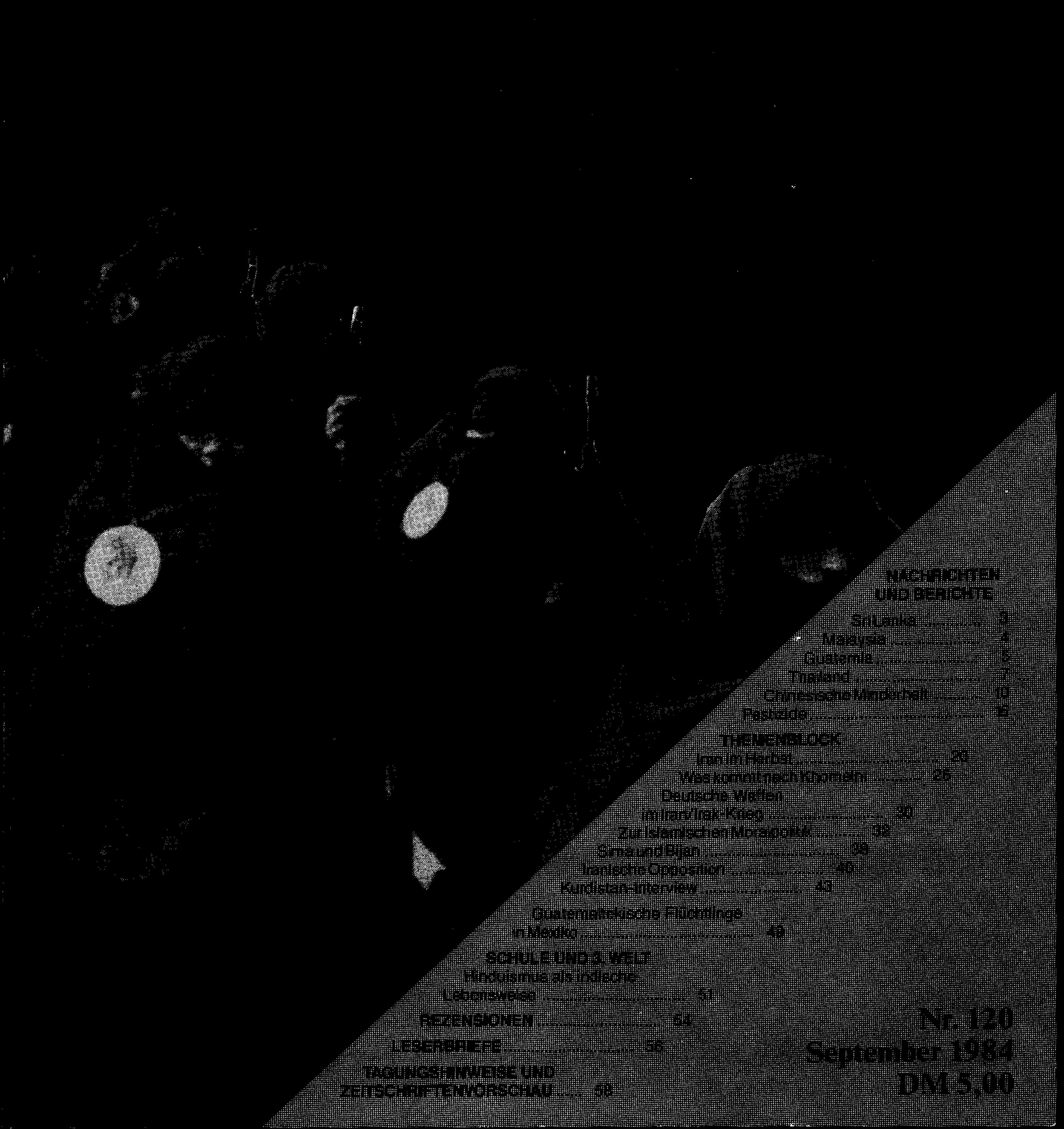
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 120
September 1984
DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 43,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien : 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 121:
2. 10. 1984

Anzeigenschluß für Nr. 121:
9. 10. 1984

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ost sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Pharma-Bus fährt weiter

Wie schon im letzten Pharma-Brief angekündigt, fährt der Theaterbus weiter durch die Lande bzw. Städte. Zu der Frage, „Warum gerade Straßentheater?" schrieb einer der Teilnehmer: „Politische Aktion muß Spaß machen! Straßentheater, mit Power und Energie gespielt, ist für die Akteure eine „Pille gegen die schleichende Resignation" und Singen, Trommeln, Klamauk und der große bunt bemalte Bus bringt Passanten dazu stehenzubleiben, zuzuschauen und sich zu informieren. Theaterspielen kann jede/r! Die meisten von uns hatten keinerlei Vorerfahrung!"

Die nächste Bus-Tournee ist schon geplant: Los geht's am 1. Oktober in Bielefeld, über Osnabrück (2. 10.) nach Bremen zum Gesundheitstag (3./4./5. 10.) und anschließend am 6. 10. für einen Tag nach Hamburg
Und jetzt wird es interessant für alle, die selber was mit dem Bus machen wollen:

- Für Gruppen, die den Bus für eine Aktion in ihre Stadt einladen wollen; hierbei wäre es nötig, sich möglichst frühzeitig bei der Geschäftsstelle zu zu melden, da sich nur mehrere Auftritte in einer Gegend lohnen.
- Für Gruppen und Einzelpersonen, die gerne selbst einmal mit dem Bus durch die Lande fahren wollen, um für die Ziele der Pharma-Kampagne zu werben. Diese Gruppen könnten in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle ein Seminar mit Bus, Theater spielen und Einarbeiten ins Pharma-Thema machen. Ein erstes Bus/Theater-Seminar, für das Ihr Euch noch anmelden könnt, findet in der zweiten Oktoberwoche statt (genaueres siehe Kasten!).
- Drittens besteht auch die Möglichkeit, den Bus zu verleihen: z. b. an Gruppen, die schon Theater spielen und eine Tournee planen (gegen Kostenerstattung).

Kontaktadresse für alle Interessenten ist die Geschäftsstelle: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1.

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Sri Lanka

Ferienparadies im Kriegszustand

Da sich die Ereignisse in Sri Lanka in den letzten Wochen zuspitzten, veröffentlichen wir hier kurze Informationen zur aktuellen Lage. Ausführlicher über die Hintergründe des Konflikts in Sri Lanka informiert der Artikel über die Tamilen in der letzten Nummer der „blätter des iz3w", Nr. 119.

Zur selben Zeit als Tausende von Touristen, unter anderem auch Deutsche, sich an den Palmenstränden Sri Lankas sonnen, wird in diesem als Ferienparadies gepriesenen Land Krieg geführt. Dieser Konflikt ist für Touristen kaum beobachtbar, denn er findet außerhalb der Zentren statt. In der Öffentlichkeit als ethnischer Konflikt zweier Bevölkerungsgruppen, den Sinhalesen und Tamilen dargestellt, hat er sich in den letzten Wochen im Norden und Osten des Landes zu einem regelrechten Krieg ausgeweitet.

Die Situation eskalierte, als auf dem Flughafen von Madras in Indien am 2. August eine Bombe explodierte, bei der 30 Menschen getötet wurden. Die Regierung in Colombo wußte sofort die im indischen Tamil Nadu operierenden Tamilen aus Sri Lanka für die Explosion verantwortlich zu machen. Indische Untersuchungen haben dies jedoch nicht bestätigt. Einige indische Zeitungen haben dagegen die Vermutung geäußert, daß die Bombe das Werk irgendeiner Partei oder Organisation sei, die Indira Gandhi zu Maßnahmen gegen die Tamilen bewegen sollte.[1]

Zwei Tage nach der Bombenexplosion in Madras fingen die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Provinz Jaffna an. Angeblich haben die „Terroristen" Banken und Polizeistationen überfallen, die Armee habe nur reagiert.

In Jaffna war der Verkehr lahmgelegt, die staatlichen Banken und Geschäfte mehrere Tage geschlossen, was auch zu Versorgungsschwierigkeiten führte. Von offizieller Seite wurden die Bewohner aufgefordert, „aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Terroristen und Sicherheitskräften" die Häuser nicht zu verlassen. Ausländische Touristen berichteten, daß die Stadt von Militärs besetzt sei und daß die Soldaten auf jeden schießen würden, der auf die Straße zu gehen wagt. Die Touristen haben ebenfalls gesehen, wie Soldaten kleine Kinder erschossen haben.

Die Presse unterliegt einer strengen Zensur, so daß nur offizielle, regierungseigene Verlautbarungen über die Ereignisse in Jaffna und in anderen Orten verbreitet werden. Diese Verlautbarungen sind widersprüchlich und unglaubwürdig. Danach überfallen in der Regel „Terroristen" eine Polizeistation oder eröffnen das Feuer auf Armeefahrzeuge. Dabei kommen angeblich sehr viele Terroristen um, und noch mehr werden verhaftet; wohingegen die Armee kaum oder keine Verluste zu beklagen hat. wie beispielsweise in Velvettiturai. Anderen Berichten zufolge, die natürlich von der Regierung als „Falschinformation der Terroristen[2] dementiert wurden, soll es die Armee sein, die die Stadt bombardiert, so daß es Tote und Verletzte gab.[3]

Insgesamt sind seit Anfang August Hunderte von Terroristen getötet und eine noch größere Zahl verhaftet worden. Die Regierung ist von einer Terrorismushysterie besessen und ist fest entschlossen, den „Terrorismus" mit militärischen Mitteln in Sri Lanka auszurotten.[4]

Es gibt jedoch hinreichend Beweise dafür, daß zumindest die Auseinandersetzungen der letzten Wochen nicht von der tamilischen Organisation, sondern von der Armee selbst ausgelöst wurden. Selbst der Bischof von Jaffna hat gesagt, daß es die Armee ist, die die Gefahr darstellt und hat sich geweigert, die militanten „Boys" zu verurteilen.[5] Im Morgengrauen des 10. August fielen außerhalb von Jaffna, in der Nähe von Trincomalee, Soldaten in das Dorf Tampalagamam ein. Sie betraten den Tempel mit Schuhen — eine große Verletzung der religiösen Werte. Im Tempel haben sie — unter dem Vorwand Terroristen zu suchen — Sachen beschädigt, den Priester und andere anwesende Männer geschlagen und Geld geraubt. Anschließend haben die jungen Männern des Dorfes die Haare und Schnurrbärte halbseitig geschnitten.

Bei meinem Besuch in dem Ort am darauffolgenden Tag waren die Bewohner noch sehr verschreckt und befürchteten neue Überfälle durch die Armee. Da dieser und der am gleichen Tag im nahegelgenen Ort Nilavele (wo übrigens ein großes Ferienzentrum liegt) verübte



Tamilen-Flüchtlinge auf Sri Lanka

Überfall in den Medien des Landes nie veröffentlicht werden, haben die Dorfbewohner darum gebeten, dies zumindest im Ausland zu tun.

Die tamilische Bevölkerung lebt in Angst. Obwohl es offiziell keine Ausgangssperre gibt, wagen z. B. in Trincomalee die Tamilen nach 20.00 Uhr nicht mehr, ihre Häuser zu verlassen.

Militärhubschrauber kreisen nachts über der Stadt, um die angeblichen Boote der Terroristen ausfindig zu machen. Offizielle Gebäude und Banken werden von bewaffneten Sicherheitskräften überwacht. In den letzten Wochen wurden dort Straßen gesperrt und Kontrollen erheblich verschärft, wie auch an anderen Orten im Land. Aus Angst vor diesen Kontrollen können viele Tamilen nicht zur Arbeit gehen oder mit dem Bus fahren, da sie jederzeit als potentielle Terroristen verhaftet werden können.

Um etwas über die tatsächlichen Zustände im eigenen Land zu erfahren, ist die Bevölkerung von Sri Lanka auf Informationsquellen wie den BBC, indische Nachrichtenagenturen, Reisende und auf die kleinen Piratensender angewiesen.

In Sri Lanka selbst herrscht eine strenge Zensur, wonach es den Medien unmöglich gemacht wird, objektiv und kritisch über aktuelle Ereignisse zu berichten. Zusätzlich zu den Zensurmaßnahmen bereitet die Regierung derzeit ein Gesetz vor, wonach alle Presseartikel mit dem vollen und richtigen Namen des Schreibers gekennzeichnet werden müssen. Die Anwendung von Pseudonymen soll strafbar sein. Somit wird jeder kritischen Berichterstattung und sogar Leserbriefen ein Ende gesetzt. Daß die Regierung jeglich Kritik an ihrer Politik ausschalten will, zeigen u. a. auch folgende Beispiele aus der letzten Zeit:

— im August 1983 die Einführung des Artikel 157A in die Verfassung; danach darf keine Person, direkt oder indirekt, in Sri Lanka oder im Ausland die Einrichtung eines separaten Staates innerhalb des Territoriums von Sri Lanka unterstützen, dafür eintreten, fördern, finanzieren, helfen oder verteidigen.
— Einschränkung der Versammlungsfreiheit und gewerkschaftlicher Tätigkeit
— das Verbot, Flugblätter zu verteilen
— die neue Verordnung, daß Studenten, die aus irgendeinem Grund gerichtlich belangt werden (unabhängig vom Ausgang des Verfahrens), vom Examen ausgeschlossen werden
— die Errichtung einer Polizeistation an der Universität Peradeniya
— Einschreiten der Polizei gegen streikende Arbeiter und Arbeiterinnen
— für die Zulassung zur Universität müssen Tamilen bessere Noten haben als sinhalesische Studenten.

Im Interesse eines weiteren Besuches in Sri Lanka und um die Freunde dort nicht zu gefährden, kann dieser Bericht nicht namentlich gekennzeichnet werden.

R. S.

Anmerkungen:
1) Saturday Review 11. 8. 1984
2) The Island 14. 8. 1984
3) Saturday Review 11. 8. 1984
4) The Island 15. 8. 1984
5) The Island 15. 8. 1984

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Malaysia

Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Malaysia

Seit Jahren gehen multinationale Konzerne dazu über, besonders umweltschädliche Industrieproduktionen in Länder der Dritten Welt zu verlagern. Dort wo es kaum organisierte Umweltschutzverbände gibt, läßt sich im Handstreich durchsetzen, was in Europa, den USA oder Japan einer langwierigen Genehmigungsprozedur bedarf.
Der japanische Konzern Mitsubishi wollte jetzt in Malaysia eine Produktion aufbauen, bei der radioaktive Abfälle entstehen. Dabei stieß er unerwartet auf massiven Widerstand. Der Bau eines Lagers für radioaktive Abfälle provozierte die erste große Umweltschutz-Demonstration in Asien.

Kaum eine Stadt ist in den letzten Wochen und Monaten in den Zeitungen Malaysias so oft genannt worden wie die 3000-Einwohner-Gemeinde Papan im Bundesstaat Perak. Papan, das seine Entstehung dem Zinnboom Ende des 19. Jahrhunderts verdankt und heute überwiegend landwirtschaftlich geprägt ist, ist zum Symbol geworden für Malaysias Weg ins Atomzeitalter. Zum Symbol aber auch für die Gefahren, die von der industriellen Nutzung radioaktiver Stoffe für das menschliche Leben ausgehen.

Am Ortsrand von Papan, eingebettet zwischen Fischteiche und Obstgärten, ist gegenwärtig ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle im Bau. Das Zwischenlager besteht aus mehreren Beton-Gräben, jeder ist acht Meter breit und vier Meter tief; der längste der Gräben ist 72 m lang. Die Gräben sollen anschließend mit speziellen Isoliermaterialien ausgekleidet werden. Nach Fertigstellung der Anlage soll dort radioaktives Thorium-Hydroxyd eingelagert werden. Der radioaktive Abfall entsteht in einer japanisch-malaysischen Fabrik in der Nähe, die aus dem Abraum stillgelegter Zinnminen Metallverbindungen für die Produktion von Farbfernsehgeräten gewinnt. Das neu aufgebaute Werk ist das erste seiner Art in Malaysia.

Schon vor zwei Jahren, als die Pläne für den Bau des Zwischenlagers erstmals bekannt wurden, protestierte die Umweltschutzorganisation „Environmental Protection Society of Malaysia" gegen die Pläne. Die Gruppe machte die malaysische Öffentlichkeit auf die gesundheitlichen Risiken aufmerksam, die mit der Lagerung radioaktiver Abfälle verbunden sind.

Nach und nach sprach sich auch unter der bäuerlichen Bevölkerung von Papan herum, was es mit der Baustelle zwischen den Obstgärten auf sich hat.

Viele Bewohner befürchten Gesundheitsschäden für sich und ihre Kinder. Zum einen wird befürchtet, daß der Beton und das verwendete Isoliermaterial mit der Zeit undicht werden. Zum anderen sind Überschwemmungen des Zwischenlagers in der Regenzeit nicht auszuschließen. Wenn der nahegelegene Fluß über die Ufer tritt, wäre gleich das ganze dicht besiedelte Kinat-Tal einschließlich der Landeshauptstadt Ipoh mit 500 000 Einwohnern radioaktiv verseucht. Anfang Mai dieses Jahres sagte eine Nudelverkäuferin aus Papan zu einem Zeitungsreporter: „Ich halte das Zwischenlager für ganz schlimm für mich und meine Kinder. Am liebsten würde ich von hier wegziehen, aber dazu fehlt mir das Geld." Ein 70-jähriger Rentner, der sein Leben lang in der Zinnmine in Papan gearbeitet hat, wurde deutlicher: „Wir werden alles tun, um das Zwischenlager zu verhindern. Wir sind bereit, bis zum letzten zu gehen.

Ich hoffe nur, daß es nicht zu Blutvergießen kommt."

In der Tat wurde die Bevölkerung unerwartet schnell aktiv. Es bildete sich ein örtliches Aktionskomitee, und noch im Mai fanden mehrere Demonstrationen auf der Hauptstraße von Papan statt, die landesweites Aufsehen erregten. Das waren die ersten Demonstrationen gegen ein Projekt der Nuklearindustrie in Südostasien. Die Demonstranten forderten die Regierung auf, dem japanisch-malaysischen Konzern die Betriebsgenehmigung für radioaktive Produktion zu entziehen.

In der Presse wurde das Problem erstaunlich offen diskutiert. Dabei zeigten viele Redakteuren durchaus Sympathien mit den Gegnern des Zwischenlagers, eine überraschende Tatsache angesichts der in Malaysia herrschenden Pressezensur.
Premierminister Mahathir griff persönlich in die Debatte ein: „Kein Mensch weiß, wie gefährlich Radioaktivität wirklich ist. Aber solange die Bewohner von Papan das Sperrgebiet nicht betreten, besteht für sie keine Gefahr", sagte er auf einer Pressekonferenz. Diese offizielle Erklärung war allerdings kaum geeignet, die Gemüter zu beruhigen. Die Bewohner von Papan und fünf umliegenden Dörfern organisierten Blockaden an der Baustelle. Der Baubetrieb kam zum Erliegen, zwischen dem 18. Juni und dem 5. Juli waren die Zufahrten permanent blockiert. Zeitweise hielten sich auch nachts bis zu 1000 Menschen an den Barrikaden auf.
Der Malaysische Gewerkschaftsverband und zahlreiche andere Organisationen — zum Beispiel Verbraucherorganisationen — erklärten ihre Unterstützung für die Forderungen der Demonstranten. Am 5. Juli 1984 fand die bisher größte Demonstration am Zwischenlager statt: Nach Zeitungsberichten waren über 3000 Atom-Gegner gekommen. Daraufhin ließ die Polizei alle weiteren Demonstrationen und Proteste als unerlaubte Versammlungen verbieten.

Die Gegner des Projektes geben sich jedoch noch lange nicht geschlagen. Gegenwärtig sammeln landesweit verschiedene Organisationen Unterschriften gegen das Zwischenlager. Täglich veröffentlichen die Zeitungen Leserbriefe, die sich mit den langfristigen Folgen auseinandersetzen. Befürchtungen wurden laut, daß Papan erst der Anfang der Atomindustrie in Malaysia sein könnte. Die Regierung hat immer wieder betont, daß es sich nur um ein Zwischenlager, nicht um ein Endlager handle. Das radioaktive Material solle nur solange gelagert werden, bis es „ökonomisch verwertbar" sei.

Warum ein Zwischenlager fragen besorgte Leserbriefschreiber. Heißt das nicht, daß die dort gelagerten Abfälle später einmal als Brennstoff in Kernkraftwerken verwendet werden sollen? Noch sind Thorium-Reaktoren erst im Forschungsstadium, aber in vielleicht zehn Jahren könnten die ersten Thorium-Reaktoren zur Elektrizitätserzeugung in Malaysia Wirklichkeit werden ...

Nach der Welle von Protesten und Demonstrationen ist die malaysische Regierung etwas vorsichtiger geworden. Hieß es am Anfang, das Zwischenlager müsse auf jeden Fall in Betrieb gehen, da ansonsten die gesamte Industrialisierung Malaysias gefährdet sei, so sagt die Regierung jetzt: Die endgültige Inbetriebnahme soll von einem Gutachten der Internationalen Atomenergiebehörde abhängig gemacht werden. Die Gegner bleiben dabei: Das Zwischenlager darf auf keinen Fall in Betrieb gehen. Sie verweisen auf Erfahrungen mit vergleichbaren Anlagen in den USA, an denen sich schon nach wenigen Jahren Risse im Schutzmantel gezeigt haben.

Ende Juli begutachteten Experten der „Environmental Protection Society of Malaysia" die Baustelle. Sie stellten fest, daß sich bereits jetzt Risse in der Betonverschalung zeigen.

Einhard Schmidt

Die Gegner des radioaktiven Zwischenlagers in Papan brauchen Unterstützung. Briefe und Solidaritätstelegramme stärken ihnen den Rücken. Es wäre gut, wenn möglichst viele deutsche Umweltschützer — Individuen und Initiativen — ihnen schreiben würden.
Hier die Anschriften:
Mr. Lee Koon Ban
(Action Committee on Anti-radioactive Waste Dump),
19, Papan New Village,
Papan,
Perak,
Malaysia, oder

Environmental Protection Society of Malaysia,
17, SS 2/53,
Petaling Jaya,
Selangor,
Malaysia.
Weitere Informationen: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1.

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Guatemala

Besser geht's mit Coca Cola

Bis zum Februar dieses Jahres füllte die ESGA in Lizenz 85 % der Produkte für Coca-Cola, den Rest für einige kleinere Soft-Drink-Hersteller ab. Die Coca-Cola Company in Atlanta finanziert die EGSA durch Kredite und besitzt weitgehend Pfandrechte.

Trotz eines 1980 für eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossenen Abkommens, in dem Coca-Cola u. a. die Respektierung der Gewerkschaftsrechte sowie direkten finanziellen und personellen Einfluß auf seinen Konzessionär zusicherte, wurde am 17. 2. 1984 die Schließung der ESGA bekanntgegeben. Dies bedeutet für viele Arbeiter und deren Familien die Bedrohung ihrer Existenz.

Der als Grund für die Schließung der EGSA angegebene Umsatzrückgang wurde von den Arbeitern angezweifelt. Sie nahmen vielmehr an, daß es dem Management und der Regierung darum geht, die Gewerkschaft der EGSA und der ihr angeschlossenen Betriebe, der STEGAC[1] zu zerschlagen. Der Grad gewerkschaftlicher Organisation bei EGSA ist für guatemaltekische Verhältnisse ungewöhnlich hoch und die STEGAC für andere Betriebe beispielhaft. Der Grund für diese starke Position der STEGAC liegt in ihrer über 10-jährigen Geschichte: Die Anfangsschwierigkeiten im Aufbau der Organisation und die Verfolgung von Arbeitern und Gewerkschaftern haben die Solidarität ihrer Mitglieder verstärkt. Hinzu kommt, daß die Gewerkschaft in ihren Verhandlungen 1980 Erfolg hatte, was ihre Position untermauerte. Außerdem ist natürlich, weil Coca-Cola betroffen ist, die internationale Aufmerksamkeit bezüglich der Geschehnisse dort größer.

Die Arbeitnehmer bei EGSA glaubten, daß der Abfüllbetrieb nach Zerschlagung ihrer Gewerkschaft unter neuem Namen und mit neuer Belegschaft wieder aufgenommen werden sollte. Um ihre Gewerkschaftsführer zu schützen und um für ihre gewerkschaftlichen Rechte einzutreten, sowie gegen die Schließung zu protestieren, besetzten die 460 Arbeiter am 18. Februar 1984 das Werk. Die Armee und Sicherheitskräfte in Zivil bewachten von da an das Gelände. Wer bei den Straßenkontrollen der Aufforderung anzuhalten, nicht nachkam, auf den eröffnete die Armee das Feuer. Auf diese Weise wurde am 2. März 84 eine (vermutlich unbeteiligte) Person getötet und zwei Personen wurden verletzt. Die beiden Verletzten sind seither „verschwunden". Weitere Schießereien wur-

den inszeniert, um die Arbeiter einzuschüchtern. Aufgrund des öffentlichen und internationalen Interesses sind die Arbeiter bisher keinen so grausamen Verfolgungen ausgesetzt gewesen, wie das bei früheren Verfolgungswellen der Fall war.

Das letzte Mal hatte die ESGA 1979/80 im Blickpunkt internationalen Interesses gestanden, als die Werksleitung selbst an der Verfolgung der Arbeiter beteiligt war. Mitglieder der Werksleitung sprachen offene Drohungen gegen Arbeiter aus, und Gewerkschafter bekamen Drohbriefe nach Hause. Nach Angaben von Gewerkschaftsführern konnten die Adressen der angeschriebenen Personen nur aus dem Büro der Abfüllfabrik stammen.

Die Armee und die Werksleitung waren eng verflochten. Drei Leutnants der Armee bekleideten leitende Positionen bei ESGA: als Personal-, Lager- und Sicherheitsdirektor. Außerdem wurden regelmäßig spezielle Wachmannschaften der Armee von der Firmenleitung angefordert, da der Privatindustrie nämlich Soldaten zu einem Preis von umgerechnet ca. 10,- DM (3 Quetzales) pro Soldat und Tag zur Verfügung standen.

Gewerkschaftsführer bei STEGAC zu sein, bedeutete, sein Leben zu riskieren; ai wurde allein in den letzten 5 Jahren von 10 Morden unterrichtet. Viele STEGAC-Mitglieder wurden entführt. Die Ermordeten und wenige Überlebende waren teilweise auf grausamste Weise gefoltert worden; Gewerkschafter wurden auf dem Werksgelände vor den Augen der die Fabrik „bewachenden" Polizei erschossen.

Die Hauptgeschäftsstelle von Coca-Cola in Atlanta distanzierte sich zu Anfang von den Geschehnissen bei ESGA und wies die Verantwortung dafür von sich. Aufgrund internationaler Proteste und meherer von der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelgewerkschaften (IUL) organisierte Boykotte aber machte sie den Einfluß auf ihren Konzessionär geltend. Auf diese Art kam es dann 1980 zu dem Abkommen zwischen der STEGAC und Coca-Cola, in dem u. a. die folgenden Bedingungen festgelegt wurden:

- Alle Militär- und Polizeikräfte, einschließlich der privaten Sicherheitskräfte der Firmenleitung, müssen vom Firmengelände abgezogen werden.
- Die Firma garantiert, daß die Gewerkschaftsrechte der STEGAC respektiert werden und unternimmt alles, um die Sicherheit der Arbeiter im Werk zu gewährleisten.
- Coca-Cola übernimmt die finanzielle Verantwortung für die Witwen und Waisen der ermordeten ESGA-Arbeiter. (In der Praxis heißt das bis jetzt, daß den Kindern das Recht auf Bildung gewährt wird.)
- Die Hauptgeschäftsstelle in Atlanta erklärte sich bereit, 5 Jahre lang die Kontrolle über das Management bei EGSA zu übernehmen.

Noch bevor dieses gemeinsame Abkommen vereinbart worden war, ließ Coca-Cola zwei Mitglieder der Geschäftsleitung auswechseln. Sie hatten verschiedenen Arbeitern gedroht und waren von der STEGAC angeklagt, Entführungen und Morde angeordnet zu haben.

Nach diesem Abkommen 1980 war bis zur verkündeten Schließung des Werkes im Februar dieses Jahres eine Zeit relativer Ruhe bei ESGA eingekehrt. Während jedoch die Arbeiter in der möglichen Schließung einen Bruch des Abkommens sahen, hielt Coca-Cola die getroffenen Vereinbarungen für nicht mehr bindend. Inzwischen allerdings ist bei den aktuellen Auseinandersetzungen eine Einigung erzielt worden. Während in Schweden ein 3-tägiger Coca-Cola Boykott durchgeführt wurde, trafen sich am 25. 5. 84 in Costa Rica Repräsentanten der Coca-Cola Company Atlanta, Georgia, USA, der Coca-Cola Inter-American Company, Costa Rica, der IUL, sowie der STEGAC, um zu verhandeln. Zwei Abgesandte des guatemaltekischen Arbeitsministeriums nahmen ebenfalls als Beobachter an diesem Treffen teil. Einer Pressemitteilung vom 28. 5. 84 zufolge wurden gegenseitige Absichtserklärungen vereinbart, die Gewerkschaft und ihre Rechte (einschließlich des Rechts, bei Tarifverhandlungen die Arbeitnehmer zu vertreten) weiterhin, d. h. auch unter den zukünftigen Besitzern anzuerkennen. Die Wiederaufnahme des Abfüllbetriebes soll unter neuen Besitzern erfolgen. Bis dahin wurde den Arbeitern eine Lohnfortzahlung zugesichert. Ihr Arbeitsplatz soll ihnen auch unter neuem Management erhalten bleiben. Die Zahlungen an die Arbeiter sind inzwischen eingeleitet, neue Besitzer für das Werk aber noch nicht gefunden. Die Vereinbarung enthält auch keine Regelung für den Fall daß keine neuen Besitzer gefunden werden, sondern es heißt dort vielmehr: „Die Suche wird solange weitergehen, bis sie erfolgreich abgeschlossen ist."



Die Coca-Cola Interamerican Corporation wird 12.000 Quetzales in einen von der STEGAC einzurichtenden und zu verwaltenden Treuhandfonds einzahlen, aus dem die Familien von STEGAC-Vertretern unterstützt werden sollen, die vor Juni 1980 ums Leben gekommen sind.

Anders als 1979/80 betreffen die Folterungen und Entführungen jetzt nicht mehr die Arbeiter selbst, sondern Angehörige und Freunde, Gewerkschafter anderer Betriebe, Studenten und Lehrer, die die Streikenden unterstützten.

Der erste von dessen „Verschwinden" ai erfahren hat, war Edgar Fernando Garcia, 25 Jahre alt, Geschäftsführer der Gewerkschaft CAVISA (Industria Centroamericano de Vidrio S. A.). Die CAVISA stellt die Flaschen für die ESGA her, und die dortige Gewerkschaft unterstützt die STEGAC. Garcia wurde am 18. 2. 84 nach Augenzeugenberichten von Mitgliedern der BROE (Brigada de Operaciones Especiales) in Guatemala-City entführt. Er ist bis heute „verschwunden". Frau Garcia hat sich bei verschiedenen Stellen nach dem Schicksal ihres Mannes erkundigt. Jede dieser Stellen gab eine andere bzw. gar keine Erklärung: Der Staatspräsident und Verteidigungsminister behauptete, die Polizei habe ihren Mann nie festgehalten, der Innenminister meinte, daß das Verschwinden Garcias ein „schlechter Scherz" sei; der Polizeipräsident machte die Firma für den Vorfall verantwortlich, die wiederum ihrerseits die Polizei beschuldigte. Zu guter Letzt deutete jener Staatspräsident und Verteidigungsminister noch an, daß Carcia vermutlich von den Guerillas gekidnappt worden sei.

Vermutlich um die Arbeiter einzuschüchtern, wurde am 10. 3. 84 der 16 Jahre alte Bruder eines EGSA-Arbeiters von bewaffneten Männern entführt, während er auf dem Weg zur Schule war. Er wurde nach 19 Tagen freigelassen und erzählte, daß man ihn die ganze Zeit in einem kleinen Raum festgehalten habe und daß Männer mit Kapuzen ihn immer wieder nach seinem Bruder und seinem Vater gefragt hätten.

Zwei junge Lehrer, die die Arbeiter während der Besetzung unterrichteten, gaben dies Ende März auf, nachdem sie mehrmals bedroht und beim Verlassen des Werkes verfolgt worden waren.

Von den Studenten, die die Arbeiter z. B. mit Musik unterhielten, „verschwanden" bisher sechs, von denen ai die Namen bekannt sind. Alle sechs studierten an der Universität von San Carlos (USAC). Ihr derzeitiger Aufenthaltsort und ihr Gesundheitszustand sind unbekannt.

Es ist zu befürchten, daß auch die EGSA-Arbeiter direkt Opfer der Repression werden, sobald das internationale Interesse für sie nachläßt. Deshalb ist es wichtig, die Entwicklung der Lage beim Coca-Cola Konzessionär in Guatemala weiter zu beobachten.

Die physische Integrität der Arbeiter muß sichergestellt und der Verbleib und das Schicksal der „Verschwundenen" muß aufgeklärt werden!

Elisabeth Strohscheidt

Anmerkung und Quellenangaben

1) Sindicato de Trabajadores de la Embotelladora Guatemalteca, S. A. Anexos y Conexos
2) Die Angaben zur Wirtschaftslage (Budgetkürzungen, IWF-Verhandlungen) sind dem Nachrichtendienst ENFOPRENSA entnommen; Berichtszeitraum: 12.-19. Nov. 1983
3) Weitere verwendete Materialien sind:
— „Staatlicher Massenmord in Guatemala", ai-Publikation, Mai 1984
— ai, 1 Easton Street, London WC1X 8DJ: externe Papiere AMR 34/24/84 und AMR 34/36/84
— Schreiben der NGG an die Betriebsräte der Coca-Cola Betriebe und Coca-Cola Konzessionäre vom 12. 4. 84
— Coca-Cola Informationen der IUF/UITA/IUL: Nr. 8 vom 12. 6. 84 und Nr. 9 vom 10. 7. 84

Verhaftungswelle in Thailand

Führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Thailands verhaftet

Am 3. Juli wurden 16 führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Thailands (KPT), darunter die vier ZK-Mitglieder Pirun Chatvanichkul, Frau Chontira Satayawatana, Prasong Arunsantiroj und Manoj Methangkuhl in Bangkok verhaftet. Rechtliche Grundlage ist ein Gesetz von 1952, das kommunistische Aktivitäten oder die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei unter Haftstrafe stellt, bei einfachen Mitgliedern bis zu 5 Jahre und bei ZK-Mitgliedern bis zu 10 Jahren.
Frau Chontira Sayawatana, eine bekannte Literatin und bis 1976 Dozentin für thailändische Literatur und Geschichte an der Chulalongkorn Universität in Bangkok, war zum Zeitpunkt der Verhaftung schwanger. Unter den Verhafteten befinden sich noch weitere vier Frauen.
Die Verhaftungen wurden trotz eines Amnestieangebotes der Regierung von 1980 an KP-Mitglieder und Anhänger vorgenommen. Die 16 haben das Amnestieangebot nicht angenommen und gehören nach Erkenntnissen der Polizei zu den ca. 50 führenden KP-Mitgliedern in und um Bangkok, die in den letzten Jahren dort ihre politische Arbeit aufgenommen haben.
Am 5. 7. wurden weitere drei Anhänger der Kommunistischen Partei festgenommen. Am 11. 7. 1984 schließlich wurden der Chefredakteur der angesehenen thailändischen Tageszeitung „Matuphum" Chacharin Chaiwat und ein bekannter Hochschullehrer Dr. Preeche Piampongsarn, verhaftet. Beide sind prominente Kritiker der thailändischen Regierung.

Diese jüngste Verhaftungswelle kam überraschend, nicht nur für die Kommunistische Partei Thailands, sondern auch für andere demokratische Kräfte Thailands. Da die KPT nach dem blutigen Militärputsch vom 6. Oktober 1976, der die erste demokratische Phase Thailands seit dem Studentenaufstand vom 14. Okt. 73 beendete, die einzige Alternative zur Fortführung der demokratischen Arbeit darstellte, erhielt die KPT unerwartete personelle Stärkung durch den Zulauf von mehreren Tausend Studenten, Arbeitern, Bauern und Akademikern. Die thailändische Führungsschicht, zusammen mit den Militärs, reagierte darauf zuerst mit den gewohnten militärischen Unterdrückungsmaßnahmen. Sie stieß dabei aber immer mehr auf den Widerstand des moderaten Regierungsflügels, damals unter der Führung von General Kriangsak Chomanan.

Die ultrarechte Politik des Premierministers Thanin Kraivichien, der vom Militär als „Übergangslösung" nach dem 6. Okt. 1976 eingesetzt worden war, wurde untragbar. Denn seine plumpe Antikommunisten Politik brachte der KPT immer mehr Sympathisanten und aktive Mitarbeiter. In einem Militärputsch setzte sich General Kriangsak am 22. 10. 77 selbst als Premierminister ein und begann mit einer Umstrukturierung der Anti-Guerillia Aktionen.

Zu diesem Zeitpunkt besaß die KPT Stützpunkte in75 % aller Provinzen Thailands und militärische Aktionen der PLAT (Peoples Liberation Army of Thailand — militärischer Flügel der KPT) gegen Regierungseinrichtungen auf dem Lande waren an der Tagesordnung. Ideologisch orientierte sich die KPT damals an der Kommunistischen Partei Chinas und übernahm die Kampfstrategie Mao Tse Tungs, wonach der Sieg über die thailändische Regierung nur über die Isolierung und Einkreisung der Städte von den ländlichen Gebieten aus zu erreichen sei. Diese Politik wurde dogmatisch von der KPT verfolgt und Kritiker wurden teilweise mit Isolierung in der politischen Arbeit bestraft. Neben zunehmender Spannungen innerhalb der Partei wegen undemokratischer Organisationsformen (die ihre Ursache zum Teil auch darin hatten, daß die Partei, da verboten, im Untergrund arbeiten mußte), waren auch die Ereignisse in Indochina (Vietnam-Kampuchea-China) im Jahre 1979, sowie die veränderte Außenpolitik Chinas, Auslöser für den ideologischen Konflikt innerhalb der KPT. Zum ersten mal seit ihrer Gründung im Jahre 1941, war die KPT nun mit ideologischen Problemen großen Ausmaßes konfrontiert, die von der Forderung nach Abschaffung der Pro-China Politik bis zu prinzipieller Marxismus-Kritik reichten.

Mehrere Arbeitsgruppen der KPT beschäftigten sich nun auch mit der Analyse der thailändischen Gesellschaft, zuerst nur um der KPT-Führung zu beweisen, daß sie mit ihrer alten Strategie falsch liege, dann aber immer mehr auch um ein neues thailändisches Selbstverständnis zu gewinnen. Die Frage wurde laut gestellt: Wo befindet sich die Entwicklung Thailands in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht — wie hat sich der thailändische Widerstand zu den Veränderungen zu verhalten?

Die starre Organisationsstruktur der KPT und die dogmatische Führungsspitze der Partei zu dieser Zeit erlaubte jedoch keine Kritik in diesem Ausmaß und reagierte mit Schweigen darauf. Die Folge war, daß sich viele Sympathisanten und auch Mitglieder der KPT enttäuscht von der Partei abwandten. Sie hatten zum Teil nun das Gefühl, von der Partei nur benützt zu werden — für demokratische Arbeit, die sie aus der Zeit 1973-1976 gewohnt waren, fanden sie in der KPT nun auch keine Fortsetzungsmöglichkeit.

Die thailändische Regierung, bestens über die Spannungen innerhalb der KPT informiert, sah nun die Möglichkeit, durch einen Amnestieerlaß (Nr. 66/23 und 65/25) für KPT Mitglieder, die sich der Regierung stellen, der Partei einen großen Schlag zu versetzen. Von der KPT enttäuscht und von der Regierung „willkommen", fand seit 1980 die Rückkehr aus dem Dschungel von mehreren tausend Anhängern und einigen Mitgliedern der KPT statt. Von den 12.000 Kämpfern der Befreiungsarmee sollen angeblich nur noch 3.000 bis 4.000 übrig sein.

Die Amnestiepolitik der thailändischen Regierung bezog sich dabei darauf, daß die Ursachen des kommunistischen Widerstands in den sozialen Konflikten Thailands und den fehlenden demokratischen Partizipationsmöglichkeiten zu suchen sind. Die grundsätzliche Linie dieser Politik war der Versuch, sämtliche totalstaatlichen Strukturen zu beseitigen und demokratische Gesellschaftsformen unter der Führung des Königs zu entwickeln. In der Praxis hatten deshalb politische Aktionen den Vorrang vor militärischen Aktionen, besonders in den von der KPT kontrollierten Gebieten. So wurden beispielsweise die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung verbessert oder Bewässerungssysteme und Reisbanken aufgebaut. Vielen enttäuschten KPT-Anhängern wurde dadurch die Rückkehr in thailändischen Alltag möglich, ohne fürchten zu müssen, für frühere Aktionen bzw. für die Unterstützung der KPT bestraft zu werden.

Im April 1982 hielt die KPT nach fast 20-jähriger Pause, einen neuen Parteitag (der vierte) ab, auf dem u. a. auch die Analyse der thailändischen Gesellschaft diskutiert wurde. Bisher bezeichnete die KPT die



thailändische Gesellschaft als halb-feudal und halbkolonialistisch. Die Gesellschaftsanalyse von Arbeitsgruppen der Partei aus dem Nordosten Thailands, wo vor allem die jüngere KPT Generation arbeitet, betonte nun das Vordringen kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen in den ländlichen Gebieten Thailands. Diese Gesellschaftsanalyse wurde mit knapper Mehrheit auf dem Parteitag als für die KPT gültig angenommen. Als wichtigste Änderung gegenüber bisheriger Parteipolitik brachte dieser Parteitag die Abkehr der KPT von der pro-chinesischen Linie und eine Annäherung an alle sozialistischen Staaten, einschließlich Vietnam, Laos und der Sowjetunion. Diese Änderung, von der thailändischen Regierung als Reaktion auf die Einstellung materieller Unterstützung durch China dargestellt, kann eine Rückbesinnung der neuen KPT-Führung auf ideologische Eigenständigkeit bedeuten.

Eine weitere Neuerung der KPT seit dem vierten Parteitag ist die Betonung politischer Arbeit in den Städten. Bisher sah die KPT den Schwerpunkt ihrer Arbeit in den ländlichen Gebieten Thailands, wobei den Städten nur die Funktion als Nachschubbasis zukam. So war die KPT z. B. nicht an dem Studentenaufstand vom 14. Okt. 1973 beteiligt, der von einer halben Million Menschen in Bangkok unterstützt wurde. Dieser Aufstand führte zum Sturz der damaligen Militärdiktatur Thanom/Prapass und leitete die demokratische Regierungsphase bis 1976 ein. Während dieser drei Jahre thailändischer Demokratie zeigte sich die politische Bedeutung der Städte mit dem Heer von Industriearbeitern (vor allem in Bangkok), die mit Streiks weite Bereiche der thailändischen Industrie lahmlegten und eine teilweise Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreichten.

Diese Änderung der KPT-Strategie ist zum Teil auch durch die schwierige militärische Lage der Partei auf dem Lande bedingt. Bisher war sie dort tief in den Bergen, vor militärischen Übergriffen der thailändischen Regierung sicher. Dies änderte sich seit Mitte der 70er Jahre, als das Militär in Großoffensiven fast alle Stützpunkte der KPT einnehmen konnte. Diesen militärischen Aktionen folgte ein groß angelegter Straßenbau in die ehemals von der KPT kontrollierten Gebiete, was den Militärs nun den raschen Zugriff bei neuen Aktionen der Partei sichert. Diese neue Situation der KPT hatte auch eine Umstrukturierung der PLAT zur Folge, die bis dahin vor allem von den Dschungelstützpunkten aus operierte, und ihre militärischen Aktionen gegen Regierungseinrichtungen teilweise sogar in Kompaniestärke (ca. 100 Soldaten) durchführte. Jetzt ist die PLAT in kleinen Einheiten bis zu 20 Leuten organisiert, die dabei nicht mehr als reine Soldaten auszumachen sind, da sie auch bei normalen Dorfangelegenheiten wie z. B. Reisanbau mitarbeiten. Grundsätzlich wird die Bedeutung des bewaffneten Kampfes seit dem 4. Parteitag geringer betont, wohl auch als Antwort auf die veränderte Regierungspolitik.

Die jüngste Verhaftungswelle in Bangkok stellt sicher einen Rückschlag für die politische Arbeit in den Städten dar, und es stellt sich die Frage, ob sich die neue Linie der KPT unter den veränderten Bedingungen halten kann. Durch die Wahl von Vertretern der jungen Generation der KPT in wichtige Parteipositionen ist allerdings eine Fortführung der neuen Parteipolitik auch nach der Verhaftung Pirun's wahrscheinlich. Dieser hatte wenige Wochen vor seiner Festnahme in einem Interview mit einem dänischen Journalisten[1] die neue Politik der Partei vorgestellt.

Unter anderem hatte Pirun in diesem Interview erklärt, daß die KPT prinzipiell bereit sei, am legalen parlamentarischen politischen Leben teilzunehmen, wenn die entsprechenden demokratischen Bedingungen herrschen würden, d. h. unter anderem auch die Abschaffung des „Anti-Kommunisten-Gesetzes". Allerdings würde sich die Partei darauf einstellen, jeder Zeit den bewaffneten Kampf wiederaufzunehmen, sollten sich die Bedingungen wieder ändern.

Karl Krüger,
Südostasien-Informationsstelle Bochum

1 vgl. „Far Eastern Economic Review" Juli 19, 1984

Das Interview, das ausländische Journalisten mit Pirun im Juni geführt haben und das auszugsweise in der thailändischen Wochenzeitschrift 'Arthit' veröffentlicht wurde, konnte hier aus Platzgründen leider nicht abgedruckt werden. Das Interview sowie weitere Hintergrundinformationen sind gegen einen Unkostenbeitrag bei der

Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1
zu beziehen.

Pirun Chatvanichkul ist wohl die bekannteste Persönlichkeit der am 3. Juli verhafteten Mitglieder der KP Thailand. Auf dem 4. Parteitag (1982) wurde er zusammen mit seiner Frau Chontira Satayawatana in das Zentralkomitee der Partei gewählt. Pirun ist einer der Initiatoren der neuen Parteilinie und so etwas wie eine Symbolfigur für alle jungen politischen Kräfte in Thailand. In den letzten Monaten begann er offensiv die politischen Vorstellung der KPT in die thailändische Öffentlichkeit zu tragen. Daß er sich dabei auf ein gefährliches Spiel einließ, bestätigte sich nun mit seiner Verhaftung.
Im folgenden veröffentlichen wir einen Brief aus Bangkok, der die Ereignisse um die Verhaftung etwas erhellt.

(Red.)

Bangkok, 7. Juli 1984

... „Mehr als nur großes Aufsehen erregte ein Interview Piruns in dem thailändischen Magazin „Ket Rap", in dem zum ersten Mal die neue politische Linie der Partei an die breite Öffenlichkeit kam. Dieses Interview enthält u. a. ein Diskussionsangebot an die thailändische Regierung, bei dem ihr angeboten wird, militärische Aktionen einzuschränken und die KP Thailands zu legalisieren — im Rahmen einer Demokratisierung Thailands. Militärische Aktionen wollte die KP nur noch als „Dorf-Polizei" durchführen, z. B. zum Schutz gegen Dorfkriminelle und Vertreter der „Thai-Mafia", den „dark-influences". Dieses Angebot war ernst gemeint, und Pirun forderte das Militär (die Regierung) auf, das Amnestiegesetz von 1980, das die freie Rückkehr von KP-Mitgliedern nach Bangkok und in das öffentliche Leben ermöglicht, in die Tat umzusetzen. Auch forderte er die Abschaffung des „Anti-Kommunisten-Gesetzes", um eine Legalisierung der Partei zu ermöglichen. Dieses Interview zeigte vielen fortschrittlichen Leuten eine akzeptable Politik der Partei und wird — wohl auch aufgrund der Aktionen der vergangenen Woche, bei der der Demokrat Pirun verhaftet wurde — neue Aktionsfelder für die Partei in Thailand eröffnen.

Für den rechten Flügel im Militär war dieses Interview eine Herausforderung: ein führendes Mitglied der KP Thailands konnte nach langer Zeit frei an die Öffentlichkeit treten. Dieser Flügel des Militärs verlangte, daß sich Pirun der Regierung stelle, ansonsten könnten sie für seine Sicherheit und Freiheit nicht garantieren.

Der liberalere Flügel des Militärs, zu dem der Initiator der Amnestie-Politik — General Chaovalit — zählt, meinte, daß dieses Interview als Diskussionsvorschlag noch ungenügend sei und die Partei mit konkreten, d. h. direkten Kontakten auftreten müsse.

Die beiden Flügel des Militärs stehen dabei z. Zt. in großer Konkurrenz zueinander, denn die jährliche Beförderung Mitte September steht vor der Tür, und sie müssen Erfolge in ihrer jeweiligen Arbeit aufweisen. Das Militär als ganzes wußte jedoch den Aufenthalt der 50 Leute und (wahrscheinlich noch mehr), wobei eine Seite bestrebt war, den neuen Lichtblick Thailands — Pirun — zu zerstören.

Wie wir jetzt wissen, sollte diese Verhaftungsaktion bereits zwei Wochen früher durchgeführt werden, als das Parlament wieder einmal um eine Verfassungsänderung stritt. Der rechte Flügel in der thailändischen Poltik versucht nach wie vor, die Verfassung zu ändern, damit (aktive) Militärs wieder Ministerposten übernehmen können. Denn gegenwärtig müssen Mitglieder des Militärs ihren aktiven Dienst aufgeben, wenn sie Regierungsmitglied werden wollen. Die geplante Verhaftung von Pirun und den anderen Leuten sollte dabei dem rechen Flügel im Parlament behilflich sein. Zu dem Zeitpunkt scheiterte die Verhaftung jedoch am Einspruch des liberalen Flügels im Militär. Dieser Flügel versuchte auch in der vergangenen Woche, die Verhaftung zu verhindern — aber vergeblich.

Dieser liberalere Flügel ist dabei nicht etwa pro-links oder pro KPT. Er versucht nur mit offenen Mitteln die KPT gleichzuschalten: Eine erlaubte und legalisierte Partei ist leichter zu kontrollieren als Leute im Untergrund.

Weitere Verhaftungen in Bangkok

Am 3. bzw. 5. August wurden weitere 3 Personen verhaftet. Es handelt sich dabei um
- Sulak Sivaraksa, ein bekannter thailändischer Schriftsteller und Verfasser sozialkritischer Werke (u. a. auch Übersetzer Sokrates, Plato, Aristoteles und der Bibel ins thailändische)
- Chittrakon Tongkasemsuk, Universitätsdozent
- Kitti Sithichokechinda, Verleger.

Als Verfasser bzw. Verleger des Buches „Demaskierung der thailändischen Gesellschaft" wird ihnen Majestätsbeleidigung vorgeworfen. Aufgrund eines breiten öffentlichen Drucks (u. a. auch Weltkirchenrat, Brot für die Welt, Amnesty International) sowie seines großen Ansehns wurde Sulak am 10. 8. gegen Kaution bis zum Prozeß freigelassen.

Nach Amnesty International sind inzwischen seit Anfang Juli 36 Menschen wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der KP Thailands oder angeblicher Verstöße gegen die Monarchie verhaftet worden. Besonders in Gefahr ist Frau Chontira Sattayawatana, eine bekannte thailändische Literatin und frühere Dozentin an der Thammasat und der Chulalongkorn Universität. Sie ist im 5. Monat schwanger und ihr wurde bisher eine ärztliche Versorgung verweigert. Außerdem ist sie Verhörmethoden ausgesetzt, die ihr und ihres ungeborenen Kindes Gesundheit und Leben ernstlich bedrohen.

Die gesamte Vorgehensweise gegen Intellektuelle und andere Oppositonelle erinnert an den blutigen Putsch von 1976. In Thailand glaubt man, daß es die Militärs um General Arthit sind, die mit den Maßnahmen das Klima für eine Machtübernahme schaffen wollen.

Unsere Freunde in Thailand bitten dringend darum in möglichst vielen Briefen von Einzelpersonen oder Institutionen gegen die laufenden Verfolgungsmaßnahmen zu protestieren und zu fordern, daß
- die Inhaftierten freigelassen werden oder **umgehend** vor ein ordentliches **Zivilgericht** gestellt werden.

(Urteile eines Militärgerichtes werden ohne das Recht auf Berufung gefällt.)
- Chontira Sattayawatana Haftverschonung gewährt wird;
- zu allen Verfahren unabhängige, ausländische Prozeßbeobachter zugelassen werden.

Protestbriefe an:
Den Botschafter des Königreichs Thailand Dr. Kosol Sindhvananda Ubierstr. 65, 5300 Bonn
Kopien der Brief bitte an eine der unten stehenden Adressen schicken von denen auch weitere Informationen bezogen werden können:

Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71
4630 Bochum 1

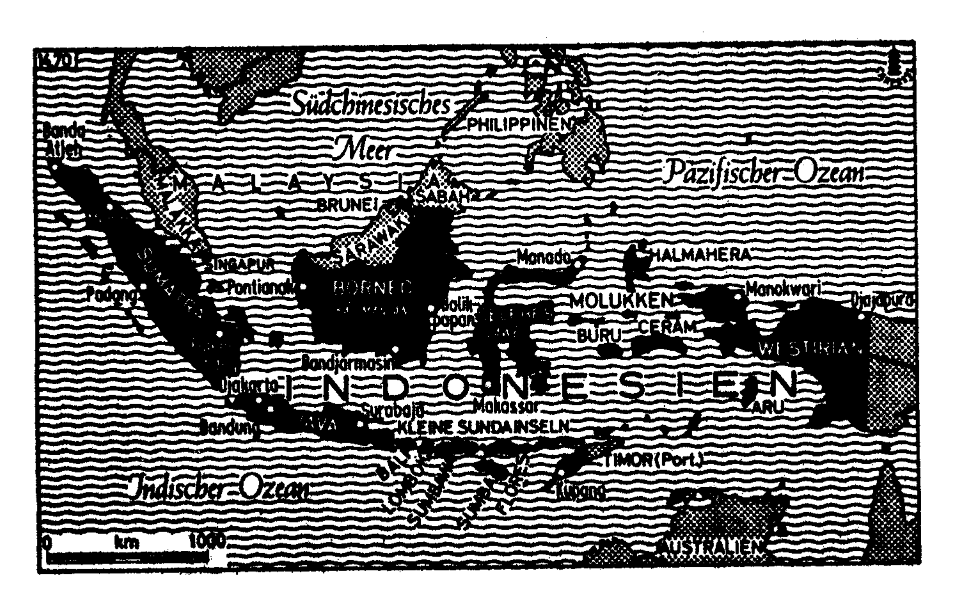
oder

IMBAS
Postfach 11 11 31
6300 Gießen

Sündenbock und Milchkuh

Die chinesische Minderheit in Indonesiens „Neuer Ordnung"

Nachrichten über die prekäre Lage etwa der Sikhs in Indien, der Tamilen auf Sri Lanka, der Biharis in Bangla Desch, der Karen und Schan in Birma oder aber auch der Moros auf den Philippinen zeugen von einem für den ganzen asiatischen Kontinent geltenden Potential innergesellschaftlicher Konflikte. Zu Opfern von Auseinandersetzungen mit einheimischen Volksgruppe in Südostasien wurden und werden immer wieder die Chinesen. Seit dem Eindringen des europäischen Kolonialismus mußte sich diese aus Südchina eingewanderte Ethnie stets als die „Juden Südostasiens" behandelt sehen.
Die chinesische Fähigkeit in den neuen südostasiatischen Heimatländern wirtschaftlich erfolgreicher als die alteingesessenen Volksgruppen zu sein, wirkt heute noch belastend fort. Ca. 15 Mio. sogenannter „Überseechinesen" leben dort als mehr oder weniger geduldete ethnische Minderheit. Lediglich in Singapur sind sie gegenwärtig in der Überzahl. Während sich heute die starre Ablehnungshaltung alteingesessener Mehrheitsgruppen auf den Philippinen und in Thailand spürbar abmildert, hält die gespannte — mit unter sogar lebensbedrohliche — Lage der chinesischen Volksgruppen in islamischen Staaten wie Brunei, Malaysia und vor allem in Indonesien unvermindert an.[1]



Indonesischer Antisinismus

Die weit verbreitete indonesische Grundeinstellung gegen die Chinesen zeigt sich besonders folgenreich etwa in der schnellen Bereitschaft, belanglose Streitereien, beispielsweise um die Schuld in einem Verkehrsunfall, in Gewaltexzesse ausufern zu lassen. Sonstige Gepflogenheiten der 150 Millionen Indonesier, die stets auf soziale Harmonie, Konfliktvermeidung und Toleranz gegenüber anderen Volksgruppen bedacht sind, bleiben selbst bei kleinsten Reibereien mit den 4.2 Millionen Überseechinesen meist ohne Wirkungskraft. Vor allem auf der Hauptinsel Java und auf der Insel Kalimantan (Borneo), wo diese wirtschaftsstarke Minderheit sich vorwiegend niederließ, münden einmal freigesetzte indonesische Aversionen nicht selten in der Demolierung ihrer Geschäfte und ihrer gewaltsamen Verfolgung. Die Tatsache, daß 28.000 Chinesen im Zeitraum von 1945-1977 ermordet wurden, unterstreicht nachhaltig die politische Herausforderung, die sich aus der spezifisch indonesischen Aggressivität des Antisinismus ergibt, also jener weit verbreiteten, tiefsitzenden antichinesischen Grundstimmung.[2] Aufgrund der fest verankerten Gewaltbereitschaft der indonesischen Gesellschaft sahen sich alle nachkolonialen Regime bei der Lösung des Chinesenproblems vor folgendes Dilemma gestellt: Zum einen konnte zur Behebung der ökonomischen „Unterentwicklung" schwerlich auf die im Handels- und Kreditsektor einflußreichen Chinesen verzichtet werden. Zum anderen war und ist es schwierig, die antichinesische Opposition nationalistisch-islamischer Gruppen politisch im Zaume zu halten. Das Augenmerk nachfolgender Überlegungen richtet sich nur am Rande auf den sozio-kulturellen Gegensatz zwischen einheimischen Indonesiern und Überseechinesen. Vielmehr steht hier die politische Bewältigung des indonesischen Chinesenproblems angesichts unterschiedlicher, im Kern sogar sich widersprechender Anforderungen im Blickpunkt des Interesses. Denn indonesische Regierungen haben das Kunststück der Wahrung innenpolitischer Stabilität zu vollbringen, in dem ebenso die ökonomische Misere durch eine Mobilisierung und Fortschreibung chinesischer Wirtschaftsmacht überwunden werden soll als auch umgekehrt chinesenfeindlichen Erwartungen durch eine entsprechende Diskriminierungspolitik Rechnung zu tragen ist.

Das Erbe des Kolonialismus

Der Rückblick auf die anfänglichen Begegnungen von chinesischen und einheimischen Inselbewohnern verdeutlicht, daß diese störungsfrei waren.[3] Die mit dem 14. Jh. einsetzende Einwanderung chinesischer Händler an die Küsten Sumatras und Javas wurde für ebenso unbedenklich gehalten wie die Heirat chinesischer Prinzessinnen mit den Fürsten des berühmten Majapahitreiches im 15. Jh. Mit dem Einfall der Holländer in das indonesische Inselreich änderte sich zu Beginn des 17. Jh. das Verhältnis beider Volksgruppen zueinander fundamental. Strömten zuvor nur wenige chinesische Siedler in das Inselreich ein, und war das Verhältnis zwischen Einwanderern und Einheimischen noch friedlich, so bewirkte die Einrichtung des holländischen Kolonialsystems einen radikalen Einschnitt in den Beziehungen der beiden Volksgruppen. Die holländischen Kolonisatoren legten zunächst die politische Grundlage für die wirtschaftliche Ausbeutung der Rohstoffe. Dabei bedienten sich



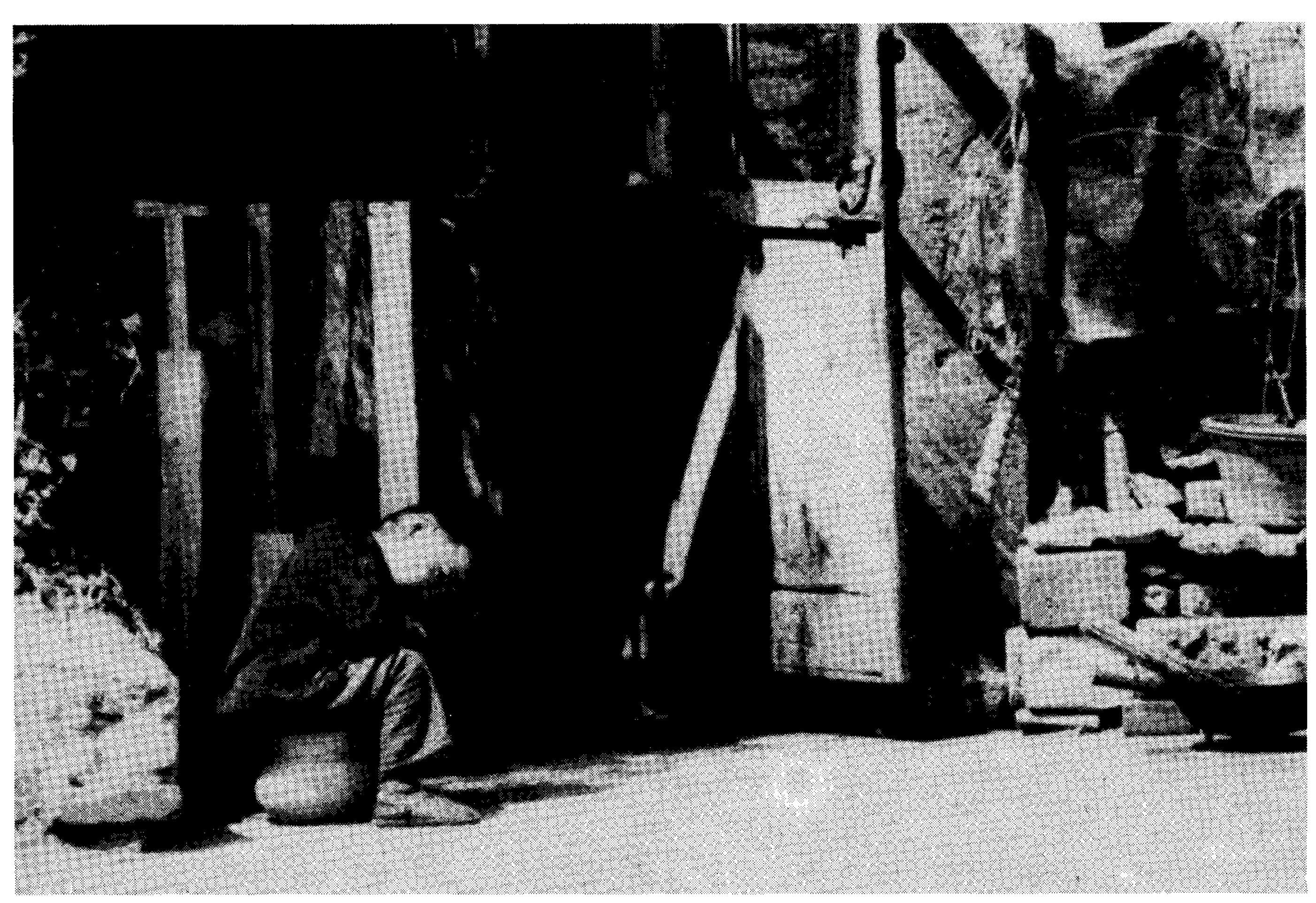
die Holländer einer wachsenden Anzahl chinesischer Immigranten. Denn sie boten den im Mutterland bedrängten Chinesen die Chance, Aufgaben der Ostindischen Kompanie zu erfüllen, die von den neuen Kolonialherren nicht wahrgenommen werden konnten. In dem Kolonialregime fiel also ab dem 18. Jh. den chinesischen Einwanderern eine monopolartige Stellung im Zwischenhandel, bei der Steuererhebung, dem Geldverleih und der Verpachtung einheimischer Ländereien zu. Nicht nur wurde damit der indonesische Adel entmachtet, es erhöhten sich aufgrund spezieller Landpachtverträge zugunsten der neuen chinesischen Zwischenschicht, auch die Steuerlast und der Arbeitsdruck für den einheimischen Bauer. Folge dieser ökonomischen und damit auch politischen Rollenverteilung durch das holländische Kolonialregime war, daß zwar die einströmenden Überseechinesen zu einer geschäftstüchtigen Zwischenschicht aufsteigen konnten. Sie wurden aber wegen ihrer ausbeuterischen Funktion gegenüber den Einheimischen damit gleichzeitig zum nützlichen Sündenbock der gesamten Kolonialpolitik.

Die Chinesen als Sündenböcke

Die zuvor friedlichen Beziehungen beider Volksgruppen verschlechterten sich nicht nur wegen der chinesischen Beherrschung des einheimischen Bauers, sondern ebenfalls, weil es umgekehrt den Indonesiern mißlang eine eigene, konkurrenzfähige Händlerschicht zu entwickeln. Diese daraus sich ergebende Unzufriedenheit ortsansässiger Indonesier mit der wirtschaftlichen Dominanz der Chinesen, nutzten dann auch immer wieder die holländischen Kolonialisten in ihrem Sinne. Um den aufkommenden Unmut einheimischer Volksgruppen über ihre ökonomische Unterdrückung zu kanalisieren, erließen die Holländer bereits zu Anfang des 19. Jh.s eine Reihe antichinesischer Maßnahmen; u. a. mußten fortan die beiden Volksgruppen in abgetrennten Wohnbezirken leben. Als Folge dieser Ghettoisierungspolitik kam es 1740 in der „Batavian Fury" zum ersten chinesischen Aufstand. Derartige Praktiken kolonialrechtlicher Benachteiligung bis hin zur Schürung von Pogromen setzten sich über die gesamte Zeit des Kolonialismus fort. Eine Verschärfung der ethnischen Spannungen zog dabei nochmals die Ende des 19 Jh. auftretende Konkurrenz zwischen indonesischem Nationalbewußtsein und dem zeitlich parallel anwachsendem kulturellen Selbstbewußtsein der Überseechinesen nach sich, das vor allem durch nationalistische Bewegungen im chinesischen Mutterland enormen Auftrieb erfuhr. Dem „Sarekat-Islam", der ersten massenwirksamen indonesischen Nationalbewegung gelang es zu Beginn des 20. Jh., den mohammedanischen Glauben so mit den Ideen politischer Unabhängigkeit zu verschmelzen, daß damit auch die verbreitete antichinesische Grundstimmung ein unüberhörbares politisches Ventil fand. Seitens der „Sarekat-Islam"-Bewegung wurde den Chinesen der Vorwurf gemacht, sie würden wie die anderen ausländischen Unternehmer die Einheimischen ausnützen und die eigene Wirtschaft durch aggressiven Wettbewerb ausschalten.[4] Zu offenen antichinesischen Übergriffen kam es dann 1918 in der Kudus-Rebellion. Opfer jener gewaltsamen Ausschreitungen wurde aber nur die wehrlose chinesische Händlerschicht, nicht aber die hauptsächlichen Nutznießer des Kolonialregimes, die holländischen Kapitalisten.

Diskriminierung und Repression

Die Erfahrung wachsender politischer Benachteiligung durch die holländischen Kolonialbehörden und die zunehmende kulturelle Zurückweisung durch einheimische Volksgruppen förderte immer wieder die soziale Abkapselung der Chinesen. In der Schließung von Firmen, in Beschränkungen für das Reisen und den Zugang zu weiterführenden Schulen sowie einer rassischen Gerichtsbarkeit findet die antichinesische Kolonialpolitik ihren deutlichsten Niederschlag. So erhielten in einem Kolonialgesetz von 1910 in China geborene Chinesen, die sogenannten Totoks, einen ausländischen Rechtsstatus und in Indonesien geborene Chinesen, die Peranakans, den Status holländischer Untertanen. In der Praxis hieß dies, im Unterschied zu den Totoks durften die Peranakans wegen ihres privilegierten Status als holländische Untertanen auf weiterführende Schulen gehen. Mit dieser staatsrechtlichen Ausgrenzung der Totoks verstärkte sich deren kulturelle Desintegration, d. h. die dortige Kolonialpolitik trachtete nicht nur danach die Chinesen gegen die einheimi-



schen Indonesier auszuspielen, sondern gleichfalls die überseechinesische Gemeinde selbst in eine ethnisch „harte", integrationsunwillige und in eine ethnisch „weiche", integrationsbereite Gruppe zu spalten. Als Konsequenz dieser kolonialen Teilungspolitik zogen sich die Totoks zu Beginn des 20. Jh.s abermals auf ihre traditionellen Vorstellungen eines „sinozentristischen" Weltbildes zurück. Dies erlaubte es ihnen, in Situationen akuter Bedrohung sich selbst als „Reich der Mitte" zu erfahren, und so ihre Kulturgemeinschaft als die der „indonesischen Barbaren des Südens" überlegenere hinzustellen. Die kulturelle und staatsrechtliche Desintegration der Totoks ist somit wesentlich ein direktes Resultat holländischer Politik. Denn wie auch nach der Unabhängigkeit steuerte man den einheimischen Unmut über eine legale Diskriminierung der Totoks, ohne daß dabei das Kolonialregime als Ganzes gefährdet werden konnte.

Nach der Niederlage der Japaner im 2. Weltkrieg und der Rückkehr der Holländer entzündete sich erneut an der Einschätzung des alten Regimes der ethnische Gegensatz. Die einheimischen Nationalisten hielten den Chinesen vor, sich gleichgültig gegen die zu erstrebende indonesische Unabhängigkeit zu verhalten, da sie zwar gegen die japanischen Eindringlinge gekämpft hätten, aber nun für die Rückkehr der Holländer votierten. An der Frage der nationalen Loyalität der Überseechinesen entbrannte auch nach der 1949 erkämpften Dekolonisierung immer wieder das Mißtrauen nationalistischer Indonesier.

Die Fortdauer ethnischer Spannungen

Auch nach der Befreiung vom holländischen Kolonialismus änderte sich mit der Unabhängigkeit von 1949 weder das konfliktgeladene Verhältnis zwischen diesen Volksgruppen noch die politische Diskriminierung der Chinesen. Denn sowohl für das Sukarno-Regime als auch für das nach 1965 sich etablierende Suharto-Regime der „Neuen Ordnung" blieb die koloniale Hypothek einer eminenten chinesischen Wirtschaftsmacht bei deren gleichzeitiger kultureller Desintegration erhalten. Die koloniale Hypothek einer ungelösten Chinesenfrage verschärfte sich nochmals im ersten Stadium der politischen Emanzipation des Landes, da in der Sukarno-Zeit das Bewußtsein besonders wach war, zwar die Staatsmacht zu besitzen, aber wirtschaftlich vor allem den Chinesen immer noch keine konkurrenzfähige, eigene Unternehmerschicht entgegensetzen zu können. Im Gegenteil: Sukarno und Suharto waren bzw. sind gleichermaßen gezwungen eine politische Doppelstrategie in der Chinesenfrage zu ergreifen; dem wachstumspolitisch motivierten Pakt mit den finanzkräftigen Chinesen stehen die Erwartungen antichinesischer Kreise nach einer massiven Diskriminierung gegenüber. Angesichts der spezifisch indonesischen Brisanz des Chinesenproblems verwundert dann kaum die dortige Schaukelpolitik gegenüber dieser gefährdeten Minderheit. Je nach aktueller politischer Situation sind bis heute die Chinesen ein nützliches Instrument für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes oder aber im Falle des Anwachsens einer regimegefährdenden antichinesischen Opposition ein gleichfalls nützlicher Sündenbock. Vornehmlich unbefriedigte Erwartungen einheimischer Unternehmer schlugen immer wieder in eine massive antichinesische Stimmung um, so etwa 1956 in der islamischen Assaat-Bewegung indonesischer Geschäftsgruppen oder aber auch nach 1965 als eine Begleiterscheinung des Regime-Wechsels von Sukarno zu Suharto. Zu gewaltsamen antichinesischen Ausschreitungen kam es dann auch wieder 1974 anläßlich des Besuchs des japanischen Ministerpräsidenten, ebenso bei den Unruhen von 1980 und zuletzt im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von 1982[5].

Die Chinesen und ihre Strohmänner

Bei der Bekämpfung der Armut Indonesiens zögert die jetzige Regierung kaum noch, sich des chinesischen Kapitals zu bedienen. Allerdings ist diese Praxis regierungsintern umstritten. Die Linien verlaufen zwischen einer eher pragmatischen Gruppe, die die chinesische Wirtschaftskraft aus handfesten eigenen Interessen unterstützt, und einer assimilationistischen Gruppe, die schneller den Einfluß der Chinesen eindämmen will. Die sogenannte „Aspri-Fraktion" innerhalb der Regierungspartei Golkar — eine Gruppierung um Informationsminister Ali Murtopo und die Präsidentengattin — versteht es, mit Hilfe

chinesischer Finanziers, den „Cukongs", sich über Strohmännergeschäfte persönlich zu bereichern. So üben einflußreiche zivile und militärische Staatsbeamte durch die lediglich formelle Übernahme der Firmeneignerschaft eine einträgliche Schutzfunktion für die Geschäfte der unliebsamen Cukongs aus. Diese Korruptionspraxis, der „Cukongkismus", war bereits seit Anfang der 70er Jahre mehrere Male Anlaß für Proteste der regimeinternen Opsus-Fraktion um Verteidigungsminister Sumitro.



Indonesia Times 1. Dez. 1983

Widersprüche in der Politik der „Neuen Ordnung"

Diese grundverschiedene Interessenlage bringt dann auch miteinander rivalisierende politische Assimilationsstrategien mit sich.[6] Lediglich die Aufforderung seit 1967 an alle in Indonesien geborenen Chinesen, nun endlich die „Assimilation mit den geborenen (einheimischen, d. Verf.) Indonesiern nicht länger zu verzögern, findet breite Zustimmung.[7] Ein Interessens- und Machtkompromiß ist offensichtlich durch das Konzept der „pribumisasi" erzielt worden. Danach soll der auf 70 % geschätzte Einfluß der Chinesen im Handels- und Kreditsektor reduziert werden. Im Gegenzug sollen die einheimischen Unternehmen durch die bevorzugte Vergabe von Staatsaufträgen und Darlehen gezielt unterstützt werden.
Obwohl aufgrund dieser Politik bereits 1977 viele chinesische Geschäfte verkauft werden mußten, wird die Chinesenpolitik der „Neuen Ordnung" wesentlich davon beeinflußt, daß sich die indonesischen Unternehmer nach wie vor ökonomisch im Hintertreffen gegenüber den Chinesen fühlen.
Unbestritten ist das allgemein höhere Durchschnittseinkommen der Chinesen. Auch heute ist es nicht denkbar, daß ein Chinese das indonesische Fahrradtaxi Becaks treten würde. „Unterklassige" Tätigkeiten sind weiterhin ausnahmslos den Indonesiern vorbehalten. Genau diese materielle Überlegenheit der Chinesen ist Ursache für die immer wieder aufflackernde antichinesische Stimmung.

Dennoch ist die chinesische Volksgruppe in Indonesien keineswegs ein homogener Block: der Mehrzahl kleiner Geschäftsbesitzer steht eine zahlenmäßig zwar kleinere, dafür aber umso potentere Gruppe chinesischer Finanziers gegenüber. Gerade aber diese Minderheit in der Minderheit läßt die Vorurteile vom „ausbeuterischen" und „raffgierigen" Chinesen in der indonesischen Bevölkerung weiterleben.



Anschlag auf ein chinesisches Möbelgeschäft

Hauptstadt Jakarta

Auf dem Weg nach Tebet Timur, einem südlichen Stadtteil der Hauptstadt Jakarte, fragte mich Ende Dezember 1983 ein javanischer Taxifahrer, ob es denn in Europa auch so viele chinesische Geschäftsleute gäbe. In Indonesien befände sich die Wirtschaft zu nahezu 100 % in deren Händen. Mein javanischer Gesprächspartner führte in der sich entwickelnden Plauderei beredte Klage darüber, daß nicht nur die ganze Volkswirtschaft in chinesischem Besitz wäre, darüber hinaus, erläuterte er, stecke eben das Militär mit diesen auch noch unter einer Decke, so daß von seiten der Politiker der „Neuen Ordnung" nichts gegen diese fremde Volksgruppe unternommen werde. Der anschließende Besuch eines chinesischen Restaurants gab mir dann einen weitere Einblick in die Explosivität der Beziehungen beider Volksgruppen. Kann man sonst die javanische Toleranz bei der Schlichtung privater Streitereien bewun-

dern, so versagt diese bei der Beteiligung eines Chinesen. Als ich mit meinem chinesischen Freund durch einen südlichen Stadtteil Jakartas bummelte, wurde ich Zeuge eines Konfliktfalles zwischen einem aufgebrachten Javaner und einem Chinesen.

Aus einem bereits vorangegangenen Streit mit dem Sohn des chinesischen Ladenbesitzers zog jener Javaner für sich die Rechtfertigung, den Vater aufzusuchen, um ihn für ein offensichtliches Vergehen des Sohnes wild gestikulierend zur Rechenschaft zu ziehen. Trotz des äußerst defensiven Verhaltens des chinesischen Ladeneigentümers konnte der Javaner in seiner Wut nicht besänftigt werden. Dies gelang auch dann nicht, als indonesische Polizei auftrat und den Konflikt zu schlichten versuchte. Nach erregtem Hin und Her drängten die beiden Ordnungskräfte den aufgebrachten Mann aus dem Geschäft hinaus. Selbst das martialische Auftreten der Polizisten, außerhalb des chinesischen Restaurants schossen sie mehrere Warnschüsse in die Luft, konnte den Zorn des Javaners und seiner mittlerweile zusammengelaufenen Freunde kaum dämpfen. Mein chinesischer Freund prophezeite mir, daß in dieser Nacht die Zerstörer hierher kommen würden, und dies wäre nicht das erste Mal. Ohne größeren Anlaß würde immer wieder Glodock, das chinesische Geschäftsviertel Jakartas, von indonesischen Randalierern heimgesucht.

Die Mutter meines Freundes berichtete, sie selbst wäre genau aus dieser Furcht aus chinesischen Wohnvierteln weggezogen. In Glodock hätte man ständig indonesische Unruhestifter zu erwarten, gegen die die Polizei allenfalls bei Tage ausreichend Schutz biete.

Die Situation staatsrechtlicher Unsicherheit

Weder vermag das Suharto-Regime in ausreichendem Maße für die persönliche Sicherheit der 4.2 Mio. Überseechinesen sorgen, noch weist die bedenkliche hohe Anzahl, die über keinen gültigen indonesischen Ausweis verfügen, auf einen befriedigenden Rechtsstatus dieser ethnischen Minderheit hin. Immer noch knapp die Hälfte dieser Volksgruppe hat keinen indonesischen Pass und die meisten davon wünschen sich auch heute noch die Staatsangehörigkeit der VR China beizubehalten; kurzum das Vertrauen in den indonesischen Staat ist weiterhin sehr gering.[8]

In keinem anderen südostasiatischen Land befinden sich die Überseechinesen in einer derart verzwickten politischen Lage: einerseits wird mit assimilationistischen Rufen ihre Zwangsanpassung gefordert, andererseits werden ihnen nur langsam neue Einbürgerungslizenzen übereicht. 1980 wurden immerhin für West-Kalimantan und Jakarta knapp 200.000 Einbürgerungen verfügt, obwohl noch ein halbes Jahr zuvor Geheimdienstmeldungen von der bevorstehenden Ausweisungen einer Million sogenannter Auslandschinesen sprachen.[9]

Der regierungsamtlichen Klage einer zu geringen Eingliederungsbereitschaft steht ein zurückhaltendes Angebot, indonesische Pässe auszustellen, gegenüber. In ihrer geradezu ängstlichen Lösungsbereitschaft hinsichtlich der politischen Integration der Überseechinesen spiegeln sich neben der Furcht vor innerer Opposition auch außenpolitische Spannungen mit dem kommunistischen China. Nach wie vor spürbar sind in Jakarta die Vorbehalte gegenüber den Inlandschinesen als einer 5. Kolonne Pekings, wobei man nicht vergißt, auf die Rolle Pekings während des Machtwechsels von 1965 hinzuweisen. Noch immer verübelt das damals an die Macht gekommene Regime der „Neuen Ordnung" der VR China, einen kommunistischen Putsch unterstützt zu haben. Auch jetzt noch ist diese Furcht vor China unüberhörbar aus dem Vorwurf der Unterstützung der inzwischen verbotenen, kommunistischen Partei zu entnehmen. So verwundert dann nicht, daß die seit 1967 abgebrochenen Beziehungen zu Peking nicht nur weiterhin auf ihre Wiederaufnahme warten lassen, sondern darüber hinaus wird durch das in jüngster Zeit festzustellende außenpolitische Liebäugeln mit Vietnam, dem Kriegsgegner Chinas, das ohnehin gespannte Verhältnis weiter verschärft.[10] Indonesische Befürchtungen einer Ausweitung Pekinger Macht nach Südostasien hemmen damit nachhaltig die substantielle Lösung der Staatsangehörigkeitsfrage und somit die politische Eingliederung der chinesischen Minderheit. Ohne diese politische Eingliederung kann aber auch schwerlich deren kulturelle Integrationsbereitschaft glaubwürdig gefördert werden. Genau diesem Dilemma unterliegt auch die zwangsassimilationistische Kulturpolitik des Suharto-Regimes. In Reaktion auf ihre permanente Diskriminierung fühlen sich vor allem die ohnehin kaum integrationswilligen Totoks gezwungen, sich kulturell von den indonesischen Mehrheitsgruppen abzugrenzen. Angesichts des Verbots autonomer Bildungsinstitutionen und eigener Zeitungen verwundern dann kulturelle Abschottungstendenzen nicht, auch wenn die Chinesen sich dadurch erst recht gängigen Anfeindungen aussetzen, wie etwa in ihren Clans herrsche eine „soziale Exklusivität", die die Einheimischen ausschlösse. Kaum vertrauenserweckend wirkt ein weiterhin gültiges Gesetz, wonach bereits eingebürgerte Chinesen zur Annahme eines indonesischen Namens ermutigt werden, aber bei einer tatsächlichen Namensänderung der alte chinesische Name in den persönlichen Akten rot unterstrichen wird, so daß jedem Staatsbeamten gleich die ethnische Zugehörigkeit ins Auge springt. Auch lassen sich in Glodock heute kaum noch chinesische Schriftzüge finden. Denn die Furcht vor administrativer Willkür oder dem aufgebrachten Mob auf der Straße zwingt zu verstärkten Anpassungen an die einheimische Kultur. Um den fatalen Teufelskreis von Vorurteilen, Diskriminierung, Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, bedarf es eines Minimums an Vertrauen auf seiten der Regierung und der chinesischen Minderheit in Indonesien.

Helmut Schillinger

Anmerkungen

1) Vgl. Schillinger, Helmut: Die chinesische Minderheit in Indonesien — eine Ethnie im Spannungsfeld der Innen- und Außenpolitik, Freiburg, unveröffentliche Seminararbeit aus dem WS 1980/81
2) Vgl. Liem, Yoe Siem: Die ethnische Minderheit der Überseechinesen im Entwicklungsprozess Indonesiens — Ein Beitrag zur Erforschung interethnischer Vorurteile in der Dritten Welt, Saarbrücken u. a. 1980, S. 552
3) Vgl. Purcell, Victor The Chinese in Southeast Asia, London 1965
4) Vgl. Mc Kahin, George T.: Nationalism and Revolution in Indonesia, New York 1955, S. 28
5) Vgl. van Dijk, Cees: Indonesia after the Election of the 4th May 1982 in: Asien, Nr. 4, Juli 1982, S. 23 f.
6) Vgl. Far Eastern Economic Review vom 22. März 1984
7) Rede Präsident Suhartos vor dem Parlament am 16. 8. 1967 zitiert nach: Roeder, R. O. G. (Hg.): Indonesien, Tübingen 1979, S. 244
8) Vgl. Suryadinata, Leo: Pribumi Indonesians, the Chinese Minority and China. A Study of Perceptions and Policies, Singapore 1978, S. 124 f.
9) Vgl. China aktuell vom Nov. 1979 und Juli 1980
10) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 9. 3. 1984

Der Kreislauf des Giftes — noch immer ungebremst

Vor zwei Jahren wurde an dieser Stelle über die verheerenden Folgen des Exports von Pestiziden in die Dritte Welt berichtet (iz3w 104, Sept. 82).

Der aktuelle politische Anlaß von damals, die anstehende Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes, besteht unverändert: Das neue Gesetz ist noch immer nicht verabschiedet.

Die Probleme des Pestizidexports werden unterdessen immer gravierender, die Folgen deutlicher. Einige Nachrichten aus den letzten Monaten mögen das illustrieren:

* Unter dem Datum vom 3.2.84 teilte ein niedersächsischer Futtermittelhändler seinen Kunden folgendes mit: „...zeigen wir hiermit an, daß wir für alle unsere Milchviehfutterfabrikate, die zwischen dem 7. Januar 1984 und dem 31. Januar 1984 ausgeliefert wurden, ein absolutes FÜTTERUNGSVERBOT aussprechen müssen. ... In einigen unserer Fabrikate wurde ein Rückstand von einem Insektizid (HCH) nachgewiesen. Die Ursache dieses Schadstoffes liegt an einem unsachgemäßen Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln im Ausland. Wir bitten Sie, Ihrer Molkerei mitzuteilen, daß Sie unsere Milchviehfutter-Fabrikate verfüttert haben, damit diese die Milch entsprechend separieren können. Desweiteren müssen Sie davon absehen, Ihre erzeugte Milch zu trinken und insbesondere nicht an Kleinkinder zu verabreichen. ...

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß wir nicht allein hiervon betroffen sind. Dies kann morgen auch unverschuldet jeden anderen treffen. ..."[1]

Der Händler erklärte sich bereit, die belasteten Futtermittel gegen eine neue Lieferung einzutauschen.

* Genüßlich schlachteten zahlreiche Zeitungen, allen voran der Spiegel, im Februar 1984 eine Meldung aus, die der damalige hessische Umweltminister Schneider in Umlauf gebracht hatte. Danach seien die berühmten Jute-statt-Plastik-Säcke so stark mit einer ganzen Reihe von Pestiziden (u.a. HCH, HCB und Heptachlor) belastet, daß dringend vom weiteren Gebrauch der „Gesinnungstextilien" abzuraten sei. Zwar stellte sich schnell heraus (durch Analysen der 3. Welt-Handelsorganisationen, nicht etwa durch eine Richtigstellung Schneiders), daß die von den Kleinbauersfrauen in Bangla Desh hergestellten Jutesäcke fast rückstandsfrei sind. Die festgestellten Werte dagegen waren echt, allerdings gemessen an industriellen Jutesäkken aus Indien.[2]

* Der evangelische Pressedienst (epd) meldete im Mai: „Im brasilianischen Bundesstaat Paraná sind von Januar bis März 1984 der Tod von mindestens zehn Menschen und 625 Fälle schwerer Erkrankungen auf die unsachgemäße Anwendung von Pestiziden zurückzuführen.

(Die Vergiftungsfälle) traten ... fast ausschließlich auf Baumwoll-, Soja- und Kaffeeplantagen auf. Zurückzuführen ist die alarmierend gewachsene Gefährdung der dort arbeitenden Menschen auf die rasch ausgeweitete Anwendung moderner Anbautechniken... Noch vor wenigen Wochen hat der brasilianische Landwirtschaftsminister Nestor Jost vor einer zur Ausarbeitung eines restriktiveren Pflanzenschutzgesetzes eingesetzten Kommission die Kritiker des hohen Petizideinsatzes als Demagogen bezeichnet."[3]

Im übrigen ist in Brasilien der Widerstand gegen den gerade dort extrem hohen Pestizideinsatz rasch im Wachsen und hat auch Ergebnisse auf politischer Ebene, wie das Plakat des Landtag von Rio Grande do Sul demonstriert, gezeigt. (s. Foto)

* Am 6.7.83 fand im Bundesgesundheitsamt eine Anhörung zu den Gefahren des Herbizids Paraquat statt, nachdem bekannt geworden war (u.a. durch eine mündliche Anfrage der Grünen im Bundestag), daß dieser Wirkstoff zu zahlreichen Vergiftungen bei Menschen führte, daß er durch kein Gegengift zu behandeln ist, und daß er sich bei wiederholter Anwendung im Boden ansammelt, sodaß diese Böden mit der Zeit unfruchtbar werden. Trotzdem ist Paraquat in der BRD nicht verboten. Lediglich die Anwendung nach der Weizenblüte und in Gewässern ist nicht erlaubt. Auf die Anfrage der Grünen nach einem sofortigen Verbot aufgrund der erkannten Gefahren erklärte die Bundesregierung: „Frau Kollegin, das was Sie gefragt haben, ist rechtlich leider nicht möglich."[4]

In welchem Licht das „leider" zu sehen ist, zeigt die erneute Zulassung des Ultragifts Dioxin (das in dem Herbizid 2, 4, 5 - T enthalten ist) durch das Bundesgesundheitsamt, nachdem es unter dem Druck der Öffentlichkeit zeitweilig verboten war. Unter dem Druck der chemischen Industrie können die Dioxinskandale weitergehen. 2,4,5-T ist in über 60 Präparaten auf dem deutschen Markt.[5]

* Ende Juli 1984 läßt sich die Chemiefirma Schering in Berlin erfolgreich vor Gericht bestätigen, daß das in Berlin geltende Verbot, nichtlandwirtschaftliche Flächen durch Herbizide zu „säubern", einen Eingriff in ihre Berufsfreiheit, in ihr Eigentumsrecht und damit einen Verstoß gegen das Grundgesetz bedeute.[6]

In Bonn berät die Bundesregierung unterdessen, wie die durch alle möglichen Gifte allmählich absterbenden Böden noch gerettet werden können.

Pestizidrückstände: das importierte Gift

Die Meldungen über erhöhte Rückstände in — meist importierten — Nahrungsmitteln häufen sich. Das ist erstaunlich, denn eigentlich ist die Chance sehr gering, daß solche die zulässigen Höchstwerte überschreitenden Pestizidrückstände entdeckt werden, und dann auch in der Öffentlichkeit über sie berichtet wird (rückstandsfreie Lebensmittel werden ohnehin praktisch nicht mehr gefunden)[7]. Die Liste der in der Höchstmengenverordnung[8] aufgeführten Pestizide umfaßt über 400 Pestizide — zu viele, als daß auch nur nach 10 % davon regelmäßig gefahndet werden könnte, zu wenige, als daß wirklich alle weltweit angewandten Stoffe erfaßt werden könnten. Außerdem werden lediglich Lebensmittel für den menschlichen Verzehr kontrolliert, so daß es beim Auftauchen von Rückständen z.B. in der Milch erst mühsamer Detektivarbeit bedarf, um die Herkunft nachzuweisen. Im Fall des erwähnten niedersächsischen Futtermittelskandals war das noch vergleichsweise einfach: In aus Indien importierten Tamarindensamen, die dem Futter beigemischt waren, fanden sich HCH-Rückstände bis zum 475-fachen der zugelassenen Höchstmenge.[9] Wesentlich schwieriger ist es schon, den Nachweis zu führen, daß die hohe generelle Belastung der Milch ganz allgemein mit dem Futtermitteleinsatz zusammenhängt. In einem Langzeitversuch in Kiel ist dies jedoch jetzt eindeutig erwiesen worden.[10] Dort wurden jeweils zum gleichen Zeitpunkt Futtermittelproben und Milchproben genommen. Die ermittelten Schadstoffbelastungskurven verliefen fast völlig parallel. Außerdem erwies sich die Milch im Winter um ein mehrfaches höher belastet als im Sommer, wo ein Teil des Futters Grünfutter ist.[11] Neben dem HCH konnten auch bei der Belastung der Milch durch PCB und durch Aflatoxin, Futtermittel als eine wichtige Ursache ermittelt werden.

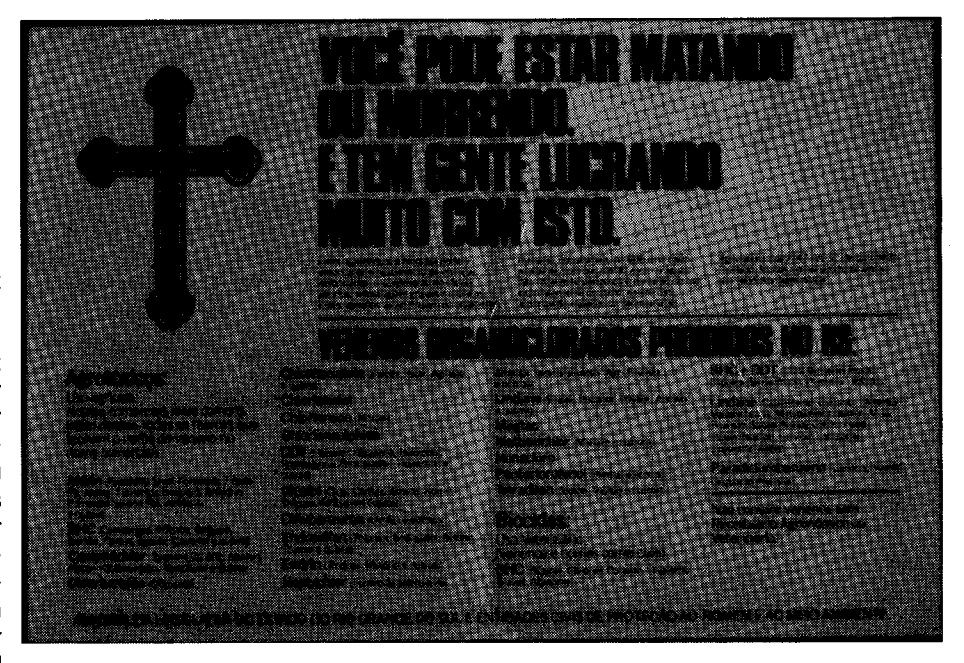
Diese dauernde Belastung ist letztlich viel gravierender als einzelne schlagzeilenträchtige „Skandale". Solche für die Beteiligten peinlichen Zwischenfälle werden im übrigen nicht etwa dadurch behoben, daß die kontaminierte Milch weggeschüttet wird. Wenn im Brief des zitierten Futtermit-

telhändlers vom „Separieren" der Milch die Rede ist, so ist in Wirklichkeit genau das Gegenteil gemeint: die vergiftete Milch wird mit weniger belasteter Milch solange verdünnt, bis die erlaubten Höchstmengen unterschritten sind. Für die Molkereien und anderen Zweige der Nahrungsmittelindustrie ist die Höchstmengenverordnung also gewissermaßen eine Mindestmengenverordnung. Die Höchstwerte geben den Spielraum an, der dann natürlich auch ausgenutzt wird.

Es lohnt sich, noch kurz nach der Herkunft des HCH, des im Fall der Futtermittel zur Zeit meistdiskutierten Rückstands, zu fragen. HCH (Hexachlorcyclohexan) wird in der Bundesrepublik in großen Mengen produziert. Verwendet, zumindest legal verwendet, wird davon allerdings nur ein kleiner Teil, nämlich das X-HCH, bekannt als Lindan. In großem Umfang wurde es zuletzt in Bayern gegen den Borkenkäfer eingesetzt, wobei sich seine hohe Giftigkeit wieder einmal erwies, als einige Anwender sich vergifteten. Dabei gilt Lindan als der harmloseste Bestandteil von HCH. Die übrigen Bestandteile, die im Gesamt-HCH zu mehr als 80 % enthalten sind, gelten als noch wesentlich giftiger. Lindan kann aber nur zusammen mit diesen anderen Isomeren hergestellt werden, sodaß auf die Produktion von 1 Tonne Lindan ca. 7 Tonnen weiterer HCH-Isomere kommen, die zwar für den Menschen sehr giftig, als Pestizid unmittelbar jedoch nicht zu gebrauchen sind. Die früher auch in der BRD und heute noch in vielen Ländern der 3.Welt übliche, billigere Methode, das Lindan gar nicht erst zu isolieren, sondern gleich das ganze „technische HCH" auszusprühen, ist bei uns seit 1974 verboten. Für die Industrie stellt sich da natürlich die Frage: wohin mit dem Zeug? Die inzwischen berüchtigte Firma Boehringer (Hamburg) ist zwei Wege gegangen:[12] Zunächst verarbeitete sie ihr Rest-HCH (bei einer Lindan-Produktion von 1400 t sind das immerhin rund 10.000 t im Jahr) zu dem Herbizid 2,4,5-T. Seit sich Boehringer unter dem Druck der Öffentlichkeit zu einem Produktionsstop dieses dioxinhaltigen Pflanzenkampfstoffs verpflichtet hat, wird stattdessen Hexachlorbenzol (HCB) hergestellt. Im Gegensatz zum immer noch erlaubten 2,4,5-T ist HCB allerdings in der BRD nicht zugelassen. Daß Boehringer dieses HCB in die Dritte Welt exportiert, ist bislang nicht erwiesen. Die Frage stellt sich freilich, was die Firma ansonsten wohl mit 10.000 Tonnen HCB im Jahr anfängt, und auch, woher die hohen PCB-Rückstände z.B. in argentinischem Fleisch, in Kaffee oder in den Jutesäcken kommen.

Pestizidvergiftungen in der Dritten Welt

Während in der Bundesrepublik und den anderen Industriestaaten vor allem die Dauerbelastung mit Pestiziden und anderen chemischen Giften unsere Gesundheit gefährdet und sich diese Auswirkungen eher schleichend und fein verteilt zeigen, kommen in der Dritten Welt eine hohe Zahl von akuten Vergiftungsfällen hinzu. Immer wieder genannt werden hier die einzigen verfügbaren, mit großer Wahrscheinlichkeit viel zu niedrig angesetzten Zahlen der WHO: 500.000 Vergiftungen durch Pestizide im Jahr, davon 5000 tödliche Fälle.



Wenn man bedenkt, daß allein in einem brasilianischen Bundesstaat (Paraná: ca. 8 Mill. Einwohner) rund 2000 Krankenhauseinweisungen pro Jahr wegen Pestizidvergiftungen erfolgen,[13] kann man sich das schreckliche Ausmaß der Vergiftungen vielleicht vorstellen. In Nicaragua hat die Belastung menschlichen Fettgewebes mit DDT 97 ppm erreicht, das 16-fache des Weltdurchschnitts und das 97-fache z.B. des in der BRD zulässigen Höchstwerts für Milch. Die Muttermilch der nicaraguensischen Frauen ist um mehr als 40 mal stärker mit DDT belastet als der WHO-Standard noch für akzeptabel hält.[14] Zumindest in den bereits seit Jahrzehnten mit Pestiziden bearbeiteten Gegenden ist also auch die chronische Vergiftung in der Dritten Welt bereits enorm hoch. Das Ausmaß dieser Vergiftung zu dokumentieren, ist eine der Aufgaben, die sich das internationale Pestizid-Netzwerk PAN gesetzt hat (s. Kasten).

Ökologische Folgen

Jedes Jahr werden weltweit ca. 2,3 Millionen Tonnen Pestizide ausgebracht.[15] Wenn diese ungeheure Giftmenge schon am Menschen, der ja eigentlich nicht getroffen werden soll, so gewaltige Schäden anrichtet, kann man sich vorstellen, daß der eigentliche „Feind", der da vergiftet werden soll, die Natur, erst recht hart mitgenommen wird. Nach einer Untersuchung in den USA[16], wo ja wohl davon ausgegangen werden kann, daß die technisch modernsten Geräte verwendet werden, treffen dort nur 1 % aller Pestizide tatsächlich ihre Zielgruppe, die entsprechenden Schädlinge. Der Rest gelangt so in die Natur. Rund die Hälfte der eingesetzten Pestizide erreicht nicht einmal das Zielgebiet, sondern gelangt in die Atmosphäre, die Gewässer oder andere Böden als die vorgesehenen. Daß Pestizide die Fruchtbarkeit von Böden mindern können, weiß jeder Bauer. Insektizide verändern das Bodenleben, Herbizide können im Extremfall jeden Pflanzenwuchs verhindern.[17] In der Bundesrepublik sind inzwischen ein Viertel aller „Unkräuter" auf der roten Liste der starkgefährdeten Pflanzen.[18] Und selbst wenn in einem speziellen Fall wie dem des oben genannten Paraquat die Persistenz (Langlebigkeit) im Boden nachgewiesen ist, verkündet die Herstellerfirma in ihrer Werbung in der Dritten Welt ungeniert: „Gramoxone vergiftet den Boden nicht."[19]

Fischesterben und andere Formen der Gewässervergiftung sind häufig die Folge von Pestizideinsatz. Bisweilen kommt das Pestizid direkt ins Wasser, etwa wenn in Westafrika viele Bauern Lindan als moderne Variante des Fischnetzes einsetzen, ohne sich über die Dauerfolgen im klaren zu sein.[20] Meist aber gelangen die Gifte „aus Versehen" ins Wasser. In Ankara wurde vor 3 Jahren das Trinkwasser für die gesamte Stadt mit Pestiziden vergiftet.[21] In Kuba kippte vor kurzem erst der größte Stausee des Landes wegen Überlastung durch organische Abfälle und Pestizide um.[22] In Mexiko und Brasilien wird von ganzen Landstrichen berichtet, die kein unverseuchtes Wasser mehr haben.

Eine weitere gravierende ökologische Konsequenz des massiven Pestizideinsatzes sind die Resistenzbildung bei Schädlingen und die durch Pestizide hervorgerufenen Veränderungen der Schädlingspopulationen. Daß sich Schädlinge an gegen sie angewandte Gifte anpassen, entspricht

Viele Landarbeiter vergiftet

CURTIBA, 7. August (epd). In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind im brasilisanischen Bundesstaat Parana 23 Menschen durch Pflanzenschutzmittel ums Leben gekommen. wie das Landwirtschaftsministerium von Parana bekanntgab, mjßten weitere 809 Personen mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Als Grund für die hohe Zahl von Vergiftungen gab das Ministerium desn Gebrauch von stark giftigen Pflanzenschutzmitteln, mangelnde Schutzkleidung und ungenügende Sachkenntnis der Anwender an. Aufsehen erregt hatte kürzlich in Parana eine Sendung des örtlichen Fernsehsenders in der über den hohen Vergiftungsgrad der Landarbeiter in der Genossenschaft von Cascavel (West-Parana) berichtet wurde. 35 Prozent der Landarbeiter litten unter Vergiftungserscheinungen, hatte es in der Sendung geheißen. Daraufhin hatten sich 650 Bauern der Gegend vom Arzt untersuchen lassen. Bei 44 Prozent von ihnen wurde Gift im Körper festgestellt. Die Veröffentlichung der Daten des Landwirtschaftsministeriums von Parana erfolgte wenige Tage bevor im brasilianischen Parlament über ein Bundesgesetz zur Regelung der Herstellung, Einfuhr sowie des Handels und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln diskutiert wird.

fundamentalen Zusammenhängen der Evolution und ist im Prinzip unvermeidlich. Bei Insekten in den Tropen kann dies wegen ihrer enormen Reproduktionsgeschwindigkeit unverhältnismäßig rasch geschehen. Einige wenige Exemplare, die einen Angriff mit Pestiziden überleben, können sich innerhalb einer Saison an die Stelle der getöteten alten Art setzen. Pestizide können so völlig wirkungslos werden und müssen dann durch neue Mittel ersetzt werden. Da resistente Insektenarten ihre Resistenz oft aber gleich gegen eine ganze Gruppe von Chemikalien entwickeln (z.B. gegen chlorierte Kohlenwasserstoffe allgemein, nicht nur gegen DDT, sogenannte „cross-resistance"), sind sie chemisch unter Umständen gar nicht mehr bekämpfbar. Die Zahl der als resistent bekannten Insektenarten stieg von 1 im Jahr 1908 über 137 (1960) auf 432 im Jahr 1980, worunter sich zahlreiche Arten mit cross-resistance befanden.[23]

Ehe eine Art resistent wird, erhöht sich zunächst ihre Unempfindlichkeit. Dies erklärt, warum praktisch überall die Anzahl der Spritzungen gegen Insektizide im Lauf der Jahre steigt. Ein plastisches Beispiel ist die Entwicklung im Baumwollanbau in der Gezira (Sudan). Zwischen 1946, als mit dem Einsatz von Pestiziden begonnen wurde und den fünfziger Jahren, in denen bereits 100 % des in der gleichen Zeit gewaltig ausgedehnten Baumwollanbaugebiets gespritzt wurde, kam man mit einer Spritzung pro Saison aus. In den sechziger und siebziger Jahren wurden dann allmählich immer mehr Spritzungen nötig: Ende der siebziger Jahre waren es 9,3 pro Jahr. Das entsprach 10 kg Insektizidwirkstoff auf jeden Hektar im Jahr. Die Kosten stiegen noch schneller als die eingesetzten Mengen: in fünfzehn Jahren um das 14-fache. Doch genützt hat es nichts: Die Weiße Fliege behielt die Oberhand, die Hektarerträge fielen im Lauf der siebziger Jahre um fast die Hälfte und erreichten damit wieder das Niveau vor dem Weltkrieg, als noch gar keine Pestizide eingesetzt wurden.[24] Der Sudan konnte die Rechnungen der an diesem Desaster vor allem verdienenden Schweizer Firma Cixba-Geigy nicht mehr bezahlen. Die Firma selbst stieg, als sich die Katastrophe abzeichnete, aus dem Gebiet aus und suchte sich neue Anwendungsgebiete für ihre Produkte. Die Bevölkerung muß bleiben — in einer wirtschaftlich ruinierten, ökologisch kaputten Region.[25]

Die Weiße Fliege in den Baumwollkulturen der Gezira ist zugleich ein typisches Beispiel für eine andere ökologische Folge des Pestizideinsatzes, die der eigentlichen Resistenzbildung in ihren Auswirkungen gleicht: die „Produktion" neuer Schädlinge. Die weiße Fliege hatte bis zum massiven Pestizideinsatz in der Baumwolle der Gezira keine nennenswerte Rolle gespielt. Erst als durch die Pestizide ihre natürlichen Feinde ausgerottet waren, konnte sie sich in so massiver Weise entwickeln. Ähnliches ist von zahlreichen anderen Bekämpfungsprogrammen bekannt. Und auch generell scheint der Einsatz von Pestiziden langfristig nichts zu nützen. Die Ernteverluste sind keineswegs geringer geworden.[25a]

Ein besonderes Problem ist es in diesem Zusammenhang, wenn durch landwirtschaftlichen Pestizideinsatz auch Insekten resistent werden, die Krankheiten für den Menschen übertragen. Rückschläge in der chemischen Bekämpfung von Krankheitsüberträgern — die für sich genommen natürlich auch fragwürdig ist, oft genug aber doch das einzige aktuell verbleibende Mittel — werden inzwischen für fast alle tropischen Krankheiten gemeldet, insbesondere für Malaria, Gelbfieber, Filariose und Onchozerkose (Flußblindheit). Nachweislich sind es oft weniger die direkten Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Überträger als die unkontrollierte Ausbreitung landwirtschaftlicher Pestizide, die Auslöser dieser Resistenzen sind.[26]

Die Agrochemie-Industrie: Entwicklungen und Interessen

Ein Pfund Pestizide wird jährlich pro Jahr und Einwohner auf der Erde produziert (und früher oder später auch konsumiert). Das entspricht einem Weltumsatz von 40 Mrd. DM (1981).[27]

Das Pestizidgeschäft ist für die Chemieindustrie keine Nebensache, sondern einer ihrer wichtigsten Umsatzbringer. Bei etlichen der großen Chemiemultis beträgt das Pestizidgeschäft zwischen 10 und 20 % ihres Gesamtumsatzes (z.B. Monsanto 13

%, Eli Lilly 20 %, Shell 11 %, Ciba-Geigy 19 %, Bayer 11 %, Schering 16 %,).

Der Anteil der deutschen Chemieindustrie an diesem Geschäft ist hoch: 1/4 des Weltumsatzes, mehr als die Hälfte davon allein für die Bayer AG. Nur die US-Multis produzieren mehr, sie bestreiten 1/3 des Weltmarkts, der Rest kommt aus dem übrigen Europa und Japan. Erst wenige Länder der Dritten Welt (z.B. Indien) haben eigene Pestizidfabriken (sieht man von den Filialen der Multis ab). Verkauft wird jedoch inzwischen immerhin ein Fünftel aller Pestizide in der Dritten Welt, und was noch wichtiger ist: dieser Markt ist im Wachsen, während die Umsätze in Nordamerika und Europa seit Jahren stagnieren und anteilsmäßig zurückfallen. Umso wichtiger wird der weitgehend noch von Einschränkungen „verschonte" Markt in der Dritten Welt. Besonders gilt dies für die westdeutsche Chemieindustrie, die bis zu 90 % ihrer Produktion exportiert, davon rund 1/3 bereits heute in die Dritte Welt — während z.B. die US-Multis in der Regel mindestens die Hälfte ihres Umsatzes im eigenen Land machen.

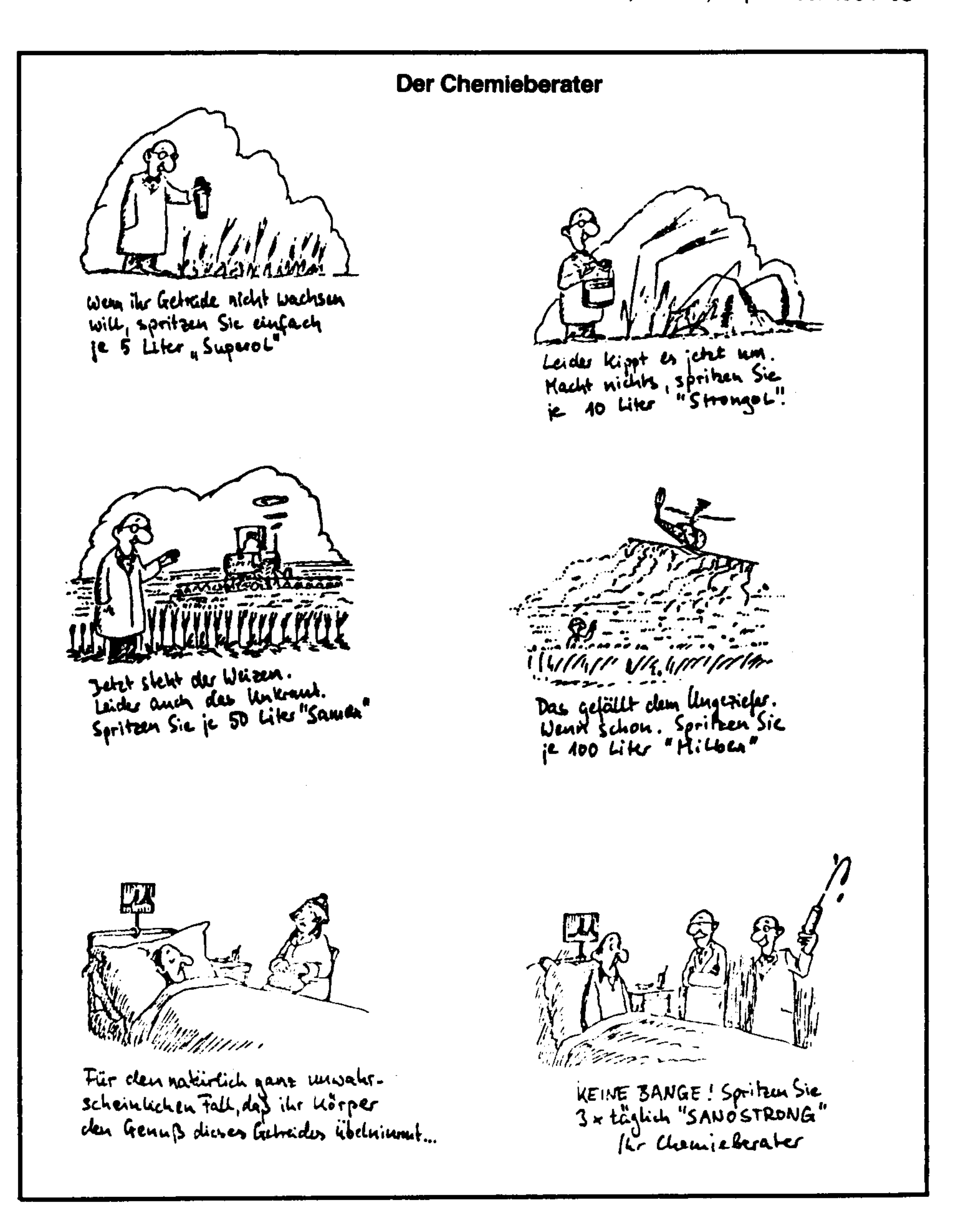
Vieles spricht dafür, daß der Markt für Pestizide in den Industrieländern ausgereizt ist. Zahlreiche der billigen, breit anwendbaren Mittel wie die meisten grundlegenden Chlorkohlenwasserstoffverbindungen (DDT, die „-drine" wie Endrin, Aldrin, Dieldrin, HCH, HCB, Heptachlor ...) sind in Europa und USA nicht mehr zugelassen. Neue Mittel werden, auch dank gewachsener Anforderungen nach Protesten der Öffentlichkeit und spektakulären Katastrophen, immer teurer, und sie werden das umso mehr, je eher auch die Bauern und Berater höhere Qualitätsanforderungen an die Pestizide stellen, was z.B. Verflüchtigung, Grad von Nebenwirkungen usw. betrifft. Nach Angaben der Fa. Hoechst[28] kostet die Entwicklung eines neuen Pflanzenschutzmittels, die acht bis zehn Jahre dauert, inzwischen 30 - 50 Millionen Mark. Zufallsfunde, wie in der Pionierzeit des Gewerbes, sind kaum noch zu erwarten. Wenn also der Gesamtmarkt für Pestizide in den Industrieländern kaum noch wächst, der Aufwand für neue Präparate steigt, und diese neuen Präparate wegen der insgesamt geforderten größeren Spezialisierung der Produktion jeweils nur einen relativ kleineren Markt haben, so ist das Geschäft insgesamt jedenfalls schwieriger geworden. In der Bundesrepublik ist die Zahl der zugelassenen Insektizide und Fungizide (Pilzbekämpfungsmittel) seit den siebziger Jahren ständig zurückgegangen. Der Zuwachs an insgesamt zugelassenen Mitteln (etwa 20 % 1970 - 79)[29] ist fast ausschließlich auf die Wachstumsregler und vor allem die Herbizide zurückzuführen. Der Herbizidabsatz aber lebt — stärker noch als bei den Insektiziden — ausschließlich von den Zwängen einer industriell organisierten, durchrationalisierten Landwirtschaft (und nicht nur Landwirtschaft, sondern auch Garten- und Wege-„Pflege"). Er ist ganz besonders überflüssig, weil grundsätzlich durch mechanische Mittel ersetzbar. Wenn heute in der BRD 2/3 aller verkauften Pestizide Herbizide sind, nur noch 7 % dagegen auf die klassischen Schädlingsbekämpfungsmittel, die Insektizide, entfallen[30], dann drückt sich darin bereits die aggressive Suche der Industrie nach neuen Märkten aus. Daß sich die Firma Schering inzwischen vor Gericht gegen die Einschränkung der Freiheit ihres Berufs, Pflanzen zu vergiften, wehren muß, ist vielleicht ein hoffnungsvolles Zeichen, daß auch die Expansion der Herbizidproduktion an ihre Grenze gestoßen ist.

Woran die Industrie wenig Interesse hat, ist — allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz — der integrierte Pflanzenschutz, also Anbaumethoden, deren Grundprinzip die möglichst geringe und schadstoffarme Verwendung von chemischen Pestiziden ist. Weltweit gibt die Chemieindustrie gerade 5 % für diesen Bereich an Forschungsgeldern aus (ca. 40 % dagegen für Herbizidforschung).[31] Stattdessen hat sie sich auf eine ganz andere Art von „Integriertem Pflanzenschutz" konzentriert, auf die Kontrolle der Pflanzenproduktion von der Saat bis zur Nachernte durch die Chemieindustrie. Was mit dem Aufkauf von zahlreichen kleinen Saatfirmen in aller Welt vor Jahren begonnen hat und damals schon den Argwohn hervorrief, die Chemieindustrie wolle wohl ihren Erzeugnissen angepaßte Sorten züchten, das scheint jetzt in den USA einen vorläufigen Höhepunkt zu erreichen, der offenbar die Industrie aus der beschriebenen Sackgasse führen soll. Der US-Konzern Monsanto (US-Marktführer bei Pestiziden) ist derzeit dabei, die Möglichkeit der Züchtung herbizidresistenter Nutzpflanzen zu testen.[32] Wenn das gelänge, wären gleich eine Reihe optimaler Bedingungen für die Industrie geschaffen. Die Notwendigkeit teurer spezieller Herbizide, die den Nutzpflanzen nicht schaden, entfiele; man könnte einfach den ganzen Acker „entlauben", wobei der „Bauer" dann freilich das entsprechende herbizidresistente Saatgut beim Konzern kaufen müßte. Gleichzeitig würde der Herbizidabsatz steigen... Der Clou der ganzen Geschichte ist freilich, wie die Firma auf die Idee gekommen ist: In Abwässern ihrer Herbizidfabrik fanden sich Keime, die herbizidresistent geworden waren. Die will man jetzt gentechnisch auf Nutzpflanzen übertragen, anstatt daß jemand die Frage stellt, wie weit die Resistenzspirale denn noch gedreht werden soll.

Chemiemultis in der 3. Welt

Noch sind solche und ähnliche Entwicklungen freilich Zukunftsmusik. Die harten Geschäfte macht die Branche einstweilen in der Dritten Welt. Dort werden nach dem Motto „So billig wie nötig, so giftig wie möglich" die chemischen Keulen aus der Steinzeit der Pestizidindustrie geschwungen, großenteils Präparate, die in Nordamerika und Westeuropa längst verboten, in der Anwendung beschränkt oder stark umstritten sind. Diese Mittel sind fast alle Insektizide, von denen weltweit heute fast die Hälfte in der Dritten Welt verkauft werden. Von den US-Firmen ist seit langem bekannt,

Der Chemieberater



daß 25 % ihrer Pestizidexporte in die Dritte Welt aus in den USA nicht zugelassenen Präparaten bestehen.[33] Die deutsche Chemieindustrie pflegt sich gegen solche Vorwürfe heftig zu wehren, aber gleichwohl ebenso heftig das Recht zu solchen Praktiken zu reklamieren, und zwar u.a. mit dem Argument, daß die Anwendungen in den Tropen ganz spezieller Natur seien. Die Detektivarbeit, woher die deutschen Konzerne ihre Produkte, die sie in der Dritten Welt absetzen, im einzelnen beziehen, ist in der Tat zweitrangig. Entscheidend ist daß auch die deutschen Firmen zahlreiche bei uns verbotene bzw. beschränkte Mittel in der Dritten Welt verkaufen, und daß diese Mittel zum festen Stamm ihrer dortigen Produktpalette gehören.

Ein Beispiel: Bayer verkauft in Peru Aldrin als Insektizid. Aldrin ist in allen Industrieländern wegen seiner extremen Giftigkeit (160 mal giftiger als Lindan) und wegen seiner Langlebigkeit verboten. Bayer produziert Aldrin, so weit bekannt ist, weder in der BRD noch in einer seiner zahlreichen Anlagen im Ausland. Zu vermuten ist, daß Bayer das Aldrin von Shell bezieht, die es in Holland praktisch für die ganze Welt produziert. Diese Praxis ist weit verbreitet. In der Dritten Welt sind viele große Chemiefirmen vor allem auch Händler. Der Markt scheint aufgeteilt, jede Firma hat auch die Stoffe der Konkurrenz im Angebot. Z.B. vertreibt Cela-Merck das dem Aldrin verwandte Dieldrin, das ebenfalls Shell herstellt. Shell gibt für Aldrin insgesamt 11 große Schädlingsklassen an (mit zahlreichen Arten), gegen die das Mittel wirksam sei.[34] Die zu schützenden Erntegüter reichen vom Mais über Kartoffeln, Zuckerrübe und -rohr bis hin zu Tabak, Bananen und allem möglichen Obst. Bei Dieldrin ist die Palette noch viel größer. Es wird praktisch für alle Kulturen zum Schutz gegen Insekten empfohlen: Zucker, Baumwolle, alle Getreide, Gemüse, Kartoffeln u.a. Knollenfrüchte, Tee, Kaffee, Tabak, Obst, Banane, Kakao, Ölpalme. Ähnliches gilt für einen weiteren Verwandten, das Endrin (vor drei Jahren nach der Vogelvernichtung am Bodensee bei uns wieder auf die Verbotsliste gekommen).

Dies sind keineswegs Randerscheinungen, die genannten Stoffe sind vielmehr in zahlreichen Ländern der Dritten Welt marktbeherrschend und weitverbreitet, wie sich jeder durch einen Blick in die entsprechenden shops oder auf die PR-Kalender der Firmen überzeugen kann. Dennoch behauptet die Industrie ganz ungeniert:

„... handelt es sich bei den in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassenen, aber exportierten Pflanzenschutzmitteln im allgemeinen um Präparate, die in Kulturen angewendet werden, die in unserem Land gar nicht gedeihen. Südfrüchte, Reis, Soja und Baumwolle seien da nur als Beispiele genannt. Es wäre ja wohl sinnlos, ein in der Bundesrepublik Deutschland für den Schutz von Bananen entwickeltes Produkt auch in unserem Land amtlich zuzulassen. Hinzu kommt, daß in anderen Klimazonen Schädlinge vorkommen, die es bei uns nicht oder nicht in diesem Ausmaß gibt."[35]

Die traurige Wahrheit ist, daß die in der Dritten Welt angewandten Pestizide in keiner Weise irgendwelchen speziellen Bedürfnissen gerecht werden, sondern billig, langlebig, breitenwirksam und dennoch immer weniger wirkungsvoll sind. Die Forschung nach spezifischen, dem „integrierten Pflanzenschutz" z.B. dienlichen Mitteln lohnt sich in der Dritten Welt noch viel weniger als hier. Der arme Bauer kann solche Produkte nicht bezahlen, der reiche Grundbesitzer sieht einstweilen keinen Grund, wegen seiner vergifteten Landarbeiter für teure Chemie zu bezahlen, solange die alte noch taugt. Nichts demonstriert die Lüge von der Forschung nach speziellen Pestiziden für die Tropen klarer als die Tatsache, daß alle sogenannten „Integrierten Pflanzenschutzprojekte" in Nicaragua, die dort nach ähnlichen Katastrophen, wie sie oben aus dem Sudan berichtet wurden, begonnen wurden, nach wie vor fast vollständig auf dem Gebrauch der hier verbotenen Chlorkohlenwasserstoffe aufbauen.[36] Außerdem werden sie von der Pestizidlobby häufig unterlaufen.

Eine weitere Propaganda-Erfindung der Industrie ist die Behauptung, Pestizide seien notwendig für die Sicherung der Ernährung einer ständig steigenden Weltbevölkerung. Abgesehen davon, daß es ökologische Methoden der Landwirtschaft gibt (die hier im einzelnen nicht vorgestellt werden können), macht schon ein kurzer Blick auf die Statistiken klar, wofür Pestizide in der Dritten Welt eingesetzt werden: fast ausschließlich für Exportprodukte. In Mexico z.B. werden die Hälfte aller Pestizide für Baumwolle eingesetzt, nur 10 % für Mais (zum Vergleich: Baumwolle macht ca. 6 % der Maisanbaufläche aus),[37] in Brasilien gehen je 30 % auf die Baumwoll- und Sojaplantagen, nur 11 % in Grundnahrungsmittel. Ähnliche Proportionen gelten auch für andere Länder.[38] Noch ist es — glücklicherweise — so, daß die Kleinbauern nur geringfügig an den Segnungen der Chemieindustrie teilhaben. Sie aber produzieren in erster Linie die Lebensmittel. Nachrichten über stark pestizidverseuchte Nahrungsmittel auf den Märkten der Großstädte der

Dritten Welt zeigen freilich, daß auch hier der Einbruch der Pestizidanwendung begonnen hat.

Weltweiter Widerstand gegen die Pestizidindustrie

„Man muß anerkennen, daß es das souveräne Recht eines jeden Staates ist, in eigener Verantwortung die Nutzen-Risiko-Abwägung für Pflanzenschutzmittel zu treffen. Diese kann von den dortigen Wissenschaftlern und Politikern anders getroffen werden als von den bundesdeutschen Behörden, die von den hiesigen Verhältnissen auszugehen haben. Daraus erklärt sich, warum in dem einen Land ein Wirkstoff verboten, in einem anderen aber erlaubt ist."[39]

Wenn es um ihre Profite geht, entdeckt die Chemieindustrie nicht nur das Grundgesetz, sondern auch die Souveränität von Staaten, mit denen sie doch sonst ganz anders umzuspringen pflegt. So zynisch hier die Macht- und Profitinteressen skrupelloser Regime als „nationale Souveränität" ausgegeben werden — dahinter steckt ein guter Teil der realen Macht der Chemiekonzerne: Der Kampf um Kontrolle und Einschränkung der Pestizidanwendung in der Dritten Welt selbst wird im Zentrum aller Bemühungen um ein Ende des Giftkreislaufs stehen müssen. Die derzeit in der BRD diskutierten Maßnahmen können nur eine moralisch unterstützende Funktion haben, die freilich wichtig genug ist.

Dabei geht es zum einen immer noch um die **Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes.** Seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag ist die Diskussion darum zwar lebhafter geworden, die Position der Regierung freilich umso unnachgiebiger. Wesentlicher Streitpunkt ist die Exportkontrolle. Der jetzt vorliegende Entwurf (vom Landwirtschaftsministerium eingebracht) sieht prinzipiell keine Einschränkung der Exporte auch von hier nicht zugelassenen oder verbotenen Präparaten vor. Neu ist lediglich die Möglichkeit,[40] daß „zur Abwehr erheblicher ... Gefahren" die Regierung für ein bestimmtes Präparat ein Exportverbot erlassen können soll (zuständig ist ausgerechnet das chemiehörige Landwirtschaftsministerium). Verlangt wird eine ausreichende Kennzeichnung der exportierten Produkte, und zwar „in der Sprache des Bestimmungslandes, oder, falls dies nicht tunlich ist (?), in englischer oder französischer Sprache". Gerade die mangelnde Kennzeichnung war ja immer wieder als Hauptursache für die vielen Vergiftungen angeprangert worden. Der Entwurf setzt aber offenbar auch weiterhin fremdsprachenkundige und alphabetisierte Anwender voraus. Noch fragwürdiger ist die ausdrückliche Freistellung von Exportpräparaten von dem Verbot, in der Werbung ein bestimmtes Mittel auch für andere als die vorgesehenen Bestimmungen zu verwerten (z.B. für andere Schädlinge, in höherer Konzentration etc.). In diesem § 19 scheint die Regierung bewußt mißbräuchlicher Anwendung Vorschub leisten zu wollen.

Neben der Neufassung des PflSchG wird neuerdings auch immer wieder ein **internationaler Kodex** über Pestizidexporte diskutiert, dessen Grundlage eine entsprechende UNO-Resolution vom Dez. 1982 sein würde.[42] Die vorliegenden Entwürfe der OECD bzw. der Bundesregierung enthalten freilich auch kaum substantielle Verbesserungen. „Auf Wunsch" der Einfuhrstaaten sollen die Regierungen der Ausfuhrstaaten erstere unterrichten, wenn ein nicht zugelassenes oder verbotenes Präparat in ihr Land exportiert wird. „Auf Anfrage" sollen dem Einfuhrland dann auch Angaben über die chemischen, toxikologischen etc. Eigenschaften des Mittels gemacht werden. Auch bei diesem Kodex wird also auf jeden Fall vorausgesetzt, daß grundsätzlich keine Einschränkungen für den Export gefährlicher Pestizide erlassen

Forderungen der PAN-International

- Den Ausbau traditioneller, biologischer und integrierter Schädlingsbekämpfungsmethoden und ein Ende des unnötigen Verkaufs und Gebauchs chemischer Pestizide.
- Die Einführung von Ausfuhr- und Einfuhrkontrollen für den Handel mit gefährlichen chemischen Pestiziden zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt, sowie unter Drittweltländern selbst.
- Sofortige Mitteilung einer Regierung, wenn sie ein chemisches Pestizid verbietet oder beschränkt. Gegenwärtig verfügen nur die USA über ein eher schwaches Mitteilungssystem.
- Veröffentlichung von Informationen über Ausfuhr und Einfuhr chemischer Pestizide, einschließlich der Namen der betreffenden Firmen, Angaben über Mengen und Preise sowie bekannte Auswirkungen der verkauften Produkte auf die Gesundheit.
- Die Einführung von Methoden ohne oder mit minimaler Anwendung chemischer Pestizide, wo immer dies möglich ist, um die lokale Eigenständigkeit in landwirtschaftlichen Gebieten der Dritten Welt zu fördern, einschließlich lokaler Kontrolle über Produktion, Verwendung und Verbrauch von Nahrungsmitteln und anderer Rohstoffe.
- Der Entzug finanzieller Mittel durch alle internationalen Finanzierungs- und Entwicklungsinstitute für Drittweltprojekte, welche Pestizide verwenden, die unter den Bedingungen in der Dritten Welt nicht gefahrlos eingesetzt werden können. Die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken und die FAO wurden von PAN-International-Teilnehmern namentlich erwähnt als Institutionen, welche gegenwärtig Projekte finanzieren, bei welchen Pestiziden übermässig oder mißbräuchlich eingesetzt werden.
- Die Abkehr von der einseitigen Entwicklung hochgezüchteten Saatgutes, das nur mit gefährlichen und teuren Zusatzmitteln, wie chemischen Pestiziden und Kunstdünger gedeihen kann. Es müssen in verstärktem Maß Sorten gezüchtet werden, die widerstandsfähig sind und den bestehenden Bedingungen auf den Feldern gerecht werden.
- Ein Ende des Teufelskreis, in welchem die gefährlichen Pestizide, die in der Dritten Welt eingesetzt werden, als Rückstände in den Nahrungsmitteln wieder auftauchen, welche Menschen auf der ganzen Welt verzehren, und ganz allgemein das Wasser, den Boden und die Umwelt verschmutzen.

werden. Zusammen mit der inzwischen erstellten Liste gefährlicher Chemikalien durch die UNEP (UN-Umweltorganisation) könnte ein solcher Kodex aber immerhin Grundlage für verstärkte Aktivitäten von Umwelt- und Bauernorganisationen weltweit werden.

Aus der geschilderten Struktur der Pestizidindustrie ergibt sich, daß ein bloßes Exportverbot, selbst wenn es in allen Industrieländern ausgesprochen würde, den Vertrieb der gefährlichen Mittel auf den Märkten der Dritten Welt nicht verhindern könnte. Ein Multi wäre kein Multi, wenn ihm dazu nichts einfiele. Schon heute betreiben gerade die deutschen Pestizidfirmen zahlreiche Dependenzen in der Dritten Welt, in denen sie Pestizide herstellen oder mit importierten Grundstoffen formulieren bzw. gekaufte Fertigpräparate abpacken. Bayer produziert u.a. in Brasilien, Venezuela, Indien und Mexico, BASF in Argentinien, Brasilien, Mexiko, Indien und Südafrika, Schering in Kolumbien (Aldrinproduktion), Hoechst in Argentinien, Brasilien, Mexico und Indien.[43]

Deswegen sind alle Maßnahmen und Aktionen, die zu einer Verengung des Pestizidmarktes sowohl hier als auch in der Dritten Welt führen, das erfolgversprechendste Mittel gegen die Pestizidindustrie. Aktionen hier und in der Dritten Welt können sich dabei gegenseitig verstärken. Berichte über festgestellte Gefahren eines Pestizids z.B. in deutschen Versuchsreihen können Kampagnen in der Dritten Welt unterstützen. Nachrichten über Vergiftungsfälle in der Dritten Welt mit hier noch zugelassenen Produkten können vielleicht zu einem Verbot in der BRD führen, das wiederum in der Dritten Welt die Kampagne verstärken kann. Deshalb sind Organisationen wie das PAN (s. Kasten) und andere internationale Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen so wichtig. Auf diesem Weg kann mittelfristig auch der Druck auf die FAO und andere einschlägige Organisationen (die bisher noch eng mit der Chemieindustrie zusammenarbeiten) verstärkt werden, eine andere Politik einzuschlagen. Auch in der BRD sollte über die Diskussion des PflSchG und des Kodex hinaus mehr Aufmerksamkeit auf die Politik der internationalen Organisationen und die Entwicklungspolitik der Bundesregierung selbst gelegt werden. Zwar ist deren rein wirtschaftliche Bedeutung gering. Umso höher ist der politische Signalwert, wenn z.B. die FAO von Pestiziden abrücken oder die Bundesregierung keine pestizidlastigen Landwirtschaftsprojekte fördern würde.

Im Gegensatz zu den USA oder England ist die Öffentlichkeit der BRD, auch die an der Dritten Welt interessierte, noch wenig aufgeschlossen für diese Problematik. Dementsprechend wenig fundierte Untersuchungen zur deutschen Pestizidindustrie gibt es, und auch an Medienmaterial fehlt es. Der einzige mir bekannte Film zum Thema, „Pestizide" von Robert Richter,[44] stammt aus den USA. Neuerdings gibt es eine TB-Schau „Mang Marciano — oder das Geschäft mit dem Gift".

Es handelt sich um die deutsche Bearbeitung einer Produktion des „Farmers Assistance Board" aus den Philippinen, die das Thema ausgezeichnet präsentiert und ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von betroffenen Gruppen in der 3. Welt und hier darstellt (Verleih über alle ev. Medienzentralen).

Würmer aller Länder vereinigt euch! Macht die Pestizide madig!

Rainer Huhle

Anmerkungen:

1) zitiert aus dem Originalbrief, der von den Grünen im Bundestag in der Anhörung zu den Folgen des Pestizidexports in Länder der 3. Welt im März 1984 vorgelegt wurde.
2) Spiegel 20.2.84; FR 1.3.84; epd-Entwicklungspolitik u.v.m. 4/5, 1984
3) epd-Entwicklungspolitik 8, 1984
4) Dokumentation der Grünen zum Hearing (s.o.)
5) Industrieverband Pflanzenschutz (ips): Wirkstoffe in Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Frkft. o.J. S. 316
6) FR 28.7.84
7) bei Milch und Milchprodukten sind durchwegs 90 - 100 % aller Proben schadstoffbelastet (s. Ernährungsbericht 1980 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung)
8) Pflanzenschutzmittel-Höchstmengenverordnung, erlassen vom Bundesminister für Jugend, Familie, Gesundheit (PHmV); die PHmV berücksichtigt weder die kombinierte Wirkung verschiedener Mittel noch die Gefährlichkeit von Abbauprodukten. Die Werte sind oft auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt.
9) Christoph Peck, HCH und die armen Schweine, in: H.-D-Degler/D. Uentzelmann (Hg.), Supergift Dioxin, Hamburg 1984, S. 84
10) W. Heeschen, Futtermittelimporte und Rückstände, in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien V/84: Futtermittelimporte — Verelendung durch Veredelung, S. 103 - 106
11) Ulla Ahrenhöfer, HCH-Skandal in Niedersachsen, MS, Hg. von der Gruppe Ökologie, Hannover 1984
12) Schwarzbuch Hamburg — Dritte Welt, Hg. AG Hamburg-Dritte Welt, Hamburg 1983, S. 79 f
13) Dokumentation der Grünen (s. Anm. 4)
14) Zwischen Ökonomie und Ökologie: Pflanzenschutz in Nicaragua, hg. vom Verein zur Förderung von Landwirtschaft un Umweltschutz in der Dritten Welt, 1984
15) Ingolf Spickschen, Pestizidexport in die Dritte Welt — chemische Keule und Bumerang zugleich, in: Ökomitteilungen, Nr. 5, 1983
16) zitiert nach IFOAM, Nr. 46, 1983, S. 9
17) F. Rosenzweig, Exportation and use of Pesticides, Ecoscript 18, Zandvoort 1980, S. 126 f
18) Ulrich Hampicke, Spontane Technikentwicklung und gesellschaftliche Ziele. Der Fall Herbizide, in: Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 2, Frankfurt/New York 1984, S. 194
19) Werbeschrift von ICI, abgedruckt in: David Bull, A Growing Problem — Pesticides and the Third World Poor, Oxford 1982, S. 120
20) dokumentiert von Robert Richter in seinem Film „Pestizide" (USA 1980, deutsche Fassung bei Barfuß-Verleih und Mathias-Film)
21) Fred Klingauf, Brauchen die Entwicklungsländer chemischen Pflanzenschutz? in: Entwicklung und ländlicher Raum, Nr. 1, 1982, S. 16
22) Ecopress (Berlin), Nr. 5, Juni 1984
23) J. van de Waerdt, Drins and related insecticides, Ecoscript 23, Zandvoort 1983, S. 64
24) David Bull (s. Anm. 19) S. 19 f
25) Silvio Bertolami, Halbgötter, Giftkriege und Kondensmilch, Basel 1983, S. 45 ff.
25a) der amerikanische Insektenforscher David Preentel hat dies in zahlreichen Untersuchungen belegt. Vgl. z.B. Environment, vol. 15, Nr. 2, März 1973, S. 19 ff
26) van de Waerdt (s. Anm. 23) S. 78 ff; Rosenzweig (s. Anm. 17) S. 124 f; Marcus Linear, Giftige Hilfe macht die Armen noch ärmer, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 2, 1982, S. 21 ff
27) die Zahlen zum Pestizidgeschäft stützen sich hauptsächlich auf R. Gerrits, Poison swirls across the Third World, Ecoscript 21, Zandvoort 1983; andere Quellen sind Jahresbericht des IPS, Dokumentation der Grünen (s. Anm. 4), van de Waerdt (s. Anm. 23), Schwarzbuch Hamburg-Dritte Welt (s. Anm. 12)
28) Blick Nr. 6, 1981 (PR-Zeitung von Hoechst)
29) Statistisches Jahrbuch Landwirtschaft, Ernährung, Forsten Tab. 97, 99
30) Hampicke (s. Anm. 18) S. 190
31) Gerrits (s. Anm. 27) S. 21
32) eine ausführliche Diskussion dieser Entwicklung legte Frank Herzfeld vom Institut für Botanik der Universität Hannover auf der Tagung der Studiengruppe Biotechnologie des Verbands Demokratischer Wissenschaftler (VDW) im Juni 1984 in Hofgeismar vor. Die Informationen sind seinem Manuskript entnommen.
33) D. Weir/M. Schapiro, Circle of Poison, San Francisco 1981, S. 4
34) van de Waerdt (s. Anm. 23) S. 149 ff
35) Industrieverband Pflanzenschutz, Forum 5: Pflanzenschutz in der Dritten Welt, 1983
36) v.d. Waerdt (s. Anm. 23) S. 41, 44, 103 ff; Bull (s. Anm. 19) S. 130 ff
37) Paul L. Yates, El campo mexicano, Mexico 1978, S. 287
38) v.d. Waerdt (s. Anm. 23) S. 43
40) Industrieverband Pflanzenschutz, Jahresbericht 1981/82, S. 12
41) Entwurf der Bundesregierung zum Pflanzenschutzgesetz, Bundesratsdrucksache 355/83, hier § 20
42) s. Dokumentation der Grünen (s. Anm. 4)
43) nicht vollständige Zusammenstellung nach der Dokumentation der Grünen (s. Anm. 4) und Gerrits (s. Anm. 27) S. 57
44) s. Anm. 20; hinzuweisen ist noch auf die Arbeit der Erklärung von Bern (Gartenhofstr. 27, CH 8004 Zürich), die mehrere gründliche Untersuchungen zur Praxis der Schweizer Pestizidkonzerne vorgelegt hat und in deren Umkreis auch ein Film von Silvio Bertolami über die Flugzeugsprühpraktiken von Ciba-Geigy in Mexico entstand, der im Schweizer Fernsehen gezeigt wurde. Ob der Film als Videoband erhältlich ist, weiß ich nicht.

Iran im Herbst

Eine Herbstreise durch die Wüste

Seine Schreie und sein Stöhnen begannen langsam den Bus zu füllen. Er lag mit seinen Beinen unter dem verbogenen Führerhaus, das wie ein unförmiger Kopf mit gebrochenem Genick vom Sattelschlepper hing. All das direkt vor unseren Augen — wir saßen im Bus und konnten nicht weiter, da der umgestürzte Lastwagen die Straße blockierte. Die Straße war übersät mit Säkken, Holzkisten und abgerissenen Aufbauteilen. Dazwischen etwa ein halbes Dutzend zusammengefahrener Schafe: Der Lastzug mußte mitten in die kleine Herde gerast, und dann beim Bremsen aus der Spur gekommen und über jenen Mann gekippt sein.

Ich verließ den Wagen wie die anderen, stand — auch wie die anderen — etwas hilflos herum und spürte ein Würgen im Hals. Dabei war ich diese Strecke Istanbul-Teheran sicherlich ein Dutzend Mal gefahren und hatte immer wieder Unfälle gesehen: völlig zertrümmerte Wagen, aufgedunsene Leiber von Hunden oder Schafen oder auch gerade erst zugedeckte Tote.

Der Fahrer des Lastwagens lag, wahrscheinlich durch die Schockeinwirkung bewegungslos, einige Meter weiter auf dem Seitenstreifen. Einige Männer versuchten ihm Tee einzuflößen. Kinder standen herum — 6 bis 12-jährige Viehhirten; flinke, braungebrannte Jungen in abgerissener Kleidung. Einen Kilometer entfernt konnte man eine kleine Ansiedlung wahrnehmen: Lehmhäuser, überragt von einem weißgekalkten, plumpen Minarett. Sonst nur Weite und Leere. Dagegen bot die Straße das Bild eines nicht endenwollenden Zuges schwerer 15 bis 36-Tonner mit deutschen, türkischen, bulgarischen oder ungarischen Kennzeichen, dazu bestimmt den Iran nach der Blockade der Seehäfen auf dem Landwege mit dem Notwendigsten zu versorgen. Hunderte von LKWs beladen mit Maschendraht, Holz, Maschinen, Moniereisen, Weizen. Massengut und Stückgut, das hier über eine zerstampfte und aufgerissene Straße durch die Weite Ostanatoliens und Kurdistans in den Iran rollt.

Nach acht Stunden kam endlich so etwas wie ein riesiger Gabelstapler und räumte die Straße frei. Der verwundete Viehhirt war inzwischen gestorben, sagten die einen, gerettet, meinten die anderen. Die Kinder hatten sich eingerichtet, schnorrten Zigaretten und Streichhölzer. Die Szene hatte etwas Jahrmarkthaftes an sich. Nach weiteren sechs Stunden erreichten wir die türkisch/Iranische Grenze. Inzwischen war es Abend geworden. Die Abfertigung ging für uns relativ schnell. Die Laster warteten währenddessen in einer etwa 20 bis 30 Kilometer langen Schlange; in Zweier- und Dreierreihen; manchmal schon 10 Tage und länger.

Wenige Kilometer hinter der Grenze machten wir in der Kleinstadt Maku Zwischenstation, um zu essen. Die Restaurants führten wie eh und jeh alles, aber zu Preisen, die mich nachdenklich stimmten. Man sagte mir, ich solle doch schwarz wechseln, dann seien die Preise erträglich. Das Verhältnis vom offiziellen zum Schwarzmarktkurs war eins zu sechs: Anstatt für eine Mark drei Tuman, erhielt man achtzehn. Für mich war das einfach, aber wie stand es mit den Einheimischen?

Ich war nervös, trank nur Tee, wollte etwas sehen. Langsam bummelte ich herum. Ich dachte: man merkt kaum etwas von dem Krieg — Autos, volle Geschäfte, normales Kommen und Gehen. Ich schloß mich einem jener Iraner an, die seit Istanbul mit mir im Bus gesessen hatten und berichtet ihm von meinem Eindruck. Er wies auf die Tür eines Hauses. Als ich nicht sofort begriff, machte er mich auf das schwarzgeränderte Papier mit dem Photo eines Mannes, aufmerksam. Ich las: „Ahmad Mohammad Reza, 16 Jahre, ging als Märtyrer für die gute und heilige Sache ins Friedensreich der Gläubigen ein ...". Eine Todesanzeige. Ich blickte mich um und mein Bekannter machte eine traurige Geste mit der Hand, so als wolle er die Straße bis zum Himmel fortführen. Erst jetzt verstand ich. Fast an jedem Haus hingen derartige Bekanntmachungen, Gratulationen, Lobsprüche — alles Todesanzeigen.

Wir richteten uns wieder im Bus ein. Gelegentlich wurde gehalten, um Tee zu trinken. Manchmal unterbrachen Straßenkontrollen den Halbschlaf. Dann stiegen junge, bärtige Männer in Armeejacken und Turn-



schuhen und mit umgehängter Maschinenpistole ein, stocherten etwas im Gepäck herum, fragten die Iraner auch wohl nach ihren Ausweisen und verschwanden wieder. Pasdaran — Wächter der Revolution. Trotz der allgemeinen Übermüdung nach inszwischen über 60-stündiger Fahrt, begann in solchen Momenten die Stille zu knistern.

Am Morgen erreichten wir Teheran. Ich machte mich auf die Suche nach einem Hotel und fand nach langem Umherstreifen auch schließlich eines der besseren Klasse: bei den billigeren war ich abgewiesen worden — sie seien belegt, hieß es, oder man gab mir zu verstehen, daß ich unerwünscht sei. Ich war zu erschlagen und kaputt, um zu verhandeln oder weiter zu fragen. So stand ich dann schließlich am Fenster meines luxuriösen Zimmers im 10. Stock eines Hotels in Nord-Teheran und schaute hinab auf die Stadt — riesig breitete sie sich aus, an den Rändern dunstig verhangen; nur gedämpft drang der Lärm hunderttausender sich durch die Straßen quälender und wühlender Autos, Taxis und Lastwagen zu mir herauf.

Fast zwei Wochen blieb ich, ließ mich treiben und mischte mich gezielt unter Teehausbesucher, gammelte und wurde angesprochen verfolgte das Radio- und Fernsehprogramm und suchte Quartiere auf, die ich von früher gut kannte. Ganz langsam begann mich dabei jene Paranoia einzuholen, die wie ein unsichtbarer Film von Verzweifelung, Angst, Ungewißheit und Trauer alles und jedes überzogen hatte.

Teheran war von oben bis unten beschmiert, bemalt und beschildert mit Aufrufen zum Tod: Tod den Amerikaner; Tod den Russen; Tod den Franzosen; Tod den Engländern; Tod den Verrätern ... Gleich daneben wieder die obligatorischen Todesanzeigen. Umzüge fanden statt: Tod dem Verräter Saddam Hussein; Tod. In den Zeitungen: Tod den Drogenhändlern und allen Verbrechern. Dazu das Fernsehen mit seinen stundenlangen Berichten von der Front, die in jedes Teehaus vordrangen. Und alles druchdringend der nervtötende Dauerton der Krankenwagen, die die zerfetzten Verwundeten und die Toten der Front auf der Hauptstraße vom Flughafen zu den innerstädtischen Krankenhäuser transportierten.

Ich kurvte im Taxi durch die Stadt. Taxis sind in Teheran wie Kleinbusse auch auf eine feste Route fixiert. Auf dieser Route können Leute zu- oder aussteigen. Taxis sind eines der wichtigsten Verkehrsmittel und entsprechend zumeist voll. Fünf oder sechs Personen sitzen gedrängt. Manchmal herrscht Schweigen. Gelegentlich werde ich neugierig gefragt. Häufig wird untereinander diskutiert. Grundsätzlich war da fast immer Verzweiflung, Haß und machtlose Wut.

Zynisch-witzige Bemerkungen über die Regierung , wie sie die Volkskritik in den Ostblockländern auszeichnet, fehlte fast vollständig: Zu überraschend hatte sich alles entwickelt und zu neu war noch alles:



reichten begann der Fahrer zu sprechen. Wir waren zu dritt: Er, eine verschleierte, vielleicht vierzigjährige Frau und ich. „Das ist meine Tochter" — er deutete auf die Verschleierte. „Sie kommt gerade aus dem Gefängnis, wo sie eine Woche verbrachte. Sie kam frei, aber sie verlor ihre Arbeit. Über zwanzig Jahre hat sie in der Fabrik an

Der Krieg, die Herrschaft der Geistlichen, die Bespitzelung und Denunzierung durch die Anhänger der Partei Khomeinis, die Willkür der Wächter der Revolution, die islamische Moral, ihre Kontrolle durch all die Blutsauger der Revolution, durch ein Heer mit Macht ausgestatteter Winzlinge in den Fabriken, Büros, Stadtquartieren und im Bazar.

Kurz bevor wir das Ziel, den Bahnhof, erden Maschinen gestanden, fast niemals Ferien gehabt und jetzt ist sie ohne Arbeit. Und warum? Weil sie Perlonstrümpfe trug. Perlonstrümpfe! Niemand wird sie mehr nehmen. Nur ich bleibe ihr; und ich bin sechzig. Das einzige, was ich besitze, ist mein Taxi."

Ich sah zu der Verschleierten hin. Sie hatte sich etwas nach vorne gebeugt und ich konnte ihr Gesicht sehen. Ich versuchte, etwas an ihren Augen abzulesen, betrachtete sie aufmerksam. Da zog sie den Schleier wieder etwas tiefer und erst jetzt merkte ich, daß sie mit mir redete: „Wissen sie, ich habe immer Perlonstrümpfe getragen — irgendwie muß sich der Mensch ja auch anständig kleiden bei all der Schinderei. Und dann kam plötzlich eines Tages diese neue Vorarbeiterin, riß mir den Rock auf und klärte mich über meine sündige Beinkleidung auf. Ich machte mir nichts daraus, denn jeder kannte mich und wußte, daß ich gut arbeitete. Zwei Tage später holten mich zwei Frauen ab. Ich kam ins Gefängnis und dort schlugen und beschimpften sie mich und sagten, ich sei eine Nutte, ein elendes Miststück und würde die Reinheit der Religion beschmutzen. Mein Vater erfuhr durch Freunde, daß sie mich verhaftet hatten und konnte mich so herausholen. Zuvor hatten sie bereits gedroht, mich in Zukunft für die Gefangenen arbeiten zu lassen: „Dann wäre ich ja in guter Gesellschaft und könne mich als nützlich erweisen".

Der Vater nickte nur stumm; als er hielt, um mich hinauszulassen. Ich gab ihm einen größeren Betrag und machte mich klein. Nach wenigen Sekunden hatte sich das Taxi im Gedränge um den Bahnhof verloren.

Es war ein schöner, sonniger Herbsttag, nicht zu warm, nicht zu kalt. Genau richtig, um wohlig umherzustreunen. Ich kannte die Gegend um den Bahnhof sehr gut. Früher hatte ich normalerweise hier in Süd-Teheran meine Zeit verbracht, kannte die schmalen Gassen und wußte, wie die ärmere Bevölkerung hier lebte. Noch etwas weiter südlich begannen die eigentlichen Slumviertel, doch die Leute hier hatten sich Wohnungen leisten können, arbeiteten als Schlosser, Fahrer, Teehausgehilfen oder besaßen kleine Geschäfte. Die kleinen und zahlreichen Pensionen beherbergten vor allem eben erst aus der Provinz hergezogene einfache Leute. Ich erkannte die Namen der Pensionen wieder: Mosaferkhaneh Shik, Mosaferkhaneh Baghdad ... Ich ging hinein. Nur so. Aber schon gleich am Eingang Mißtrauen: Was ich hier wolle? Ich sah mich um: Früher war es arm gewesen hier, jetzt war es schäbig, schäbig wie Herbergen, die permanent zu viele Leute aufnehmen, deren Besitzer häufig wechseln und in denen selbst Wasser noch seinen Preis hat. Obwohl ich erklärte, warum ich hergekommen sei und daß ich die Unterkunft gut kenne, gab es kein verstehendes Lächeln — ich solle gehen, möglichst schnell und mich nie wieder blicken lassen.

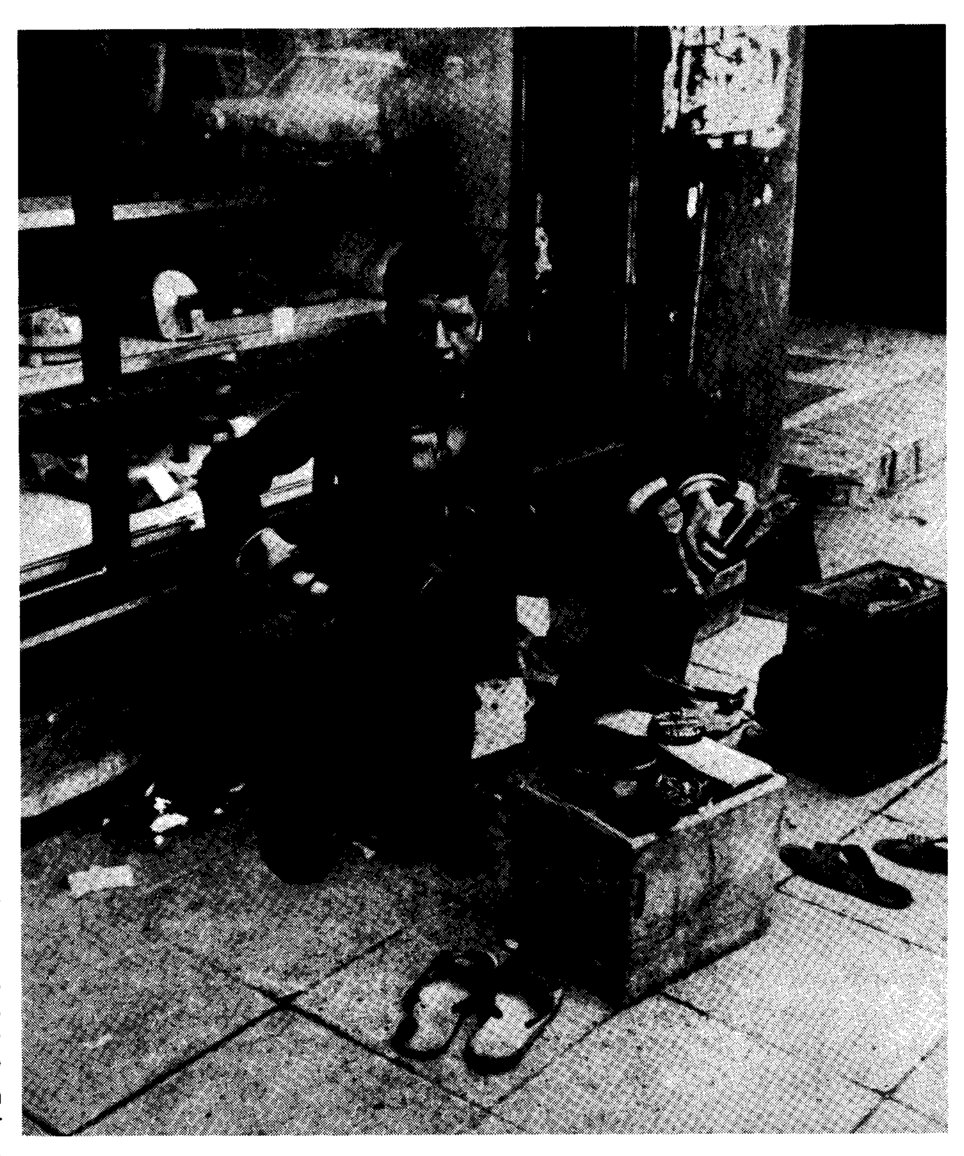
Der Herbst draußen interessierte mich nicht mehr. Ich bahnte mir einen Weg durch

die Lastkarren, vorbei an den Schlangen vor den Lebensmittelläden und Bäckereien, vorbei an buckelnden Trägern. Ich hatte das Bedürfnis, mit jemandem zu reden inmitten dieser Masse niedergedrückter, nur mit ihrem Elend beschäftigter Menschen. Denn eines wurde mir hier plötzlich mit aller Deutlichkeit klar: Früher hatten die Menschen in dieser Gegend Teherans ihre erzwungene Freizeit damit verbracht, miteinander zu reden, sich lustig zu machen über jene, denen es noch schlechter ging als ihnen; früher hatten sie herumgelungert oder Maulaffen feilgehalten. Doch jetzt sahen sie aus als triebe eine ungeheure auf ihnen liegende Last ihnen die Augäpfel aus dem Höhlen.

Ich erreichte wieder den Bahnhof. Sein Eingang war abgesperrt. Etwa ein halbes Dutzend Wächter der Revolution kontrollierten die Ausweispapiere der Kommenden und Gehenden. Aber nur wenige schienen den Bahnhof noch zu brauchen. So amüsierten sich die Kontrolleure durch ihre eigenen Kommentare. Alles ganz junge Burschen, die laut redeten und lachten ...

Ich ging auf sie zu, grüßte und fragte sie etwas. Zuerst waren sie konsterniert, einen Ausländer hier zu sehen, der zudem noch ihre Sprache verstand, etwas mißtrauisch-verlegen auch, weil es sich ja um einen der verhaßten Ausländer handeln könnte, deren Machenschaften an allen Häuserwänden diffamiert wurden. Schnell aber siegte ihre Neugierde, gepaart mit Stolz über ihre Position über jeglichen Verdacht. Woher? Wieso hier? Ob sie behilflich sein könnten? Man habe mich abgewiesen — nur einen Moment, man würde einen der ihren mit mir schicken, dann würde sich alles regeln. Und überhaupt: Ich solle doch meinen Freunden und allen Ausländern erzählen, was ich hier sehe: Der Iran, dieser alte, schöne Iran habe nun endlich wahre Freiheit erfahren, sei endlich aufgewacht. Khomeini und der Islam seien gekommen; um beides zu verteidigen, seien sie hier. Wichtigtuerisch und naiv zugleich freuten sie sich, mir erklären zu können, was sie taten, dachten und wünschten. Und an nichts lag ihnen mehr, als mir die frohe Botschaft zu vermitteln, es sei der neue, große, islamische Iran Khomeinis und des Volkes, der jetzt seine Auferstehung feiere.

Ich stand zwischen ihnen, genau wie sie in Turnschuhen und mit einen Parka — lediglich der Bart und die Bewaffnung trennten uns äußerlich. Für einen Moment war ich ein fremder Kumpel, mit dem man scherzte, dem man seine Freude zeigte, dem man eine Münze zum Telephonieren gab, da er keine besaß. Gesichter, wie sie mir auch von den Todesanzeigen und von den Fernsehberichten bekannt waren, nur daß diese lebten und augenblicklich nicht ums Überleben kämpften. Ganz entspannt wirkten und waren sie, die siegreichen Kinder der Revolution. Aber mit der gleichen entspannten Selbstverständlichkeit erklärten sie mir auch, alles, buchstäblich alles



dafür tun zu wollen, das Gute zu fördern und das Schlechte auszurotten. Auf meine Frage, ob sie schon einmal jemanden erschossen hätten, sahen sie mich ruhig und ernst an: nein, aber das käme sicherlich noch, denn schließlich sei es ja ihre Aufgabe.

Wieder zurückgekehrt in das Nord-Teheran der großen Avenuen und eleganteren Geschäfte, zog ich mich mit einigen neu erworbenen Büchern in ein Teehaus zurück. Ich las: „Im Namen Allahs des Allmächtigen und Barmherzigen. Im vierten Jahr nach der glückseligen Revolution durch unser aller Führer und leuchtendes Vorbild Khomeini rüsten sich die verbrecherischen Feinde zum letzten Gefecht. Doch selbst Millionenheere des Teufels werden schließlich geschlagen und ihre abtrünnigen Soldaten mit heraushängenden Gedärmen tausend und aber tausend Jahre leiden — sollte selbst das Blut unserer islamischen Diener und Märtyrer wie aus Schleusen herabstürzen: Tod den ..." Ich legte das Buch beiseite, zahlte meinen Tee. Der Kellner warf einen Blick auf den Umschlag des Buches. Ich glaube, er grinste höhnisch. Vielleicht war es auch nur meine eigene Phantasie. Auf dem Buch war groß die Herausgeberorganisation vermerkt: Das Wezarat-e ershad-e eslami — das Ministerium für islamische Wahrheit.

Auf dem Weg zum Hotel kam mir eine Gruppe heftig diskutierender Leute entgegen. Einer von ihnen versuchte anscheinend, den anderen etwas begreiflich zu machen. Ich strengte mich an, etwas zu verstehen. Unmöglich! Sie mußten meine Anstrengungen bemerkt haben, blieben stehen und der Wortführer fragte mich: Engländer? Amerikaner? Aus West-Berlin. Erzähl deinen Landsleuten, daß es Verbrecher sind hier, Verbrecher. Und der größte von allen ist dieser Teufel Khomeini. Sonst sagten sie nichts. Als ich antworten wollte, waren sie schon fort.

Ich brauchte wieder Boden unter den Füßen. Im Hotel bestellte ich mir gleich mehrere Menüs und ließ sie mir aufs Zimmer bringen. Teheran funkelte in der Nacht und ich fraß, fraß als ob man sich eine Grundlage anfressen könnte, um alles besser auszuhalten.

Die nächsten Tage brachten ähnliche Eindrücke. Alte Freunde besuchte ich nicht, um sie nicht durch ihre Bekannt-

schaft mit mir in Schwierigkeiten zu bringen. Nur selten begegnete ich anderen Ausländern. Selbst auf den früheren Prachtstraßen — internationalen Boulevards — schien ich zumeist der einzige Nicht-Iraner zu sein. Ich wurde angesprochen — von Gegnern des Regimes, die mir sagen wollten, wie sehr sie unter dieser Herrschaft der Geistlichen litten und von begeisterten Anhängern, die mir mitteilten, welchen Fortschritt das Land genommen habe. Dazwischen war nichts. Nie tröstliche Worte, Verständnis, Versuche, Gräben zu überbrücken. Und genauso gespalten die Ökonomie: Hier der freie Markt mit seinem Angebot an Waren zu fast unerschwinglichen Preisen und dort die Coupon-Ökonomie. Und während sich die Verkaufsstände der freien Händler unter der Last aufgestapelter Dinge bogen, herrschte Gedrängel und gottergebenes Schlangestehen in und vor den Läden, die Waren zu staatlich festgelegten Preisen verkaufen. Der Anspruch auf solche Karten kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Da es für den überwiegenden Teil der Bevölkerung aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommt, sich die Grundnahrungsmittel auf dem freien Markt zu besorgen, ist Wohlverhalten um jeden Preis angezeigt. Zugleich sorgt eine durchaus traditionelle Privilegienpolitik der neuen Machthaber dafür, daß die Sieger der Revolution — Ihre Wächter, Angehörige der Partei Gottes, Diener und Denunzianten — sich auf dem freien Markt all das holen können, was ihr Herz begehrt.

Stundenlang flimmerten die gleichen Gesichter, wie sie mir vor dem Bahnhof begegnet waren, über den Fernsehschirm — doch jetzt waren es die Gesichter von Landsern, von feldmarschmäßig ausgerüsteten Soldaten, von Todeskommandos oder müde in die Kamera winkendem Verwundeten, eingerahmt von Kommentaren salbadender Geistlicher und garniert mit religiösen Beschwörungsformeln. Reale Privilegien wollen erkämpft sein — und wenn sie nicht in dieser Welt genossen werden können, so eben in der nächsten.

Ich hatte noch den Kommentar eines Bekannten im Ohr. Vielleicht sollte es auch eine Warnung sein: Iran auf dem Weg zurück ins Mittelalter ...

Nein. Nicht das war es.

Ich lebte hier nicht im Mittelalter, sondern in einer höchst modernen Zeit, einer modernen iranischen Zeit. „Sehen Sie" — so sagte mir der Fahrkartenverkäufer, bei dem ich mein Ticket zur Abreise nach Pakistan löste und mit dem ich ins Gespräch kam — „sehen Sie, das heutige Iran steht vielmehr im Einklang mit seinen Traditionen als etwa zur Zeit des Schah. Jetzt absorbiert unsere Kultur den technischen Fortschritt des Westens und nicht mehr umgekehrt".

Vielleicht war es das. Der neue Iran der Kulturrevolution, der Neufindung traditioneller Werte und Moralhaltungen, der stolze Iran mit seiner Geschichte und seiner Religion, der große Iran mit seiner Despotie und unkontrollierten Herrschaft, der reiche Iran mit seinem Rentenkapitalismus und dem Ölgeld zur Finanzierung eines gigantischen Repressionsapparates, der begeisternde Iran mit seinen Mythen und seiner Menschenverachtung derer, die solche Mythen schufen, der alltägliche Iran, in dem die technisch versiert verpackte und hocheffiziente Propaganda gepaart mit schlichter Gewalt, ein irrationales, wahnwitziges System zum Erlösungsreich hochstilisiert.

Ich hatte viel Zeit, darüber nachzudenken, nachdem ich den Bus nach Zahedan genommen hatte und wohlig zurückgelehnt die hügelige Halbwüstenlandschaft betrachtete. Nach etwa zwei Stunden passierte der Bus die Stadt Qom. Im Abendlicht glänzte die goldene Kuppel der Hauptmoschee Qoms herüber. Ein friedliches, fast nostalgisches Bild, das dieses neue politisch-religiöse Zentrum von Ferne bot. Welche Fraktionskämpfe werden wohl gerade an der dort beheimateten zentralen theologischen Hochschule ausgetragen? Nur weniges dringt darüber normalerweise nach draußen. Geschieht es dennoch, so in der manieristischen Sprache der Theologen. Werden hier jetzt vielleicht schon die Anklagen für den historischen Prozeß gegen die erste Generation der religiösen Revolutionsprofiteure formuliert — Anklagepunkte: Machtmißbrauch, Menschenverachtung, Verrat der wahren islamischen Ziele, Blutvergießen, Bereicherung, Mord ...? Ein infernalisches Quietschen, Johlen und Pfeifen riß mich aus meinen Träumen. Der Busfahrer hatten in den ersten Gang heruntergeschaltet und versuchte, an einer scheinbar endlosen Prozession vorbeizukommen. Transparente, Fahnen, Pappschilder, Bilder von Khomeini, La illah illa Allah-Rufe.

Eine Prozession auf dem Weg nach Qom. Lachende Gesichter normal gekleideter Jugendlicher, bemalte Büßer, Kleinkinder, einzeln oder in Kolonnen, angeführt von Vorsängern und Vorbetern, Bollerwagen mit Wasserfässern, Proviantwagen, Ordner mit grünen Armbinden und kleinen Khomeiniphotos auf der Brust, einige Soldaten. Man winkte zu uns herüber, einer reichte dem Fahrer zwei Äpfel durchs Fenster. Im Bus herrschte Schweigen. Nach einer halben Stunde war alles vorbei. Der Bus hatte wieder freie Fahrt. Es wurde Nacht und wieder Tag. Die Halbwüste war in Wüste übergegangen. Aber es war Herbst und die Sonne wärmte die Menschen, ohne sie zu verbrennen. Alles war hell und weit, unberührt und zig-tausendjährig.

In Zahedan stieg ich in einen alten heruntergekommenen Bus um, der mich an die Grenze nach Pakistan brachte. Die Asphaltstraße reichte nur bis Zahedan, dann gab es nur noch Piste. Feiner Sand drang durch alle Ritzen. An der Grenze wurden wir in wenigen Minuten abgefertigt. Auf der anderen Seite lag eine kleine, ärmliche Ansammlung von Bretterbuden, Lehmhäuser und Hütten. Ich war in Pakistan — genauer gesagt: mitten in der Wüste Belutschistans; der Ort heißt Taftan.

J. H. G.



Iran-Chronik

Was kommt nach Khomeini?

„Die Ära nach Khomeini hat bereits begonnen. Wenn der Imam stirbt, haben die Extremisten keine Chance mehr". So optimistisch hat sich der ehemalige Staatspräsident der islamischen Republik Bani Sadr Anfang August in einem Interview mit Le Monde geäußert. Indizien für Macht- und Flügelkämpfe zwischen einer „gemäßigten" und einer „harten" Fraktion um die Nachfolge Khomeinis, sieht Bani Sadr in den Ereignissen um die Entführung der Boeing 737 der Air France Ende Juli. Der Verlauf der Entführung lege die Vermutung nahe, daß die Entführer direkt von Teheran unterstützt wurden. Denn erst auf dem Teheraner Flughafen sollen sie Schußwaffen erhalten haben.
Mit dem „Staatsterrorismus" und einer verschärften Repression im Iran selbst wolle die „harte" Fraktion noch einmal ihre Macht demonstrieren. So jedenfalls sieht es Bani Sadr.[1]
Ob dieser Optimismus angebracht ist, ist sehr zweifelhaft. Den Pressemeldungen der letzten Wochen zufolge, die vor allem von Machtkämpfen im iranischen Parlament berichteten, sind sich die Regierenden Teherans in wichtigen Fragen uneins: Besonders umstritten ist, ob oder wie der Krieg mit dem Irak fortgesetzt werden soll. Eng damit verknüpft sind die Meinungsverschiedenheiten darüber wie die Wirtschaftskrise zu bewältigen ist und wie die außenpolitische Neuorientierung aussehen soll.

Klare Fronten, entlang derer sich verschiedene Fraktionen um die Macht streiten, sind jedoch schwer auszumachen.
Beim Versuch, die innenpolitische Situation im Iran zu beschreiben, sollte man Zuordnungen wie „Falken" oder „Tauben", „hart" oder „gemäßigt" oder „progressiv/reformerisch" vermeiden. Sie mögen vielleicht Fraktionskämpfe in den westlichen Ländern charakterisieren, im Falle des Iran sind sie eher verwirrend und greifen zu kurz. So wird beispielsweise Parlamentspräsident Rafsandjani — beim Ehrgeiz der bürgerlichen Presse, die Verhältnisse im Iran zu durchblicken — abwechslungsweise als „progressiv" und als „Hardliner" eingestuft. Der starre Blick auf Querelen in einem Parlament, in dem nur eine einzige Partei vertreten ist und dessen Abgeordnete vor den Parlamentswahlen im April allesamt auf ihre „islamische" Treue hin überprüft wurden, verhindert eine Analyse, die die tatsächlichen Machtverhältnisse im Iran untersucht und damit auch Aufschluß über den verdeckten oder offenen Widerstand im iranischen Volk geben könnte. Ähnliches trifft für die These von Khomeinis „Allmacht" zu, die die Hilflosigkeit, die iranischen 'Verhältnisse' gedanklich zu durchdringen, bezeugt. Khomeini, als der ominöse Mann im Hintergrund, hält dieser These zufolge alle Fäden in der Hand.[2] Diese personalisierte Sichtweise fördert nicht gerade eine Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Konflikten im Iran. Außerdem leistet sie Hoffnungen auf eine Ära nach Khomeini Vorschub. Die Vertrauensabstimmungen im Parlament, bei denen fünf Minister, darunter auch der Verteidigungsminister, ihre Posten verloren haben, machen allerdings deutlich, daß umstrittene innen- und außenpolitische Fragen jetzt stärker ins Parlament getragen und dort diskutiert werden als dies vor den Parlamentswahlen im April der Fall war. Ob mit der Neubesetzung der Ministersessel jedoch eine „neue" Politik eingeleitet wird, bleibt noch unklar. Die Ablösung des Verteidigungsministers Salami wird noch lange nicht über Krieg und Frieden mit dem Irak entscheiden.[3] Einigkeit darüber, daß sich der Iran außenpolitisch öffnen muß, will er seine wirtschaftlichen Probleme lösen, besteht wohl auch zwischen Staatspräsident Khomeini und Ministerpräsident Moussavi auf der einen und Parlamentspräsident Rafsandjani auf der anderen Seite. Umstritten ist aber, ob sofortige Friedensverhandlungen notwendige Voraussetzung für diese außenpolitische Öffnung sind. Rafsandjani jedenfalls spricht sich immer wieder für eine Fortsetzung des Krieges aus.[4]

Die Säulen der fundamentalischen Macht

Wer aus den „parlamentarischen Auseinandersetzungen" Hoffnungen auf eine baldige Veränderung im Iran zieht oder — wie Bani Sadr — auf eine Ära nach Khomeini setzt, will offensichtlich übersehen, mit welchen Mitteln die Geistlichkeit und mit ihr die einzige zugelassene Partei (die Islamisch-Republikanische Partei, IRP) ihre Macht im Iran seit der Revolution 1979 konsolidiert hat.

Waren die Machtverhältnisse unmittelbar nach der Revolution noch ungeklärt, so konnte sich die IRP gegenüber den nicht-fundamentalistischen Mojahedin und anderen marxistischen Gruppierungen bis Mitte 1981 endgültig durchsetzen. Denn mit der Absetzung Bani Sadrs, den Massenverhaftungen und -hinrichtungen und der Flucht vieler Oppositioneller ins Ausland war nun jede, die Machtansprüche der Mullahs offen gefährdende Opposition ausgeschaltet. Den Widerstand in den kurdischen Provinzen, in die viele Mojahedin sich geflüchtet haben, konnte die Teheraner Zentralregierung bisher nicht brechen.

Entscheidend für die Konsolidierung der Macht der Fundamentalisten war (und ist) der Aufbau eigener Repressionsapparate, die — neben der regulären Polizei und Armee — vor allem als verlängerter Arm der IRP agieren. So wurde in kürzester Zeit parallel zur Armee das 'Heer' der „Islamischen Wächter der Revolution" (Pasdaran) aufgebaut. Dieses 'Heer' wird mittlerweile auf zwei- bis dreihunderttausend Mann geschätzt. Sie sind an der Front in Kurdistan genauso vertreten wie im Krieg gegen den Irak. Diese Truppe ist nicht zuletzt aus Furcht vor einem Militärputsch geschaffen worden. Heute werden militärstrategische Entscheidungen nicht mehr ohne die Zustimmung der 'Generäle' der Pasdaran getroffen.

Ein weiterer Schritt in der Kontrolle des öffentlichen Lebens gelang den fundamentalistischen Geistlichen durch den Aufbau der „Revolutionstribunale" und anderer auf der „institutionellen" Ebene angesetzten Organisationen wie etwa das „Tribunal im Kampf gegen die Sünde" (s. M. Schuckars Artikel zur Moralpolitik in diesem Heft). Die Geistlichkeit hatte damit ihren eigenen „islamischen" Justizapparat geschaffen. Die Revolutionstribunale nahmen bald die Verfolgung nicht nur der Kollaborateure des Schah-Regimes auf. Ihre „Polizisten" machen bis heute Jagd auf alles, was seit der Revolution von der Geistlichkeit als „unislamisch und als vom „Kulturimperialismus verdorben" definiert wird. „Summarische Begründungen wie „Kampf gegen Gott und Verderbtheit auf Erden", „Bildung von korrupten Banden" und "Provokation und Aufwiegelung des Volkes mit politischem Ziel" ermöglichen es, jedes noch so willkürliche Urteil zu legitimieren. In der Sprache der islamisch-fundamentalistischen Justiz verschwand damit der Unterschied zwischen politischen Delikten und anderen."[5]

Bei der Fahndung nach den „Feinden

der Islamischen Revolution" sind die Hezbollahis (Parteigänger Gottes) behilflich. Ihre Schlägertrupps werden von der IRP geduldet oder sogar ermuntert ihre „islamische Moral" — und sei es mit Gewalt — in die Straßen zu tragen. Die Mitglieder dieser Schägerbanden rekrutieren sich vornehmlich aus den städtischen Unterschichten. Ihr Haß gegen die Reichen oder Intellektuellen, die im Gegensatz zu ihnen vom „Kulturimperialismus" während des Schah-Regimes profitiert haben, läßt sich immer wieder einsetzen, um mißliebige Personen, die sich der islamischen Herrschaft nicht bedingungslos beugen wollen, zu verfolgen und zu terrorisieren. Gerade indem die Fundamentalisten die städtischen Unterschichten in ihr politisches Konzept miteinbeziehen, sichern sie sich — so scheint es zumindest — eine soziale Basis, die ihnen die Treue hält. Mit einer Mischung aus Almosen, die u. a. aus dem Vermögen der Pahlewi-Stiftung stammten, und Appellen, die zumindest rhetorisch den sozialen Status der städtischen Unterschichten und Slumbewohner aufwerteten, in dem Khomeini ihre Opfer für die Islamische Revolution rühmte und die „Enterbten" zu den einzig „wahren Muslimen" stilisierte, konnten diese Bevölkerungsschichten für die Politik der IRP gewonnen werden. Obwohl die Politik der Geistlichkeit die ärmliche Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung nicht verändert hat, kann „die Betonung der Leidensbereitschaft und des Selbstwertgefühls der Unterschicht-Angehörigen in dieser Ideologie (...) immer wieder die Diskrepanz zwischen den durch die Revolution geweckten Erwartungen und den armseligen realen Verhältnissen überbrücken."[6]

Krieg oder Frieden

Der Macht- und Repressionsapparat sichert zwar noch die Herrschaft der Fundamentalisten. Die Differenzen zwischen den Fundamentalisten können jedoch Anzeichen dafür sein, daß sie ihre politische Legitimation vor allem durch die fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik bedroht sehen. Die konzeptionslose Wirtschaftspolitik, die vor allem auf den steten Fluß der Ölmilliarden vertraut hat, zeitigt ihre Folgen: hohe Arbeitslosigkeit und Inflationsrate, schlechte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, niedrige Kapazitätsauslastung der iranischen Industrie und steigende Importabhängigkeit sind nur einige Beispiele, die das Ausmaß der Wirtschaftskrise verdeutlichen. Das bisherige „Konzept" — massive Repression, Krieg und islamische Ideologie jedenfalls dürfte kaum ausreichen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Grundsätzliche Entscheidungen darüber, ob das Privateigentum gefördert werden soll oder ob wichtige Industriezweige verstaatlicht werden sollen, können nicht mehr lange hinausgezögert werden. Dasselbe trifft auf die immer wieder verkündete Agrarreform zu.

Wichtigste Bedingung, um die wirtschaftlichen Probleme lösen zu können, ist aber das baldige Ende des Krieges mit dem Irak. Denn dieser Krieg verschlingt Milliarden und verschärft damit die Wirtschaftskrise. Der Krieg gegen die Kurden scheint hingegen weniger umstritten. Dort dürfte das militärische Potential — insbesondere nach Friedensverhandlungen — ausreichen, um „Lösungen" zu schaffen.

Wie aber soll der Friedenskompromiß aussehen?

Der Krieg kostet zwar viel Geld. Andererseits lenkt er aber von den sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes ab. So konnten noch beim Ausbruch des Konfliktes (1980) viele Iraner mit Parolen wie der „Verteidigung der Islamischen Revolution" mobilisiert werden. Der „Export der Revolution" und die Eroberung der shiitischen 'Heiligen Stätten' Kerbela und Nadjaf im Irak treffen jedoch nicht mehr auf große Zustimmung.

Auch bei größtmöglichem Aufgebot an Soldaten und freiwilligen Kämpfern kann — nach allgemeiner Einschätzung — der Krieg von den Iranern derzeit nicht gewonnen werden, da die irakische Armee technisch weit überlegen ist.



Iranische Revolutionskrieger an der Front

Gerade der Einsatz der freiwilligen Kämpfer und Kindersoldaten wird in letzter Zeit von den Offizieren der regulären Armee kritisiert, weil er viele Menschenleben fordere aber militärisch nicht viel bringt. In diesem Zusammenhang werden auch Kompetenzstreitigkeiten bei militär-strategischen Entscheidungen zwischen regulärer Armee und den Pasdaran erwähnt. Wie groß die Bereitschaft zur Fortsetzung des Krieges unter den Soldaten der Armee ist, ist schwer einzuschätzen. Die Tatsache jedoch, daß Verteidigungsminister Salimi sein Amt verloren hat, läßt vermuten, daß die Kritik der Offiziere der regulären Armee am Machtzuwachs der Pasdaran ernstgenommen wird. Denn Salimi wurde vorgeworfen, daß er den Pasdaran zu viel Entscheidungsspielraum gewährt habe.[7]

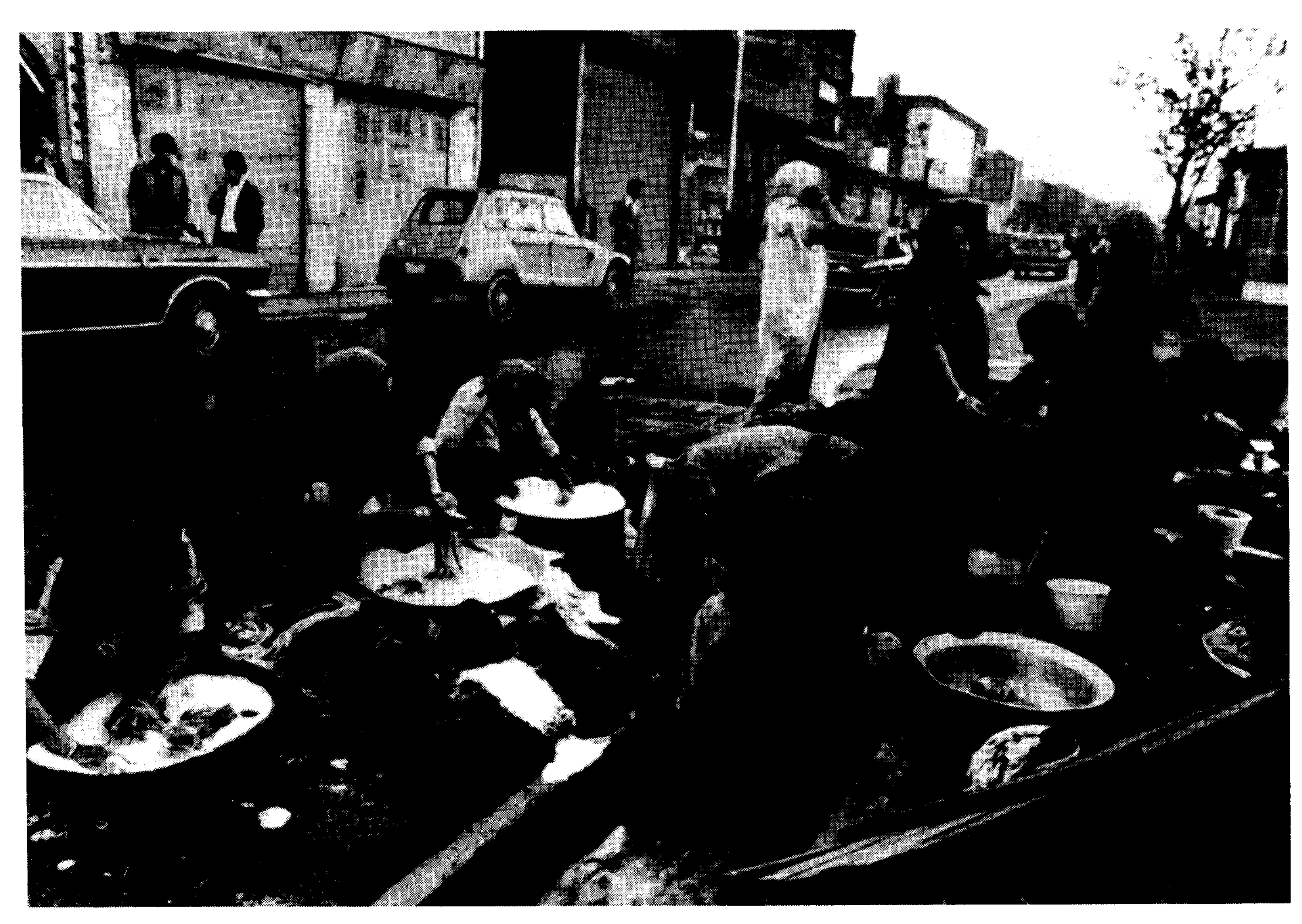
Die immer wieder verschobene Großoffensive die im „Satan" Saddam Hussein die endgültige Vernichtung bringen sollte, deutet daraufhin, daß die Armee außerdem mit materiellen und logistischen Problemen konfrontiert ist. Auf einer Pressekonferenz im irakischen Exil gab der ehemalige enge Vertraute Khomeinis und der derzeit bekannteste geistliche Regimekritiker Ayatollah Ali Theherani folgende plausible Erklärung für die Verzögerung der Offensive ab: „Die Offensive habe sich verzögert, weil der Iran dieses Mal viel weniger Kämpfer mobilisieren konnte als allgemein angenommen wurde. Außerdem fehle es den iranischen Truppen an ausreichender Munition."[8]

Die Luftüberlegenheit des Irak und der gefürchtete Einsatz von Giftgas dürften weitere Gründe für die Verschiebung der Großoffensive sein.[9]

All diese Tatsachen tragen mit dazu bei, daß der Ruf nach Friedensverhandlungen lauter wird. Die Befürworter baldiger Friedensverhandlungen sehen vor allem in der Eroberung der Madschun-Insel eine gute Ausgangsposition für Verhandlungen. Denn unter dieser Insel liegen Ölfelder, die einem Wert von ca. 150 Mio. Dollar entsprechen. Mit diesem Pfand in der Hand ließen sich nicht nur die Iraker „erpressen". Auch der Bevölkerung kann eher vermittelt werden, daß die Kriegsopfer nicht „sinnlos" waren. Ob sich diese 'pragmatische' Einschätzung bald durchsetzen wird, bleibt dennoch abzuwarten.[10]

Der Krieg schluckt die Ölmilliarden

Eine vom iranischen Parlament eingesetzte Sonderkommission hat berechnet, daß



der Krieg und dessen Folgen wie Produktionsausfall, zerstörte Landwirtschaft, Versorgung der Kriegsverletzten und Flüchtlinge allein in den Jahren 1980 bis 1983 rund 164 Mrd. Dollar gekostet haben. Auch im Haushaltsjahr 1984/85 sind Militärausgaben von über 30 Mrd. DM ausgewiesen (davon sollen alleine 4 Mrd. an die Pasdaran gehen). Diese riesigen Summen können schon lange nicht mehr durch die Ölausfuhren des Iran gedeckt werden. Das Zahlungsbilanzdefizit ist allein in den letzten fünf Jahren auf über 8 Mrd. US-Dollar gestiegen und die Devisenreserven der iranischen Banken betragen laut Schätzungen derzeit nur noch drei bis vier Milliarden Dollar.[11]

Trotz der gestiegenen Zahlungsbilanzdefizite war die iranische Wirtschaft auch 1983 gezwungen, Waren im Wert von 22 Mrd. Dollar zu importieren.

Zwar hat die Regierung, um Devisen zu sparen, Importbeschränkungen angekündigt. Wenn sich aber die Versorgungslage in den Städten nicht noch weiter verschlechtern soll, wird sie auf die Einfuhr von Lebensmittel nicht verzichten können. Die fortdauernde Vernachlässigung der iranischen Landwirtschaft hat dazu geführt, daß der Iran pro Jahr für mehr als drei Milliarden US-Dollar Nahrungsmittel einführen muß, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Gegenwärtig sind viele Grundnahrungsmittel wie Reis, Fleisch und Kartoffeln auf dem freien Markt vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten unerschwinglich. Viele Grundnahrungsmittel sind rationiert und nur gegen die Vorlage von Lebensmittelkarten erhältlich. Der (unislamische) Schwarzmarkt blüht; dort werden zu überhöhten Preisen rationierte oder offiziell überhaupt nicht angebotene Waren gehandelt.[12]

Der anhaltende Rückgang der Ölausfuhren bereitet der Regierung derzeit die größten Sorgen. Schon 1983 waren die Deviseneinnahmen aus dem Ölexport niedriger als erwartet. Eine Steigerung der Ölausfuhren ist auch für 1984 nicht in Sicht. Denn die Bombardements auf Tanker im Golf und die Angriffe der Iraker auf die Insel Kharg, von wo aus 90 % des iranischen Öls exportiert werden, haben seit April Ausfuhren im Wert von monatlich 1,5 Mrd. Dollar auf lediglich 600 Mio. Dollar zurückgehen lassen.[13]

Neuorientierung in der Außenpolitik

Besonders den 'Pragmatikern' im Iran ist offensichtlich klar geworden, daß die Wirtschaftskrise nur durch verstärkte außenpolitische Aktivitäten bewältigt werden kann. Denn der international nahezu völlig isolierte Iran braucht nicht nur für ebentuelle Friedensverhandlungen eine bessere Ausgangsposition. Für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist er vor allem auf solche Geschäftspartner angewiesen, die künftig bereit sind, iranisches Öl zu kaufen. Unter dem Stichwort der „Reaktivierung der Islamischen Republik" wird die außenpolitische Neuorientierung des Iran verkauft. Bei einer Rede vor ausländischen Diplomaten stellt Staatspräsident Khomeini dieses neue Konzept vor: Die Islamische Republik Iran befinde sich in einer Situation, in der „die Ausdehnung der Bande mit allen Ländern die unterschiedliche Ideologie und Kulturen haben", den Iran bereichern könne. Selbst nach Friedensverhandlungen muß dabei nicht auf den vielbeschworenen „Export der Islamischen Revolution" verzichtet werden. Denn der Export der Revolution bedeute den Export der Ideen der Revolution, und dies könne nur durch „die Präsenz Irans auf der politischen Arena der Welt erzielt werden."[14] Mit welch ideologischen Manövern der Handel mit dem Hauptfeind Nr. 1, den USA, oder mit dem „kleinen Satan" Frankreich gerechtfertigt werden soll, darauf darf man gespannt sein. Gegenwärtig jedenfalls wird mit scharfen Worten die französische Unterstützung des Irak angegriffen, während auf der diplomatischen Ebene bereits Annäherungsversuche gemacht werden.

Außenminister Genscher in Teheran

Daß Außenminister Genscher als erstem EG-Außenminister die Rolle zukommt, das internationale Image des Iran aufzupolieren, ist nicht weiter verwunderlich. Die Bundesrepublik, die so gerne ihre neutrale Haltung im iranisch-irakischen Krieg betont, ist bald nach der Revolution wieder hervorragend mit dem Iran ins Geschäft gekommen. Mit einem Exportwert von insgesamt

7,7 Mrd. DM ist die Ausfuhr deutscher Waren höher als zu Zeiten des Schah.[15] Der Besuch Genschers in Teheran war den Iranern besonders wichtig. Denn in den Gesprächen kam es ihnen vor allem darauf an, Genscher davon zu überzeugen, daß die BRD mehr iranisches Öl einführen muß, will sie an luktrativen iranischen Investitonsprojekten beteiligt werden.

Während der Iran zum wichtigsten Handelspartner der BRD in der Dritten Welt geworden ist, importiert die Bundesrepublik nur noch ungefähr 3 % ihres gesamten Rohölbedarfs aus dem Iran.

Die Pattsituation im Krieg und die spürbaren Folgen der Wirtschaftskrise können von den Regierenden in Teheran nicht länger geleugnet werden.
Sollen die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden, führt über kurz oder lang kein Weg an Friedensverhandlungen vorbei. Wieviele Menschen in diesem Krieg noch sterben, wird davon abhängen, wie schnell sich die 'pragmatischere' Linie bei den derzeitigen Fraktionskämpfen durchsetzen wird.



Basar in Teheran

Auch in den ersten fünf Monaten dieses Jahres stehen bundesdeuschen Ausfuhren in Höhe von 3,2 Mrd. DM iranische Einfuhren von nur 631 Mrd. DM gegenüber. Der Iran ist derzeit vor allem von den Importen zweier Länder — der Bundesrepublik und Japan — abhängig. Gerade deshalb ist er bemüht, mit anderen Ländern ins Geschäft zu kommen. Erst dann, wenn es der iranischen Regierung gelingt, ihre Importe zu diversifizieren, hat sie wieder ein Druckmittel in der Hand, um etwa die Bundesregierung zur Abnahme einer größeren Menge iranischen Öls zu zwingen. Denn bei allen Problemen der iranischen Wirtschaft hat das Parlament dennoch ein Entwicklungsbudget verabschiedet, das an die 14 Mrd. US-Dollar beträgt und so wichtige Projekte wie den Ausbau des Schwerindustrie- und Energiesektors umfaßt. Es sind genau diese Wirtschaftssektoren, an denen die bundesdeutsche Industrie großes Interesse hat.

Auch wenn sich Genscher um die Menschenrechtsverletzungen im Iran 'kümmern' will, ging es bei seiner Mission um nichts weiter, als die bundesdeutsche Handelsinteressen im Iran abzusichern und auszubauen.[16]

Die schwierigste Hürde in diesem Kämpfen — so scheint — muß erst noch überwunden werden. Das Problem, das sich gleichzeitig mit der Lösung der wirtschaftlichen Probleme stellt, ist die Unklarheit darüber, an welchen sozialen Schichten sich die Herrschenden in Teheran künftig orientieren sollen.
Das bisherige politische Konzept hat mit seiner Propaganda und Ideologie und den wenigen Aufstiegsmöglichkeiten den sozialen Unterschichten keine materiellen Verbesserungen gebracht. Die iranische Mittelschicht dagegen mußte in den letzten Jahren große wirtschaftliche Einbußen hinnehmen. Sinkendes Realeinkommen und die hohe Inflation, die inoffiziell bei 50 bis 60 % liegen soll, sowie die immer schlechtere Versorgung mit Grundnahrungsmitteln lassen ihren Unmut über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise wachsen. Wenn die Regierung durch rückläufige Öleinnahmen und Devisenreserven weiterhin gezwungen ist, die Konsumgüterimporte zu beschränken, wird die wirtschaftliche Situation des Handel und Gewerbes sich verschlechtern. Denn durch den Nachfragerückgang der höheren Einkommensbezieher haben viele Händler und Handwerker in den letzten Jahren ihre Arbeitsplätze verloren.

In den Auseinandersetzungen der letzten Wochen ist ein alter Konflikt unter den Herrschenden in Teheran wieder deutlich geworden. In diesem Konflikt geht es darum, welche Rolle der Staat künftig in der Wirtschaft spielen soll. Im Parlament wurde ein Gesetzesentwurf verabschiedet, der vorsieht, daß nicht nur die im staatlichen Sektor hergestellten Güter, sondern auch die des privaten Sektors über staatliche Verteilungszentren gelenkt werden sollen. Im Revolutionsrat wird dieses Konzept abgelehnt, denn der Revolutionsrat setzt auf eine privatwirtschaftliche Orientierung der Wirtschaft. Der Revolutionsrat betont — und dabei weiß er sich einig mit Khomeini — daß der Staat in der Wirtschaft keine Monopolstellung einnehmen dürfe. Khomeini hat sich jüngst sogar besonders dafür eingesetzt, daß der Handel nicht durch Restriktionen kontrolliert oder gebremst wird. Den Bazaris versicherte Khomeini, daß sie nach wie vor die Repräsentanten des iranischen Handels seien. Dies macht deutlich, daß sich Khomeini völlig darüber im klaren ist, wie sehr sein Regime von der Zustimmung der Mittelschichten abhängig ist und daß es gilt, diese noch enger an sich zu binden. Schwieriger als bei den Bazaris dürfte es jedoch bei den Technikern, Ingenieuren, Managern und sonstigen Fachkräften sein, die nun dringend benötigt werden, um die ehrgeizigen Entwicklungspläne zu realisieren, die die Wirtschaft im Iran wieder ankurbeln sollen.

Viele dieser Fachkräfte sind aufgrund der politischen Verhältnisse in Iran im Ausland geblieben oder dorthin geflohen. Eine Liberalisierung des autoritär-fundamentalistischen Regimes könnte diese Fachkräfte zur Rückkehr verleiten.



Motorrad-Demonstration in Teheran

Bis jetzt ist der Streit zwischen den beiden Richtungen nicht entschieden. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich der „stumme

Zwang der ökonomischen Verhältnisse" letztlich durchsetzt. Es dürfte künftig daher nur darum gehen, wie eine privatkapitalistisch organisierte — und damit abhängige — Ökonomie mit den ideologischen Prinzipien der Fundamentalisten vereinbart werden kann.

bu

Anmerkungen

1. Le Monde vom 5. 8. 84, Libération vom 3. 8. 84
2. NZZ vom 28. 7. 84 und FAZ vom 15. 5. 84, 28. 6. 84
3. Le Monde, 22. 8. 84, 17. 8. 84
4. NZZ, 28. 7. 84
5. Kurt Greussing: Neue Politik, alter Despotismus — Perspektiven der Islamischen Revolution im Iran, in: Religion und Politik im Iran — Mardom Nameh — Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients, Frankfurt 1981, S. 22
6. ders., S. 25
7. Le Monde, 17. 8. 84
8. FR, 20. 7. 84
9. Im Spiegel vom 30. 7. 84 berichtet ein Oberst, daß der Irak mit allen Mitteln Giftgas eingeschlossen gegen den Iran kämpfen wird.
10. FAZ, 11. 7. 84
11. Financial Times, 3. 7. 84
12. bfai-Mitteilungen, August 84
13. Le Monde, 10. 7. 84; Financial Times, 3. 7. 84
14. Monitor Dienst, 1. 8. 84
15. Spiegel, 30. 7. 84; FR, 13. 7. 84, Handelsblatt, 14. 7. 84
16. FAZ, 13. 7. 84; FR, 23. 7. 84
17. bfai-Mitteilungen, August 84; Le Monde 28. 8. 84

Im Januar 1983 wurde nach vierjährigen Auseinandersetzungen eine verwässerte Fassung des Landreformgesetzes, die im Parlament verabschiedet worden war, vom Ravolutionsrat (ein Gremium Hoher Geistlicher) als „unislamisch" abgelehnt. Diese Fassung schloß ohnehin schon die Enteignung von privaten, staatlichen und geistlichen Stiftungen aus. Ebenso unberührt vom Landreformgesetz blieben dabei Ländereien, die dem modernen Sektor der iranischen Landwirtschaft zuzuordnen sind.

BRD-Waffenexport

Deutsche Waffen im Iran-Irak-Krieg

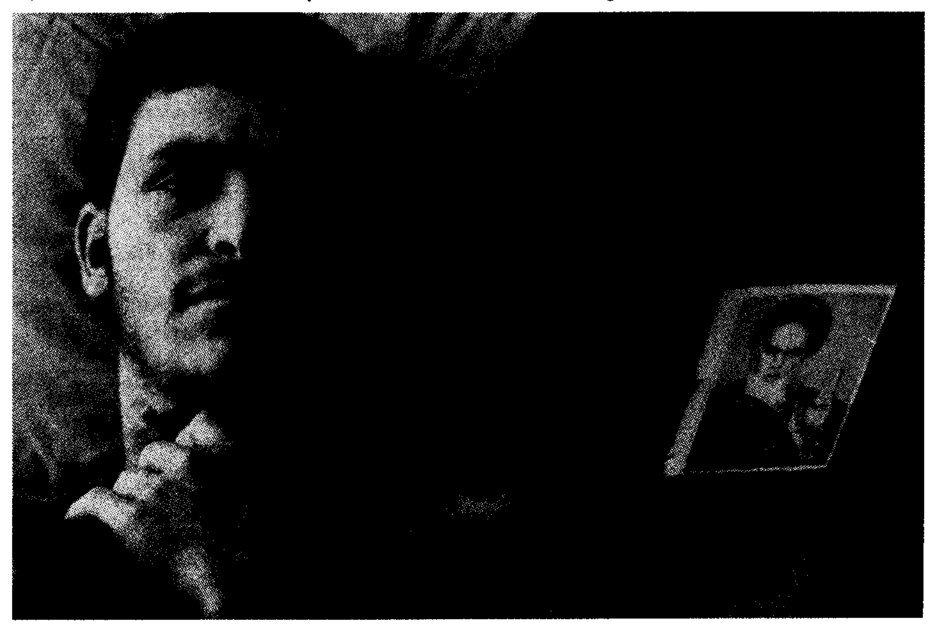
Werden deutsche Waffen im Krieg zwischen Iran und Irak eingesetzt? Versichert nicht die Bundesregierung jedem, ob er es hören will oder nicht, sie betreibe eine äußerst restriktive Waffenexportpolitik? Es läßt sich jedoch nachweisen, daß durch die zur Regel gewordenen Ausnahmegenehmigungen und über die breiten Hintertüren, die die „Politischen Grundsätze" der Bundesregierung für den Waffenexport bewußt gelassen haben,[1] auch in dieses Kriegsgebiet bundesdeutsche Rüstungsgüter geliefert wurden und weiter geliefert werden.

Grundsätzlich unterliegt der Waffenexport der Genehmigungspflicht durch die Bundesregierung. Es gibt jedoch verschiedene Möglichkeiten bundesdeutsche Waffenexportrestriktionen zu umgehen. Die wichtigste war und ist die Rüstungskooperation mit einem anderen westeuropäischen Land. Frankreich spielte und spielt hierbei eine besondere Rolle. So erhielt der Irak über Frankreich die in deutsch-französischer Zusammenarbeit entwickelten Panzer-Abwehr-Lenkwaffen HOT und MILAN und das Flieger-Abwehr-Raketensystem ROLAND.[2] Auf ein Veto-Recht gegenüber Exporten des Kooperationspartners hat die Bundesregierung verzichtet. Sie behält sich lediglich vor, „bestimmten Exportvorhaben des Kooperationspartners im Konsulationswege entgegenzutreten".[3] Ob die Bundesregierung in Paris gegen den Export deutsch-französischer Waffen an den Irak vorstellig geworden ist, ist nicht bekannt. Die Bundesregierung weigert sich, hierzu öffentlich Stellung zu beziehen.[4]

Die Vergabe von Lizenzen stellt eine weitere wichtige Schleuse für bundesdeutsche Waffen in die Dritte Welt dar. Im Iran wird das Maschinengewehr G-3 der deutschen Firma Heckler & Koch in Lizenz produziert.[5] Einen besonders plumpen Weg, bundesdeutsche Waffen in das Kriegsgebiet zu schleusen, hat in jüngster Zeit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) beschritten. An eine spanische Firma, an der MBB beteiligt ist, sind die Einzelteile des Hubschraubers BO 105 geliefert worden; nach der Montage sind 24 Helikopter an den Irak weiterverkauft worden. MBB hat diesen Sachverhalt bestätigt. Die Bundesregierung betrachtet nach Auskunft von Regierungssprecher Boenisch den Export der Hubschrauber als Angelegenheit Spaniens.[6]

Durch den Umweg über Argentinien wird Iran an einen Panzer westdeutschen Ursprungs kommen. Iran hat in Argentinien den Kampfpanzer TAM bestellt, der von Thyssen-Henschel für Argentinien entwickelt wurde und dort produziert wird.[7] Komponenten für den TAM-Panzer werden aus der Bundesrepublik nach Argentinien geliefert.[8] Ohne die bundesdeutschen Zulieferungen wäre Argentinien nicht in der Lage, Panzer zu produzieren und zu exportieren.

Nicht unter die Genehmigungspflicht fällt in aller Regel der Export von Gütern, die auch zivil verwandt werden können. Sie werden exportrechtlich auch dann nicht als Rüstungsgüter erfasst, wenn eine militärische Verwendung mit Sicherheit oder zumindest großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden muß. So



Iranisches Giftgasopfer



hat der Irak aus der Bundesrepublik Schwertransporter erhalten.[9] Für die Verlängerung des Krieges zwischen Iran und Irak sind diese „zivilen" Lieferungen ebenso wichtig wie die Lieferung von Waffen.

Wie wenig zivile und militärische Lieferungen an kriegsführende Länder voneinander zu trennen sind, zeigt auch die Lieferung von Anlagen zur Entwicklung von Schädlungsbekämpfungsmitteln und zur Herstellung von Vorprodukten für die Pestizidproduktion an den Irak durch die bundesdeutschen Firmen Karl Kolb und Pilot Plant. Der Irak hat im Golfkrieg chemische Waffen eingesetzt, wie eine Untersuchung durch die UNO bestätigt hat.[10] Der CIA hat — wie die New York Times veröffentlichte[11] — den Verdacht geäußert, daß die chemischen Waffen mit Hilfe der aus der Bundesrepublik an den Irak gelieferten Anlagen produziert worden sind. Mittlerweile hat die Bundesregierung den Export technischer Güter, die der Herstellung chemischer Kampfstoffe dienen könnten und bestimmter hierfür geeigneter Chemikalien unter Genehmigungspflicht gestellt.[12] Damit wurden in diesem Falle Güter, die auch zivil verwandt werden können, in die Genehmigungspflicht einbezogen. Es ist zu fordern, daß dies auch mit anderen, für die Kriegsführung wichtigen „zivilen" Gütern wie Schwertransportern, Zivilhubschraubern, logistischem Gerät u. ä. geschieht.

An der Ausrüstung beider Kriegsparteien dürften auch illegale Waffenschieber einen wesentlichen Anteil haben. Im Mai dieses Jahres ist in Hamburg ein Ring von Waffenhändlern aufgeflogen, der 250 Panzer des Typs M 48 an den Iran verkaufen wollte. Dieser Panzer war lange Zeit Standardpanzer der US-Streitkräfte und wurde auch in der Bundesrepublik und anderen NATO-Ländern eingesetzt.[13] Wie Waffen dieses Umfangs aus NATO-Beständen in die Hand von illegalen Waffenschiebern geraten können, ist rätselhaft.

Über die bequemen und weitläufigen Hintertüren, die die Regelungen für den Rüstungsexport bewußt offengelassen haben, sind auch bundesdeutsche Exporteure an den Nachschublieferungen für den Krieg zwischen Iran und Irak beteiligt. Fast eine Million Menschen sind in diesem Krieg bereits umgekommen. Für Waffenexporteure: business as usual.

gc

Anmerkungen

1) Zu den Exportrichtlinien vom April 1982 siehe „blätter des iz3w", Nr. 102, S. 8 f
2) Entwicklung und Rüstung. Eine Anhörung im Deutschen Bundestag. Militärpolitik Dokumentation, Heft 37, 1984, S. 84.
3) „Politische Grundsätze" für den Waffenexport, Punkt 5.
4) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenninger und der Fraktion DIE GRÜNEN, Bundestags-Drucksache 10/1336, S. 5.
5) Militärpolitik Dokumentation, Heft 37 (Fußnote 2), S. 82.
6) Frankfurter Rundschau, 7. 8. 84.
7) Militärpolitik Dokumentation, Heft 37 (Fußnote 2), S. 81; Rüstungsexport-Journal, Die Tageszeitung, 4. 7. 84.
8) Anwort der Bundesregierung (Fußnote 4), S. 7.
9) „blätter des iz3w", Nr. 103, S. 48 ff.
10) Chemical Warfare in the Iraq-Iran-War. SIPRI. Fact Sheet, May 1984.
11) und wie inzwischen auch von News Week in seiner letzten Ausgabe vom 27. 8. 84 bestätigt wurde. News Week weist u. a. auch daraufhin, daß die Produktionsanlagen bisher nur zu einem Teil in Betreib sind; die Konsequenzen einer auf vollen Touren laufenden Giftküche sind nicht auszudenken.
12) Antimilitarismus Information. Mai 1984, S. I-47; Frankfurter Rundschau, 8. 8. 84; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly, Schwenninger, Horacek und der Fraktion DIE GRÜNEN, Bundestags-Drucksache 10/1710, S. 2 ff.
13) Frankfurter Rundschau, 25. 5. 84

Iran: Zur Islamischen Moralpolitik

Revolution als Moralischer Kreuzzug

Der Kampf gegen die Sünde in der Islamischen Republik Iran

Der folgende Beitrag versucht, einen ganz zentralen, doch in wissenschaftlichen Untersuchungen zur Herrschaftspraxis der „Islamisten"[1] meist nur am Rande thematisierten Bereich der Islamischen Revolution etwas näher zu beleuchten: die islamistischen Moralpolitik, die sich den „Kampf gegen die Sünde" (d. h. die vom Islam verbotenen Handlungen) auf ihre grünen Fahnen geschrieben hat.

Die damit verbundene psychische und physische Terrorisierung all jener Iraner/innen muslimischer oder nichtmuslimischer Herkunft[2], die sich nicht durch staatliches Dekret (re-)islamisieren lassen wollten — und deren Beginn ich bei meinen Iran-Besuchen in den Sommermonaten der Jahre 1979 und 1980 am eigenen Leibe erfahren habe —, hat sicherlich dazu beigetragen, den Iran, vor allem seit der endgültigen Machtkonsolidierung der „Hardliner" innerhalb des islamischen Machtblocks, für einen wachsenden Teil seiner städtischen mittelständischen Bewohner/innen immer unbewohnbarer zu machen. Damit bildet die islamistische Moralpolitik wohl auch ein nicht zu unterschätzendes Motiv für die anhaltende Fluchtbewegung aus dem Iran, vor allem von weiblichen Flüchtlingen.

In kaum einem anderen Bereich entwickelten die iranischen Islamisten einen solchen ungebrochenen revolutionären Eifer wie bei der Reorganisation der Justiz, des Alltagslebens und vor allem der Geschlechterbeziehungen entsprechend den Richtlinien des orthodoxen Islam. Bereits wenige Tage nach dem Sturz des Schahregimes war die „verwestliche" iranische Justiz de facto liquidiert und durch islamische Revolutionsgerichte ersetzt worden, die 'illegitime' Liebespaare nicht weniger hart verfolgten als SAVAK — Folterer. Sehr schnell wurde auch das erst in den letzten zehn Jahren reformierte iranische Familienrecht wieder in seinen „islamischen Urzustand" versetzt und bald machten sich die Islamischen Revolutionäre auch daran, im Iran (wieder) eine staatlich kontrollierte Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit zu installieren. In den letzten 3 Jahren ist schließlich auch die (Re-)Kriminalisierung „unislamischer" weiblicher Bekleidungsformen durchgesetzt worden, d. h. jede Frau im Iran — ob Iranerin, Ausländerin, Muslimin oder nicht, — macht sich strafbar, wenn sie sich in der Öffentlichkeit nicht einer staatlich festgesetzten Form der Körperverhüllung unterwirft.

In dieser Hinsicht gab und gibt es auch zwischen den eher staatskapitalistisch und den eher privatkapitalistisch orientierten herrschenden Islamistenfraktionen keinen Unterschied. Diese sonst oft so feindlichen Brüder teilen nämlich eine rigide Fixierung an die heiligen Texte des Islam, deren Aussagen über „richtiges" und „falsches" Verhalten sie als gottgewollt und daher ewig unveränderbar betrachten. „Das Weltbild dieses Klerus ... ist von Dichotomien besessen" — islamisch — unislamisch, rein — unrein, erlaubt — verboten. Die Welt und das menschliche Handeln sind fein säuberlich nach den Kategorien einer „aus (diesen) zwei Elementen bestehenden Moral" (Vieille) differenziert. Es ist genau vorgeschrieben, wie sich ein Muslim in bestimmten Bereichen seines Alltagslebens zu verhalten hat, worin also eine gute bzw. eine schlechte (sündige, unislamische) Handlung besteht. Das Verhalten eines guten Muslim im Sinne dieser Geistlichkeit ist völlig ritualisiert, wobei die in der frühislamischen Phase von den Rechtsgelehrten für verbindlich erklärten Riten auch heute noch eine buchstabengetreue Realisierung im Alltagsleben fordern.[3]

Bis zur Modernisierungs- und Säkularisierungspolitik unter Reza Schah (1925-1941), der den letzten Qajaren-Schah (1894-1925) absetzte und sich als Gründer der kurzlebigen Pahlavi-Dynastie inthronisierte, verfügte die schiitische Geistlichkeit im Iran über gewaltige politische, ökonomische und kulturell-ideologische Machtquellen.[4] Sie kontrollierte einmal die „Scharia-Gerichte", die Sünder/innen gegen die islamischen Gesetze (von Diebstahl bis Unzucht) verfolgten und besaß mit dem Bildungsmonopol eine wichtige ideologische Waffe.

Das traditionelle iranische Scharia-Recht besitzt eine sehr weitreichende Definition von Unzucht, denn darunter wird nicht allein Ehebruch verstanden, sondern jede Form sexueller Beziehungen, die nicht durch eine Ehe (Dauer — und Zeitehe im Rahmen der 12-er Schia[4]) oder den Sklavenstatus der Frau legitimiert sind. Die Strafen für die Überschreitung dieses Verbots sind sehr hart. Bereits ledigen Unzüchtigen drohen 100 Peitschenhiebe, während Ehebruch das schwerste Verbrechen des gesamten islamischen Strafrechts darstellt und daher auch mit der grausamsten Strafe — Steinigung durch das Kollektiv der Gläubigen — bedacht wird. Die schiitischen Rechtsgelehrten hatten zusätzlich auch noch männliche Homosexualität in den Rang eines todeswürdigen Verbrechens erhoben. Lesbierinnen dagegen drohten 'nur' 100 Peitschenhiebe ...[5]

Unwahrscheinlich ist aber, daß alle Abweichungen vom damals gültigen islamischen Strafrecht tatsächlich vor Gericht gebracht wurden. Denn in den meisten Fällen wurde Unzucht wie Ehebruch von den männlichen Verwandten der Frau sanktioniert. Außerdem ist die islamische Ideologie nicht allein gegenüber sexuellen Abweichungen äußerst repressiv eingestellt, sondern generell Mann-Frau-Kontakten gegenüber sehr reglementierungswütig.

Von der Überzeugung ausgehend, daß Männer und Frauen unfähig sind, ihre sexuellen Triebbedürfnisse durch „Selbstzwang" (Elias) zu kontrollieren, sondern vielmehr „Satan immer der dritte Begleiter ist, wenn ein Mann und eine Frau alleine beisammen sind", (Sprichwort) dürfen laut religiösem Recht nur jene Männer und Frauen relativ ungezwungen miteinander verkehren, denen aufgrund ihrer engen Verwandtschaftsbeziehung die Heirat miteinander verboten ist. Das wird „mahram" genannt. Personen, die „na-mahram" (also nicht verwandt) zueinander sind, sollten ein möglichst umfassendes wechselseitiges Meidungsverhalten entwickeln, um keine Unzucht zu provozieren.[6] Die für die islamische Welt so konstitutive allumfassende Geschlechtertrennung wird als einzig effektives Mittel betrachtet, um das sonst immer drohende sexuelle Chaos (Fitna) zu verhindern. Dies gibt auch dem „Tschador" — als einem Hilfsmittel — besondere psychologische Brisanz.[7]

Bis zu Beginn der Modernisierungspolitik Reza Schahs sorgte im Iran — nicht alleine eine entsprechende moralpolitische Sozialisation und familiale Kontrolle, sondern auch die staatliche — städtische — Polizei dafür, daß sich die Geschlechter in der Öffentlichkeit nicht zu nahe kamen. Sie er-



zwang eine Segregation von Männern und Frauen auf der Straße (getrennte Straßenseiten), in den öffentlichen Verkehrsmitteln (Droschken, Autos, Bussen), Kinos, und verwehrte Frauen auch den Zutritt zu bestimmten öffentlichen Plätzen. Damals wurde jeder Versuch von Frauen der frühen iranischen Frauenbewegung, die gesetzlich vorgeschriebene Form der Verschleierung, die nicht allein den Tschador, sondern auch einen langen Gesichtsschleier umfaßte, eigenmächtig zu liberalisieren oder gar in westlicher Kleidung auf die Straße zu gehen, als Angriff auf die öffentliche Moral strafrechtlich verfolgt. Der staatliche Moralterror wurde noch durch die weiblichen und männlichen wahren Muslime, die immer schimpfend und prügelnd in Aktion traten, wenn Frauen es am nötigen Respekt vor dem islamischen Gesetz fehlen ließen, unterstützt.[8]

Die am französischen Strafrecht orientierten Strafrechtsreformen, die unter Reza Schah durchgeführt wurden, führten zur Entkriminalisierung vieler früher strafrechtlich verfolgter unislamischer Handlungen und beraubten die Geistlichkeit der Kontrolle über das Gerichtswesen. Ebenso wurde durch den Aufbau eines staatlichen Schulwesens ihr Bildungsmonopol gebrochen. Unzucht unter Ledigen und Alkoholkonsum wurden entkriminalisiert, Ehebruch und Homosexualität zu Antragsdelikten gemacht.[9] Der Schleierzwang wurde zuerst aufgehoben und für eine Dauer von 5 Jahren (1936-41) sogar in sein Gegenteil verkehrt[10], Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Restaurants etc. entsegregiert. Einige Frauen begannen auch als Sekretärinnen oder Sachbearbeiterinnen in den öffentlichen Dienst einzutreten. Für die Traditionalisten war dies der „Untergang des Morgenlandes". In einer vor einigen Monaten vor islamischen Frauen gehaltenen Rede drückte Ayatollah Khomeini die panische Angst dieser Gruppen in folgenden Worten aus: „Damals hat der Mörder, unter dem Vorwand, die Hälfte der Bevölkerung zu aktivieren, einen Mord begangen: die Entschleierung. Statt die Hälfte der Bevölkerung zu aktivieren, hat er die andere Hälfte (die Männer) in die Passivität getrieben. Die Puppen, die auf diese Weise zustande kamen, schickten sie in die Verwaltung und ließen sie auf der Straße laufen. Diejenigen (Frauen), die in der Verwaltung tätig waren, haben die anderen (Männer), die schon in der Verwaltung tätig waren, von der Arbeit abgehalten. Diejenigen, die auf die Straße losgelassen wurden, haben unsere Jugend in die Verdorbenheit gezogen, sie haben unsere jungen Männer ihrer Aktivität beraubt."

Die von Khomeini artikulierte Vorstellung, daß die Entsegregation notwendigerweise zu sexuellem Chaos führen müsse und daß die entschleierte Frau in der iranischen Gesellschaft nur Prostitution und Korruption verbreitet hätte, „seit man sie auf die Leute losließ", war auch in den 70er Jahren leider bei vielen Angehörigen der unteren und religiösen Mittelschichten weit

verbreitet. Diese Schichten versuchten — allem offiziellen Modernismus zum Trotz — ihre Frauen von jedem Kontakt mit nicht verwandten Männern abzuhalten. Diese Versuche führten häufig zu innerfamilialen Konflikten: Denn die Familien wurden in den Medien und durch Kontakte mit anderen Teilen der Gesellschaft gleichzeitig mit liberaleren Modellen konfrontiert. Andererseits war der Verwestlichungsgrad der oberen und modernen Mittelschichten bezüglich der Geschlechtertrennung in der Mehrheit der Fälle viel geringer, als die Tradionalisten/innen ihnen unterstellten. Zwar wurde die westliche Frauenmode und moderne Errungenschaften wie Parties und Discos aufgegriffen, doch fand die im Kontext der sexuellen Revolution in Gang gesetzte Kritik an der sexuellen Doppelmoral im Iran wenig Anhänger. Verwestlichung bedeutete für diese Frauen meist nur, daß sie den islamischen Schleier durch den Schleier der Tugend zu ersetzen hatten; keinesfalls aber daß damit das Jungfräulichkeitsgebot der Vergangenheit angehörte.

Diese Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten hatten zur Folge, daß vor allem in iranischen Großstädten — auf dem Lande und in den kleinen Städten dominierte die Tradition — viele divergierende 'Lebensstile' mehr oder weniger konfliktgeladen koexistieren mußten. Manche Familien waren in Traditionalisten und Modernisten gespalten. Viele Iraner/innen aber waren nicht zuletzt auch in sich selbst gespalten und nicht wenige suchten nach einem dritten Weg zwischen westlicher Konsumkultur und traditionellen islamischen Zwängen und träumten von einer progressiven islamischen Alternative.[11]

Eigenartigerweise bemerkte kaum jemand von ihnen, daß Ayatollah Khomeini und seine Mullahs, die sich als Befreier vom despotischen Schahregime empfahlen, auf moralpolitischem Gebiet viel eher eine Rückkehr zu qajarischen Verhältnissen als den Aufbruch zu neuen Ufern projektierten. Der Kampf gegen das Pahlavi-Regime war für sie vor allem ein Kampf gegen die 50 Jahre „schändlicher Innovationen" (bid's), die die religiösen oder religiös sanktionierten Normen und Institutionen der traditionellen iranischen Gesellschaft zurückgedrängt oder gar ersetzt hatten. Die Islamische Revolution hatte von Anfang an den speziellen Charakter eines „militanten moralischen Kreuzzugs gegen Sexualität und Lust". (Farah Azari)

Heute, im 6. Jahr der Islamischen Republik Iran, vergeht sicherlich kaum noch ein Tag, an dem nicht irgendwo im Iran Menschen — und mit Vorliebe Frauen — wegen ihres unislamischen Liebeslebens verfolgt, ausgepeitscht und oft auch hingerichtet werden.

Das „Islamische Revolutionsgericht zum Kampf gegen die vom Islam verbotenen Handlungen" — auch mit „Tribunal zum Kampf gegen die Sünde" übersetzt —, spielt im zeitgenössischen Iran beim staatlichen Kampf gegen die Sünde eine führende Rolle. Bereits im Herbst 1979 eröffnet, konnte es seinen Moralterror gegen alle „Abweichler/innen" vor allem nach der Absetzung Bani Sadrs voll entfalten. Von der Organisationsstruktur her ist es offenbar von den staatlichen Ordnungskräften völlig unabhängig. Es verfügt über eigene Pasdaran, eine eigene religiöse Gerichtsbarkeit, über ein eigenes Gefängnis etc. Wird ein(e) Sünder(in) „auf frischer Tat ertappt", dann findet anschließend die Verhandlung vor dem religiösen Tribunal des Gerichts statt, wobei gegen das von ihm gefällte Urteil keinerlei Berufung möglich ist. Lautet es auf Auspeitschung — das häufigste Urteil —, so wird es gewöhnlich gleich an Ort und Stelle vollzogen.

Das „Tribunal zum Kampf gegen die Sünde" verfügte zumindest in den Jahren 1981 und 1982 über eine Sondervollmacht, die es seinen Agenten erlaubte, jederzeit in jede Wohnung einzudringen, in der Verstöße gegen das islamische Gesetz vermutet wurden und alle dort angetroffenen „Sünder/innen" festzunehmen. In einem im Januar 1982 in der Zeitung Etela'at veröffentlichten Interview mit dem Vorsitzenden des Tribunals, Hodjatoleslam Hosseini, bezeichnete dieser als wichtigste Aufgabe seiner Organisation den Kampf gegen die Unzucht in allen ihren Formen, gefolgt vom Kampf gegen den zur Sünde verleitenden Alkoholkonsum, das Glücksspiel, den Besitz pornographischer Bücher und Zeitschriften und last but not least — die Verfolgung aller, die im Besitz oder gar beim Spielen von 'unmoralischer' Musik angetroffen wurden. Er rechtfertigte die Verfolgungsarbeit seines Tribunals als wesentlichen Beitrag zum antiimperialistischen Kampf; denn nach der erfolgreichen Liquidierung des politischen und ökonomischen imperialistischen Einflusses müßten jetzt die eher noch verheerenderen „kulturimperialistischen Beschmutzungen" des islamischen Iran endlich getilgt werden. Die Bestrafung der moralischen Korrupteure wurde von Hosseini als eine moralische Verpflichtung gegenüber allen jenen frommen Muslimen bezeichnet, die ihr Blut im Kampf gegen das Schahregime vergossen hatten. Das Volk habe nämlich keineswegs, — wie die Liberalen und Linken behaupteten —, „für den Bauch", d. h. für die Durchsetzung „niederer materialistischer" Ziele — gekämpft und schon gar nicht für die Beibehaltung der korrupten westlichen Freiheiten, die den Islam unterminieren sollten —, sondern allein für den Sieg des Islam und die Wiederherstellung seiner Gesetze in ihrer Totalität[12].

Die staatliche Re-Segregationspolitik hatte bereits 1979 mit der erzwungenen Geschlechtertrennung in den Schulen und am Badestrand und dem Verbot des öffentlichen Frauensports begonnen. Ebenso hatte Khomeini auch schon einen Monat nach seinem Sieg über das dekadente Schahregime versucht, die weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst zu zwingen, sich mit einer islamischen Uniform zu bekleiden. Aufgrund des dagegen mobili-

sierten massiven Widerstands (Demos vom 8. 3. 1979)[13] wurde ihnen allerdings noch ein ca. 1-jähriger Aufschub gewährt: Erst im Sommer 1980 wurde der Schleierzwang im öffentlichen Dienst im Rahmen der islamischen Kulturrevolution endgültig durchgesetzt, begleitet von Massenentlassungen aufmüpfiger Schleierverweigerinnen.

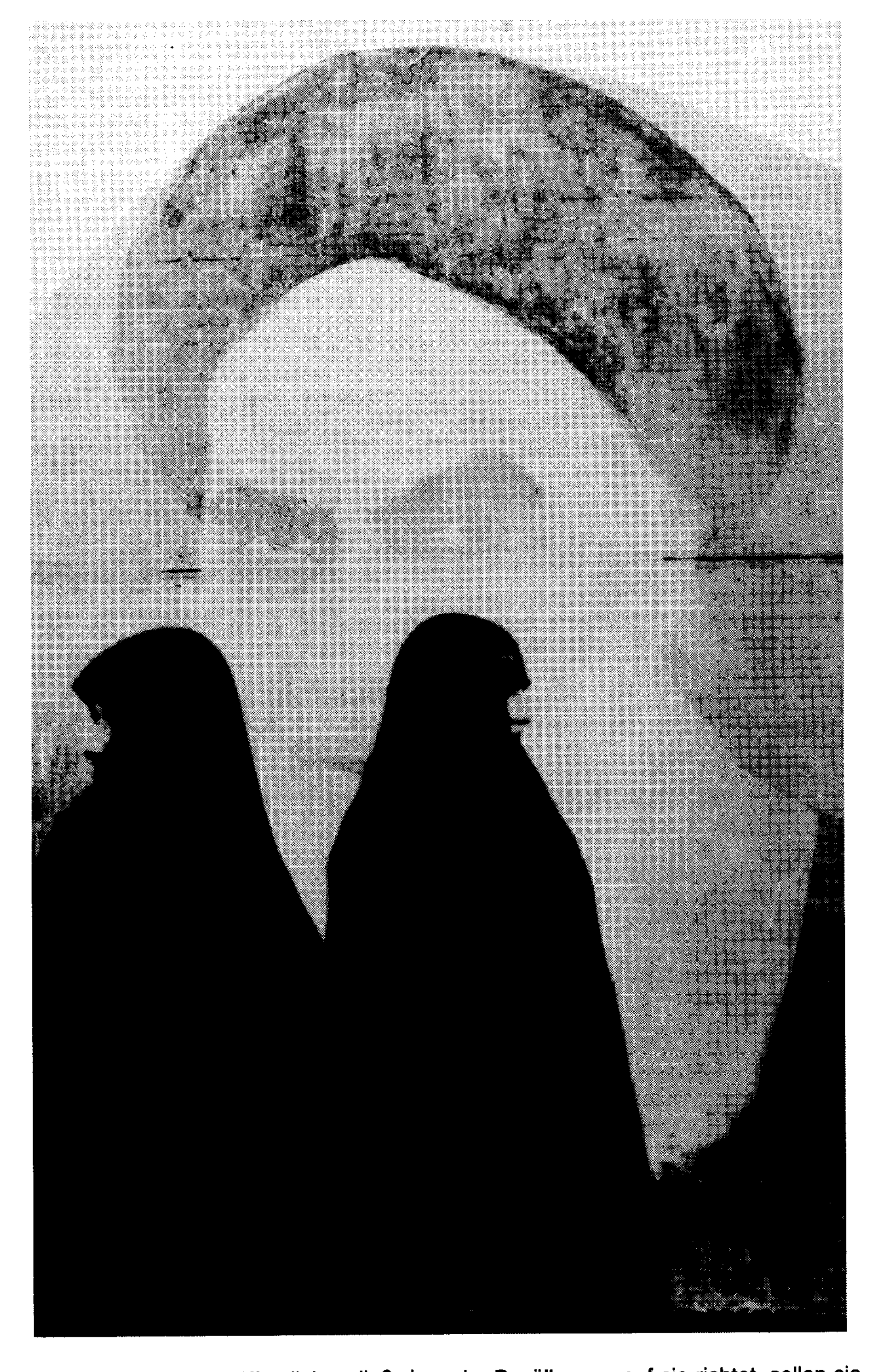
Eine Gruppe iranischer Frauen stellte — die Lage damals folgendermaßen dar: „Ein Iraner hat in der Islamischen Republik Iran überhaupt keine individuellen Rechte, weder bei der Arbeit noch auf der Straße, weder beim Essen und Trinken noch im Schlafzimmer. Der Schein einer Lampe zu ungewöhnlicher Stunde, ein Lachen, leise Musik, häufige Besuche können Anlaß zu einer Hausdurchsuchung geben ... Männer und Frauen, die auf der Straße gemeinsam spazierengehen, werden in die Komitees abgeführt und müssen ihren Verwandtschaftsgrad darlegen. Sollte dieser Grad nach klerikalen Regeln für einen solchen Umgang nicht ausreichen, werden sie bestraft, d. h. ausgepeitscht. Aber auch Zwangsehen werden abgeschlossen. Pasdaran und Komitee-Mitglieder überfallen Kinos, Restaurants, Parks, öffentliche und auch private Gebäude und überprüfen den Verwandtschaftsgrad.“[14]

Um sündiges Verhalten zu erschweren, wurden die Geschlechter schließlich auch in Taxis und Bussen (wieder) zu segregieren versucht, beim „Schlangestehen“ mußten für Männer und Frauen getrennte Reihen gebildet werden und nach dem Badestrand wurden jetzt auch die Skipisten „reislamisiert“. ...

Im Zentrum der staatlichen Moralpolitik aber stand und steht immer noch die Schleierfrage (Hedjab), vielleicht aufgrund ihres spektakulären symbolischen Charakters. War die Entschleierung unterm Schahregime neben vielem anderem auch ein Symbol für den Rückgang der Macht der Geistlichkeit, so bedeutet die Wiederverschleierung der iranischen Frauen die demonstrative Proklamation ihrer neu erlangten Machtposition.[15]

Auch in den Schulen wurde systematisch versucht, die Kinder gegen unbedeckte Frauen aufzuhetzen. In einem Gemeinschaftskundebuch für die 6. Klasse werden sie sogar für Ehescheidungen verantwortlich gemacht: „Die Schmückung und Zurschaustellung der Frau außerhalb der Familie verursachen die Verdorbenheit (fessad) und die Entfesselung der Triebe innerhalb der Gesellschaft. Das führt dann zu einer Lockerung der Beziehungen zwischen dem Ehepaar und zur Abkühlung der Wärme innerhalb der Familie. Wenn die Beziehung zwischen dem Ehepaar auseinanderbricht, dann fällt auch die Familie auseinander und die Kinder haben in bezug auf die materielle Versorgung keinen Vormund und keinen Schutz mehr.

Beim Progragandafeldzug gegen die unbedeckten Frauen tat sich das „Komitee zum Kampf gegen die Sünde“ auch hervor, in dem es in den Teheraner Zeitungen häufig Kommuniques veröffentlichen ließ, in denen widerspenstigen Frauen mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht wurde. Eine dieser Drohungen, die sich speziell an die Krankenschwester und Arzthelferinnen in privaten Krankenhäusern und Arztpraxen richtete, lautet: „Hiermit warnen wir diese Leute zum letztenmal. Sonst wird unser immer auf dem Kampfplatz anwesendes Volk deren sinnlosem und sündigen Leben ein Ende bereiten.“[16]



Und der Vorsitzende des Tribunals ließ folgende Drohung an die Schwestern ergehen: „Ich rate diesen Schwestern, ihren Wert und ihren Charakter wiederzufinden und sich nicht von einer viele Millionen umfassenden islamischen Gemeinschaft zu trennen. Bevor sich der Zorn Gottes und der Bevölkerung auf sie richtet, sollen sie zum Islam zurückkehren und die islamischen Bedeckung tragen, die zu den Lebensnotwendigkeiten jedes Muslims gehört. Sonst werden sie mit der Verschärfung der Aktivitäten des Tribunals ihnen gegenüber konfrontiert sein.“[17] Oft wurde auch versucht, eine Beziehung zwischen der Weigerung von Frauen, sich „islamisch zu bedecken“ und den Machenschaften der „Konterrevolution“ sowie „Landesverrat“ herzustellen und vor allem immer wieder das „Blut der Märtyrer“ beschworen, das für die Etablierung des Gottesstaates — mit Verschleierungspflicht — vergossen worden sei und jetzt wieder an allen Fronten fließe. Geschäftsleuten wurde die Schließung ihres Unternehmens und zu-

sätzlich strafrechtliche Verfolgung angedroht, wenn sie bei ihren weiblichen Angestellten und Kundinnen weiter „unislamisches" Verhalten duldeten. Und schließlich wurde auch eine modernisierte „islamische Tracht" bestimmt, die alle jene in der Öffentlichkeit tragen sollten, die keinen Tschador anziehen wollten: dunkler Mantel mit langen Ärmeln, langes dunkles Kopftuch, das alle Haare und den Hals total bedeckt, Hosen oder dunkle dicke Strümpfe, ungeschmicktes Gesicht.

Frauen, die seitdem anders gekleidet auf die Straße zu gehen versuchten, mußten immer damit rechnen, von „empörten „wahren Gläubigen" oder Pasdaran beschimpft zu werden. Nicht selten wurden sie physisch attackiert, mit Säure bespritzt, mit Rasiermessern verletzt und in „schweren" Fällen sogar verhaftet und ausgepeitscht.

Da gibt es den schrecklichen Fall eines 11-jährigen Mädchens, für das die Auspeitschung zum Todesurteil wurde: „An einem heißen Nachmittag Mitte August fährt ein 11-jähriges Mädchen in kurzer Hose auf der Straße Fahrrad. Sie wird verhaftet und mit der Mutter zusammen zum Komitee gebracht. Das Mädchen wird zu 60 Peitschenhieben verurteilt. Die Mutter fleht darum, wenigstens 30 Schläge übernehmen zu dürfen, da sie fürchtet, ihr Kind werde die Strafe nicht aushalten. Ihr Ersuchen wird abgelehnt und die Strafe sofort vollstreckt. Beim 40. Peitschenhieb war das Mädchen tot."[18]

Die Fluchtbewegung ins westliche Ausland stieg rapide an. Als auch immer mehr Spezialisten und Technokraten den Iran auf Schleichwegen verließen, gleichzeitig aber jene Kräfte innerhalb des Regimes ihren Einfluß verstärken konnten, die ihre Mitarbeit beim „wirtschaftlichen Neuaufbau" für unverzichtbar erachteten, wurde nach Mitteln gesucht, diesen „brain drain" zu stoppen oder sogar einige Emigranten wieder in den Iran zurückzulocken. Daher verkündete Ayatollah Khomeini Ende 1982 eine Reihe von „Liberalisierungdekreten", die einen besseren Schutz der „Privatsphäre" der Bürger vor dem Eindringen durch die Moralpolizei versprachen. Danach gingen die gefürchteten „Hausdurchsuchungen" scheinbar auch wirklich zurück, doch in bezug auf den „Tschadorzwang" blieb man unerbittlich.

Neben dem Tribunal zum Kampf gegen die Sünde liegt der Terror gegen Andersdenkende im moralpolitischen Bereich vor allem in den Händen mobiler Einsatztruppen bzw. Streifenwächter. Eine Gruppe nennt sich „Blutrache Gottes", eine andere „Wächter für den rechten Weg", die neueste Schöpfung trägt den bezeichnenden Namen „Das Gute verordnen, das Schlechte verhindern" und umfaßt eine männlichen und eine weiblichen Gruppe. In einem Bericht über die reislamisierte Universität Teheran, an der jetzt „saudiarabische Verhältnisse" zu herrschen scheinen[19] ist auch von Allah's Polizei die Rede. „Wenn sie (die Studentinnen) mit einem männlichen Studenten reden, dann ist das ein Vergehen, das sie direkt ins Gefängnis bringen kann. Mitglieder der „Thar-Allah" (Allahs Polizei) ... sind auf dem Campus präsent, um die Geschlechtertrennung durchzusetzen."
Konkrete Informationen mit welchen Methoden die berüchtigen „Hezbollahs", deren weibliches Gegenstück die „Zeynab-Schwestern" sind, ihren Terror in den Straßen verbreiten, sind aus „Offenen Briefen iranischer Frauen zu erfahren, die in der BRD durch die „Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland" veröffentlicht wurden. „Außer den Moralwächtern der Revolution, die in kugelsicheren Toyotas mit der Aufschrift „Blutrache Gottes" in regelmäßigen Abständen durch die Straßen ziehen und den nummernschildlosen PKW's, die sich auf Frauenjagd machen, junge, schöne Mädchen wegen unislamischen Verhaltens entweder beschimpfen oder belehren oder gar täglich zwischen 300-500 von ihnen ins Gefängnis verschleppen — und ein bis drei Tage dort festhalten, ziehen auch die frustrierten Parteigänger Gottes („hisbollahis") durch die Straßen, schlagen und beschimpfen die Frauen und verschaffen sich dadurch eine leidliche Erektion." Und sie fügen hinzu: „Man muß die perverse Lustbefriedigung der „Parteigänger Gottes" und der „Blutrache Gottes" gesehen haben, um das Ausmaß der Erniedrigung und Degradierung der iranischen Frauen zu ahnen."[20]

Sackgasse

Sie schnüffeln an deinem Atem
wenn du ein Wort der Liebe gesagt
hast. Sie schnüffeln an deinem Herzen.
Das sind seltsame Zeiten
meine Liebste
Und die Liebe selbst wird auf der
öffentlichen Straßenkreuzung
ausgepeitscht und aufgehängt

Du solltest deine Liebe besser
im Keller verbergen.

Ahmad Shamlu

In einem anderen „Offenen Brief" gehen sie noch mehr ins Detail." Finden sie (die Streifenwärter) auf der Straße ihr Opfer, können sie sofort im Auto mit der Untersuchung beginnen (sogenannte bewegliche Schnellgerichte). Dies Verfahren ist völlig willkürlich. Fleht die Frau um Gnade, fällt die Strafe geringer aus, wenn sie aber trotzig behauptet, sich an das islamische Gesetz gehalten zu haben, und ihre Verhaftung rechtswidrig sei, wird sie schlechter behandelt. Ihre „islamische Umerziehung" dauert dann länger."[21]

Um ins Gefängnis geworfen und dort „erkennungsdienstlich behandelt" zu werden, reichen gegenwärtig bereits einige unter einem Kopftuch hervorschauende Haarsträhnen, lackierte Fingernägel, Parfüm, nicht ordnungsgemäßes Knoten des Kopftuchs etc. aus. „Bei solchen Delikten werden die ertappten Frauen 48 Stunden lang oder sogar eine Woche in 1x2 m kleinen Zellen festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Außerdem müssen sie unterschreiben, daß sie Prostituierte der zweiten Klasse seien. Bei einer zweiten Verhaftung droht die Bestrafung wie bei einer richtigen Prostituierten ..."[22]. Eine besondere Entwürdigung der verhafteten Sünderinnen besteht darin „daß sie ihren Vätern oder Ehemännern als Geisteskranke oder Entmündigte in Gewahrsam gegeben werden. Frauen ohne Mann bleiben solange im Gefängnis, bis ein Mann die Beaufsichtigung übernimmt."[23]

Neben diesem alltäglichen Terror organisiert das Regime aber auch immer wieder pogromartige spektakuläre Aktionen in der „Tschadorfrage". Die letzten Terroraktionen der Hezbollahs gegen die Prostituierten der zweiten Klasse liegen erst wenige Wochen zurück und sind in der deutschen Presse gut dokumentiert, weil sie zeitmäßig mit dem Genscher-Besuch in Teheran zusammenfielen.[24] Sie vollzogen sich im Rahmen eines perfiden Spiels mit verteilten Rollen: Zuerst wurden die Hezbollahs aus Südteheran mit Motorrädern und Autos nach Nordteheran auf Frauenjagd geschickt. „Während die Mächtigen mit Hans Dietrich Genscher erstmals einen westlichen Außenminister zu Gast hatten, schikanierten ihre Anhänger die „unbedeckten" Frauen des immer noch reichen Teheraner Nordens, deren Kopftuch allzu kess nach hinten verrutscht war, Frauen in Hosen und westlichen Strümpfen oder mit einem Kleid, daß die Figur erahnen ließ, auch einige Männer in kurzärmeligen Hemden wurden auf der Straße festgehalten, verprügelt, ausgepeitscht, manchmal gar mit Rasiermessern angestochen. 200 Frauen mußten ins Krankenhaus."[25] Die anwesenden Pasdaran taten nichts, um die Angegriffenen zu schützen, doch in den folgenden Tagen begann sich innerhalb des herrschenden Lagers plötzlich Kritik an den Exzessen der Hezbollahs zu artikulieren. Der Justizminister erklärte die Manifestation für illegal und drohte für den Fall weiterer Aktionen sogar Verhaftungen an. Statt dessen rief man alle wahren Muslime zu einer großen Manifestation zur Unterstützung der Zwangsverschleierung auf, die mit dem Geburtstag des 6. Imam zusammenfallen sollte. Die Redner/innen hetzten dort gegen die unislamischen Verhaltensweisen der verwestlichten Iraner/innen, forderten das gute islamische Volk aber gleichwohl auf, von der — verständlichen — Selbstjustiz Abstand zu nehmen und die Bestrafung der Abweichler/innen allein den dafür zuständigen staatlichen Organen zu überlassen ...

Ginzburg bietet in einem „Zeit"-Artikel folgenden Erklärungsversuch an: „'Es geht nicht um den Tschador, es geht um den Reispreis — nur darf **deswegen** hier keiner auf die Straße gehen', sagt ein westlicher Diplomat. Die enorme Inflation hat die Ar-

men in Teheran ärmer gemacht als zur Zeit des Schah, während in den Vorstädten des reichen Nordens immer noch — oder wieder — in den eigenen vier Wänden ein luxuriöses Leben fern der asketischen Grundsätze des Ajatollahs blüht. ... Das Regime der Mullahs aber muß die Unterschicht bei der Stange halten, denen es die Macht verdankt: Der Zorn muß kanalisiert werden. Die reichen Bürger aus Nordteheran und ganz besonders ihre Frauen eignen sich darum gut als Ziel eines gelenkten Haßausbruchs. Der darf freilich nicht zu weit gehen. Das Regime braucht auch den Sachverstand und das Kapital der Mittelklasse ... Deshalb wurde aus den Sittlichkeitsdemonstrationen der Hisbollahis nicht das große Pogrom, sondern nur einer für den revolutionären Iran so typischen Aufmärsche."[26]

Anders interpretieren die Verfasserinnen der zitierten Offenen Briefe die terroristischen Aspekte der islamistischen Moralpolitik. Sie deuten sie weniger als Ventil für Unterschichtfrustrationen, sondern als ein Mittel der allgemeinen politischen Unterdrückung. „,... auf diese Weise kann das Regime rund um die Uhr, auch wenn kein offensichtlicher Gegner in Sicht ist, mit der Ausrede, es sei um die Ehre der Frauen besorgt, in aller Öffentlichkeit zur tätlichen Unterwerfung schreiten und die Gesellschaft in Passivität und unterdrückter Stille halten."[27]

Die Anwendung dieses subtilen Mittels der Politik ist für sie sogar einer der Schlüssel für die unerwartet lange Lebensdauer eines Regimes, „das dem Volk nichts außer Tod, Hunger, Angst, Beschimpfung, Auspeitschung und Schläge gibt."[28]

Monika Schuckar



Anmerkungen:

1) Mit diesem Begriff soll der spezifische Charakter der im Iran herrschenden „Islamkonzeption" betont werden, die sich als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, als „Doktrin" (maktab) und nicht mehr als Religion (din) versteht.
2) Es gibt im Iran christliche, jüdische und zoroastrische Religionsgruppen und die zur Zeit schwerster Verfolgung unterliegenden Bahai, eine im 19. Jahrhundert „vom Islam abgefallene" Religionsgemeinschaft, die ca. 300.000 Anhänger haben soll.
3) Monika Schuckar/Nausi Schirilla: Fitna, Sünde und Reislamisierung: Aspekte der islamischen Moralpolitik im Iran in: Iran-AG Westberlin (Hg.) Protokolle zum Iran-Wochenende, Jan. 83, Westberlin 1984, S. 15
4) vgl. z. B. Nikki Keddie: Iran, Religion, Politics and Society, London 1980 und Keddie: Roots of Revolution, An Interpretative History of Modern Iran, New Haven/London 1981
4a) Zwölfershiah: „Diese Richtung des Islam erkennt als oberste, göttlich inspirierte Autorität (Imam) der moslemischen Gemeinde nur einen leiblichen Nachkommen des Propheten an, ausgehend von dessen Vetter und Schwiegersohn 'Ali — im Gegensatz zu den Sunniten, die diesen Rang ausschließlich den ersten vier, „rechtsgeleiteten" Kalifen der Jahre 632-661 n. Chr. zugestehen. Sämtliche Imame der Schi'ah, d. h. der Partei ('Alis), wurden von ihren sunnitischen Gegnern getötet — so will es jedenfalls die shi'itische Leidenstheologie — bis bis auf den zwölften, den Imam Mahdi. Er verschwand um 940 n. Chr. auf geheimnisvolle Weise und gilt den Schi'iten seither als verborgen. Erst mit seiner Wiederkehr, so heißt es, werde wahre Autorität und Gerechtigkeit wieder hergestellt." (aus: K. Greussing, Religion und Politik im Iran, Frankfurt, 1981, Veröffentl. des Berliner Instituts f. Vergl. Sozialforschung, S. 8)
5) A. Querry: Droit Musulman. Recueil des Lois concernant des Musulmans Schyites, Paris 1871/72 und Iran-AG Westberlin: Theorie und Praxis des islamischen Strafrechts in Iran-AG: Vier Jahre Islamische „Republik" im Iran, Westberlin 1983, S. 21-40
6) Monika Schuckar: „Der Kampf gegen die Sünde". Frauenbild und Moralpolitik in der Islamischen Republik Iran, Gießen 1983, S. 19 ff.
7) vgl. zu dem ganzen Komplex der „islamischen" Mann-Frau-Beziehungen bes. Fatima Mernissi: Beyond the Veil: Male — female Dynamics in a Muslim Society, N. Y. 1975
8) vgl. dazu die (auto)biographischen Berichte in Badrol-Moluk Bamdad: From darkness into Light: Women's Emancipation in Iran, Hicksville, N. Y. 1977
9) Shahrough Akkavi: Religion and Politics in Contemporary Iran: Clergy-State-Relations in the Pahlavi Period, Albany 1980; Ali Akbar Daftary: Geschichte und System des iranischen Strafrechts, Bonn 1935. „Allerdings gab es einen Paragraphen, in dem sich die alten islamischen „Werte" gehalten hatten: in ihm wurde nämlich einem Ehemann, Vater oder Bruder erlaubt, eine „in flagranti" ertappte Ehefrau, Tochter oder Schwester straflos zu töten." (Schuckar, a. a. O., S. 62)
10) Zu Reza Schahs „Entschleierungspolitik, vgl. Schuckar, a. a. O., S. 38ff
11) vgl. dazu die Beiträge in Guity Nashat (Ed.): Women and Revolution in Iran; Boulder/Col. 1983 und Farah Azari (Ed.) Women in Iran, The Conflict with Fundamentalist Islam, London 1983 und besonders auch Torkan: Tufan, Brief an einen islamischen Bruder, Hamburg 1983 (Perspol-Verlag)
11) Schuckar, a. a. O., S. 75
12) Etela'at vom 10. 1. 1982
13) vgl. Kate Millet: Im Iran. Reinbek, 1982
14) Eine Gruppe von iranischen intellektuellen Frauen: Offener Brief aus dem Untergrund, in: Schuckar/Schröder, a. a. O., S. 25
15) Frauenfrage, islamisches Gesetz und islamische Moral, in: Iran-Initiative, Ffm: Iran 1981. Unterdrückung und Widerstand, FfM 1981, S. 49
16) Etela'at, 3. 12. 1981
17) Etela'at, 10. 1. 1982
18) Schuckar, a. a. O., S. 75
19) Schuckar/Schröder, a. a. O., S. 17, Anmerkung 1): Weibliche Studenten (deren Anteil auf 10 % beschränkt wurde, M. S.), werden von den Männern durch einen Vorhang getrennt, der den Klassenraum trennt; und obwohl sie ohnehin nicht gesehen werden können, können sie auch nicht gehört werden. Sie können Fragen an die Dozenten nur schriftlich stellen."
20) Offener Brief iranischer Frauen, in: Schuckar/Schröder, a. a. O., S. 32. Zu den „üblicheren" Aufgaben der „Zeynab-Schwestern" gehören vor allem auch die Leibesvisitation ihrer unislamischen Geschlechtsgenossinnen und „Segregationskontrollen"!
21) Offener Brief iranischer Frauen 2, Hrsg.: Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland, April 1984, S. 4
22) a. a. O., S. 5
23) a. a. O.
24) H. J. Ginzburg: „Wenn Khomeini befiehlt ..." in: Die Zeit, 3. 8. 1984; Thomas Ross: Tod den Entblößten! — „Eine Frau ohne Tschador ist nicht besser als eine Hure", in: FAZ, 31. 7. 1984; Jochen Schildt: Allahs Helden sind müde, in: Stern, Nr. 33/1984
25) Ginzburg, a. a. O.
26) ders.
27) Offener Brief, in: Schuckar/Schröder, a. a. O., S. 29
28) diess.

Sima und Bijan



Das alltägliche Leben im Iran

Es ist sieben Uhr morgens. Eine junge Frau und ihr etwa gleichaltriger Freund eilen, miteinander lachend und redend, zur Bushaltestelle. Eine alltägliche Szene? Hier nicht. Hier ist sowas verboten. Wir befinden uns im Teheran Khomeinys, fünf Jahre nach der Revolution.

Als die beiden in den Bus einsteigen wollen, werden sie von zwei Pasdaran-Leuten festgehalten. Sie müssen aussteigen und ihre Pässe vorzeigen. "Hat sie auch einen Pass", wird der junge Mann von dem „Wächter“ gefragt. Die Frau wird nicht beachtet. Sie werden aufgefordert darzulegen, welche Beziehung sie zueinander haben. Als der junge Mann versichert, daß es sich bei der Frau um seine Cousine handelt, läßt man sie laufen. Sie haben Glück gehabt.

Nach dem islamischen Gesetz ist es nämlich verboten, eine Liebesbeziehung ohne Trauschein zu haben. Und wenn ein junger Mann und eine junge Frau sich auf der Straße unterhalten, ist das ein Anzeichen für eine unerlaubte Beziehung, also ist auch das verboten. Wenn die „Wächter“ sie dessen überführt hätten, wäre ihre berufliche Zukunft ruiniert gewesen. Der junge Mann dürfte nicht studieren (Voraussetzung für eine Zulassung ist unter anderem der Nachweis, daß man ein guter Moslem ist). Die Frau würde wahrscheinlich ihre Arbeit als Krankenschwester verlieren. Man würde sie beide zwingen zu heiraten.

Diese Szene ist alltäglich im heutigen Iran. Die Wächter der Revolution sind allgegenwärtig. Alles steht unter Beobachtung. Die Menschen, die sich erfolgreich gegen das Regime des Schah zur Wehr gesetzt haben, haben eine Unterdrückung gegen eine andere eingetauscht.

Sima, eine junge Frau aus Teheran

Sima ist keine gewöhnliche Frau. Sie ist inzwischen 26 Jahre alt und immer noch nicht verheiratet. Um sich das im Iran erlauben zu können, hat sie so lange wie möglich studiert. Das ist für die Frauen die einzige Möglichkeit, einer Heirat erst mal aus dem Wege zu gehen. "Sie wollte immer anders sein, nicht normal, und deswegen wollte sie auch nicht heiraten. Alle sagten, sie bekommt keinen Mann, aber für sie war es egal, was die Leute dachten.“ Sima stammt aus einer in Teheran ansässigen Familie, die relativ gut situiert ist. Die Familie hat vier Töchter. Diesem Umstand haben Sima und ihre Schwestern zu verdanken, daß alle eine Ausbildung machen durften.
Sima arbeitet als Krankenschwester in einem großen Teheraner Krankenhaus. „Sie arbeitet sehr viel, teilweise bis zu 16 Stunden. Morgens in einem Krankenhaus und abends in einem anderen. Sie wollte es so. Als wir zusammen waren“, erzählt mir Bijan, „habe ich sie gefragt, warum sie so viel arbeitet, ob es wegen des Geldes sei. Ich konnte damals nicht verstehen, daß sie es macht, weil sie immer von zu Hause weg sein wollte. Deshalb arbeitet sie sogar manchmal nachts.“

Mit 22 Jahren zieht Sima zu einer mit ihrer Familie befreundeten Frau, die alleine lebt, da ihr Mann in einer anderen Stadt arbeitet. Das war für sie besser, als bei ihren Eltern zu leben. Sie hat sich zwischen sehr schlecht und schlecht entschieden, denn ihr größter Wunsch ist es, alleine zu leben, niemanden um sich zu haben, der ihr Befehle erteilt. Am liebsten wollte sie ein Haus mieten oder kaufen. Mieten geht jedoch nicht, weil eine Frau im Iran keine Wohnung mieten darf. Sich ein Haus zu kaufen jedoch, ist theoretisch auch für eine Frau im Iran möglich, wenn sie 25 Jahre alt ist. Simar wartete also darauf 25 Jahre alt zu werden. „Aber jetzt ist sie 26, und ich glaube nicht, daß sie sich tatsächlich ein Haus gekauft hat. Sie darf einfach nicht. Es sind die Beziehungen, in die sie eingebettet ist, die sie daran hindern.“
Früher wurde auch schon ein derart "abweichendes Verhalten“ sanktioniert, aber es wurde nicht durch die Öffentlichkeit, noch per Gesetz erzwungen, sondern die Familie regelte das. Bijan findet auch, daß das eine Privatsache sei und weder die Religion noch die Regierung etwas angehe.

Ihren Freund Bijan kennt Sima eigentlich schon von klein auf. Als sie ein Baby war, hat sie — nach einer alten Sitte im Iran — die Milch aus der Brust von Bijans Mutter getrunken und umgekehrt Bijans älterer Bruder die Milch von Simas Mutter. Wenn zwei Baby 40 Tage Milch von der jeweils anderen Mutter trinken, dann werden sie wie Bruder und Schwester. Sima und der Bruder von Bijan haben aber nur zwei Tage Milch getrunken, weil es zwischen den Häusern der Familie zu weit war. „Ich kenne sie von damals, sie war immer wie die Schwester meines Bruders.“

Durch die räumliche Trennung verlieren sich die Familien aus den Augen. Sima und Bijan treffen sich erst wieder, nachdem Sima ihr Elternhaus verlassen hat. Die Frau, bei der Sima wohnt, ist Bijans Tante. Daß sich zwischen den beiden überhaupt eine

Beziehung entwickeln kann, ist nur möglich, weil sie quasi verwandt sind miteinander und bei der „Tante" einen Ort haben, wo sie sich ungestört sehen können. Sima und Bijan treffen sich oft da, sprechen viel miteinander, lesen gemeinsam Bücher, beschließen zusammen zu studieren.

Sima und Bijan haben eine durchaus ungewöhnliche Beziehung zueinander. Sima liebt die Männer nicht besonders und Bijan ist der erste Mann überhaupt, mit dem sie über sich reden kann, über sich persönlich über sich als Frau. Bijan schätzt an Sima ihre Eigenständigkeit und ihren Dickkopf.

Die gesellschaftliche Unmöglichkeit, als unverheiratete Frau im Iran zu leben, weckt in Sima den Gedanken Bijan zu heiraten. „Sie hat es sechs, sieben Jahre lang versucht, aber sie durfte nicht allein bleiben." Die Ehe als Agreement, als Scheinerfüllung einer gesellschaftlichen Pflicht, die auf der Übereinkunft der beiden beruht, eigentlich nicht heiraten zu wollen.

Sima ist keine politisch aktive Frau. Sie ist nicht, wie so viele Frauen, für die Revolution auf die Straße gegangen; sie hat nicht gekämpft für ihre Rechte, wie die Frauen, die entweder dafür hingerichtet worden sind oder noch immer im Gefängnis sitzen. Sie konzentriert sich auf ihr persönliches Leben und gerät dadurch zwangsläufig in Konflikt mit den islamischen Gesetzen. Eigenständigkeit und Denken sind nicht gefragt, schon gar nicht von Frauen. „Als der Schah noch hier war, war es besser. Damals konnte ich in die Moschee oder auch in Lokale alleine gehen. Heute geht das nicht mehr," sagt Sima. Ihr Leben ist streng aufgeteilt zwischen dem was sie öffentlich macht oder noch machen kann und ihrer Privatspäre, Zuhause trägt Sima Jeans, Blusen mit halbem Arm, kurz, sie kleidet sich wie eine europäische Frau. Bei der Arbeit jedoch muß sie einen Tschador tragen. Das ist sehr unbequem, vor allem im Sommer, wenn es heiß ist.

Vielen Frauen im Iran macht die Arbeit keinen Spaß mehr, da die Kontrolle hier wesentlich größer ist als im häuslichen Bereich. Das eigene Haus ist der einzige Ort, an dem man (Frau) anziehen kann, was man will und wo das Denken und Sprechen noch nicht verboten ist. Die Frauen werden so gegen ihren Willen zu dem getrieben, was Khomeiny sich vorstellt: zum Rückzug in die Privatheit, hinter den Herd.

Sima lebt auch heute noch bei ihrer Tante in Teheran. Ihr Freund Bijan hat inzwischen das Land verlassen, um in Europa zu studieren. Für Sima ist dieser Schritt nicht möglich: als unverheiratete Frau von 26 Jahren darf sie nicht ins Ausland fahren.

Karen H. und Bijan F.



Iran: Opposition

Zerstritten und geschwächt — die iranische Opposition

Im April 1984 trennte sich im französischen Exil der „Nationale Widerstandsrat" (CNR) des Iran von seinem bisherigen Aushängeschild, dem ehemaligen Staatspräsidenten Abolhassan Bani Sadr. Offiziell wurden keine Gründe für das Zerwürfnis genannt, um der Propaganda des Khomeini-Regimes keinen Ansatzpunkt zu geben, es ist aber deutlich, daß es sich um Meinungsverschiedenheiten über die Frage handelt, wie der Krieg mit dem Irak beendet werden kann. Der Präsident des CNR, Massoud Radjavi, verhandelt mit der irakischen Führung, Bani Sadr ist gegen Verhandlungen, da er im Irak den Aggressor sieht und fürchtet, daß Verhandlungen der iranischen Opposition mit dem Kriegsgegner ihrem Ansehen in der iranischen Bevölkerung schaden könnten.

Dieser Bruch innerhalb der größten Exilorganisation ist ein Indiz für die Zerstrittenheit der iranischen Opposition. Der „Nationale Widerstandsrat" war gebildet worden, nachdem der abgesetzte Staatspräsident Bani Sadr und der Führer der progressiv-islamischen Untergrundorganisation Mudjahedin Khalq, Massoud Radjavi 1981 gemeinsam ins französische Exil gegangen waren. Das Zweckbündnis zwischen Bani Sadr, dem ehemaligen Vertreter der islamischen Staatsmacht und den Muhjahedin, der damals einflußreichsten Guerrillaorganisation, hat seinerzeit einiges Aufsehen erregt. Die Mudjahedin hofften von der Popularität des gewählten Staatspräsidenten zu profitieren, Bani Sadr war auf den Masseneinfluß und die militärische Organisation der Mudjahedin angewiesen.

Das Bündnis sollte ursprünglich alle progressiven Widerstandsorganisationen umfassen, dieses Projekt scheiterte jedoch bald. Der folgende Artikel aus „Le Monde" gibt einen kurzen Überblick über den heutigen Zustand der iranischen Opposition.

Red.

Die Entführung eines iranischen Airbusses endete am 8. August in Rom damit, daß die beiden Luftpiraten aufgaben und Italien um politisches Asyl baten. Der iranische Ministerpräsident Mir Moussavi beschuldigte Saudi-Arabien und Frankreich und ließ durchblicken, daß sie die Entführung veranlaßt hätten.

Im französischen Exil widersprach jedoch der Anführer der Volksmuhadjedin, Massoud Radjavi, entschieden den Behauptungen der Entführer, sie seien Mitglieder seiner Bewegung.

Nachdem sie die islamische Revolution oder eine allmählich wachsende Repression aus dem Land getrieben hatte, wählten die meisten iranischen Oppositionsparteien Frankreich zu ihrem Stützpunkt. Diese Wahl wurde zum einen von der kulturellen Beziehung vieler iranischer Intellektueller zu Frankreich bestimmt, die dort studiert hatten. Wegen seiner Allianz mit dem Irak wird Frankreich zum anderen vom Khomeini-Regime häufig als einer seiner Hauptgegner hingestellt — vor allem gegenüber seinen Verteidigungsstreitkräften.



Worte in Khomeinis Sachatten: Präsident Bani Sadr

Insbesondere war es ein Ereignis gewesen, das das Faß zum Überlaufen gebracht hatte: die Ankunft des im Juni abgesetzten Präsidenten Bani Sadr in Paris am 29. Juli 1981, in Begleitung der „schwarzen Bestie" von Teheran, dem Chef der Volksmuhadjedin Massoud Radjavi. Daraufhin hatten sich die Beziehungen zwischen Paris und Teheran rapide verschlechtert. Die iranischen Behörden hatten umgehend die Auslieferung der beiden in Ungnade gefallenen Politiker gefordert, mit der Anschuldigung, sie seien verantwortlich für den gegen die Regierung gerichteten Terror, der innerhalb von 4 Monaten unter den Persönlichkeiten des Regimes 1000 Opfer gefordert hatte. Paris antwortete mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Zu jener Zeit waren Bani Sadr und Radjavi außerordentlich optimistisch und ließen es unvorsichtigerweise an Erklärungen nicht fehlen, die „ein baldiges Ende der blutigen Diktatur in Teheran" voraussagten. Tatsächlich aber versanken die beiden in ihrem Bunker in Auvers-sur-Oise eingesperrten, Tag und Nacht von umsichtigen französischen Gendarmen bewachten iranischen Oppositionsführer dann in der Banalität. Bei seinem kürzlichen Besuch in Paris bedauerte der Chef der DPKI (Demokratische Partei des Iranischen Kurdistan) Ghassemlou, daß Radjavi und Bani Sadr damals nicht seiner Einladung ins iranische Kurdistan gefolgt waren. Er vertritt inzwischen die einzige Oppositionsbewegung, die das Khomeini-Regime noch mit Waffen bekämpft. „Gemeinsam hätten wir viel tun können.", sagte er uns, und fügte hinzu, er habe schon wiederholt vorgeschlagen, daß der Nationalrat des iranischen Widerstands, dem auch er angehört, seinen Sitz in die kurdischen Wälder verlegen sollte. Er deutete damit an, daß eine Opposition, die Tausende von Kilometern vom Iran entfernt ist, kaum eine Chance hat, sich bei der Bevölkerung Gehör zu verschaffen.

Bani Sadr, der durch eine ordentliche Wahl Präsident geworden war und deshalb internationale Anerkennung genießt, hatte am 1. Oktober 81 Radjavi zum Präsidenten des NWR ernannt und ihn mit der Leitung einer provisorischen iranischen Regierung beauftragt. Doch es sollte eine Entscheidung auf dem Papier bleiben, denn dem NWR ist es nicht gelungen, die gesamte ins Ausland geflohene Opposition zusammenzuführen. Die monarchistischen Gruppierungen wurden von vorneherein ausgeschlossen. Die zahlreichen liberal und marxistisch gesonnenen Organisationen lehnten einen Anschluß an das Bündnis ab, weil Bani Sadr ihm angehört, den sie der „Kollaboration mit dem islamischen Regime" beschuldigen.

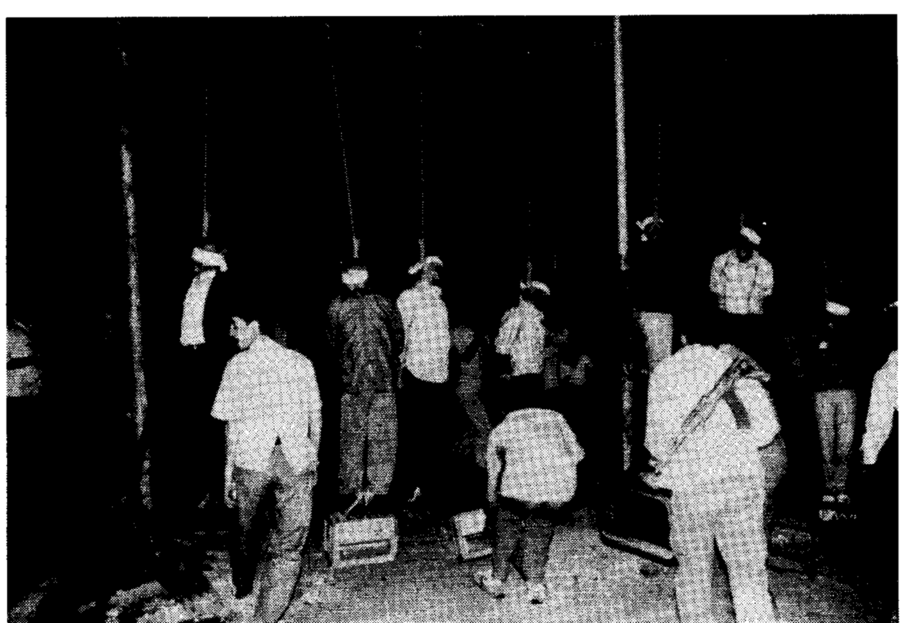
Befreite Kurdengebiete

Die Muhadjedin, die mit dem Glorienschein der mächtigsten iranischen Widerstandsbewegung in Frankreich eingetroffen waren, haben sich Tausende Kilometer vom Iran entfernt allmählich in eine Exilantenorganisation unter vielen anderen verwandelt. Dennoch sind sie die aktivste und am besten organisierte Gruppe und erfreuen sich selbst bei ungläubigen iranischen Intellektuellen einer gewissen Reputation, denn es wird anerkannt, daß sie die ersten waren, die die rückwärtsgerichteten Anteile des Regimes von Teheran bekämpften.

Im Iran selbst mußten die Muhadjedin für ihren großen Irrtum von 1981, als sie sich zu früh in einen bewaffneten Widerstand gegen das Regime stürzten, einen hohen Preis zahlen. Sie wurden einer Repression von extremer Brutalität unterworfen — sie rühmen sich, die Partei der 20.000 Märtyrer zu sein — und mußten gegen Ende des Jahres 81 mitansehen, wie die iranische politische Polizei ihre Ränge dezimierte. Der Tod ihres Militärchefs Moussa Khiabani, der am 8. Februar 82 mit fast seinem gesamten Offiziersstab getötet wurde, war ein schwerer Schlag für die Organisation. Was bleibt heute von dieser Massenorganisation übrig? Unter den Bedingungen der Illegalität, in der ihre Miglieder kämpfen, ist es sehr schwierig, genaue Aussagen darüber zu machen. Sicher ist, daß sie die Politik des bewaffneten Kampfs und der Stadtguerrilla aufgegeben haben — außer in Kurdistan, wo fast 3000 von ihnen an der Seite von Ghassem Peshmergas kämpfen. Sie scheinen jedoch in der allerjüngsten Zeit ihre Aktivitäten auf einer neuen Grundlage wieder aufgenommen zu haben, indem sie ihre Hauptanstrengungen einer Vorbereitungs- und Propagandaarbeit widmen, die mit Hilfe von Flugblättern und Plakaten die Massen politisch bilden soll.

In jedem Fall hat die Sackgasse, in die sich die gesamte iranische Opposition begibt, nichts Erfreuliches. Sie hat unter anderem im April dieses Jahres, zu der „Ehescheidung" zwischen Radjavi und Bani Sadr geführt, die sich vor allem über die Frage des Kriegs mit dem Irak zerstritten haben. Dem ehemaligen Staatschef, der nicht vergessen hat, daß er selbst als Oberbefehlshaber der Armee zwei Jahre lang diesen Krieg führte, gefällt das Verständnis nicht, das Radjavi für Bagdad zeigt. Selbst wenn der Muhadjedin-Führer versichert, daß seine Kontakte mit dem Irak einzig zum Ziel haben, einen blutigen und gegen das Volk gerichteten Krieg zu beenden, der überdies dazu beiträgt, das Regime in Teheran zu festigen. Das Problem der Zusammenarbeit mit dem irakischen Feind trennt auch im Lager der promonarchistischen Opposition die „Iranische Befreiungsfront" von der „Iranischen Widerstandsbewegung". Der Anführer der ersteren, Ali Amini, einst Premierminister des Schah, steht den Irakern in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber, während der Chef der „Widerstandsbewegung", Chapour Bakhtiar, nicht zögert, mit Bagdad zusammenzuarbeiten. Für die Zukunft indessen sind beide bereit, zu einer konstitutionellen Monarchie zurückzukehren, der Unterschied besteht nur darin, daß Amini darauf besteht, daß dieser Beschluß in einer Volksbefragung gutgeheißen werden soll.

Auf der persönlichen Ebene tragen andere Faktoren zur Uneinigkeit im monarchistischen Lager bei. Darunter die feste Überzeugung Bakhtiars, die einzige Persönlichkeit zu sein, die fähig ist, die Präsidentschaft einer zukünftigen Regierung unter Seiner Majestät Reza Pahlevi zu übernehmen, obwohl dessen Sympathien



Hinrichtungen im Iran





eher den Anhängern Aminis gelten, die er als glaubwürdiger einstuft.

Selbst die kaiserliche Familie entgeht Uneinigkeiten und ergebnislosen Streitereien nicht. So führt die Prinzessin Azadeh Chafik, Tochter der Zwillingsschwester des Schah, einen einsamen Kampf gegen die übrigen monarchistischen Gruppierungen für „eine konstitutionelle Monarchie mit einer linken Regierung, bei der der König der Garant für die Stabilität des Regimes sein soll." Trotz ihrer Uneinigkeit sind die Monarchisten davon überzeugt, daß die Zukunft ihnen gehört und das iranische Volk, von den „Überforderungen und Ausschreitungen" des islamischen Regimes ermüdet, den jungen Reza Pahlevi mit offenen Armen empfangen wird. Die Gruppierungen der monarchistischen Opposition scheinen jedoch nicht stark genug zu sein, um einen solchen Prozeß im Iran rasch herbeizuführen.

Bleiben schließlich noch die Oppositionsgruppen der marxistischen Linken. Die Volksfedayin, die zu Beginn der Revolution 1979 eine der wichtigsten politischen Kräfte des Landes waren, haben sich in zwei Bewegungen gespalten: die „Minderheit", in völliger Opposition zum islamischen Regime, und die „Mehrheit"[1], die sich als Befürworter einer bedingten Unterstützung für Imam Khomeini mit der kommunistischen Tudeh-Partei verbündet hatte, um eine „irregeführte Revolution" wieder in Gang zu bringen. Nachdem die Kommunisten der Tudeh-Partei Opfer einer harten Repression wurden, blieben die „Mehrheits"-Fedayin allein und mehr als je zuvor in verschiedene Tendenzen gespalten zurück. Die Geschichte der iranischen Opposition ist im Grunde folgende: unfähig, sich zu einigen und die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, ist sie durch eine gleichzeitig unbarmherzige und blutige Repression praktisch zur Ohnmacht verurteilt. Sie hat im übrigen ihre ganze Hoffnung auf das Ableben des Imam Khomeini gesetzt, das ihr nach ihrer Einschätzung den Weg zur Macht wiedereröffnen wird. Dazu würde aber auch gehören, daß des Imam direkte Erben sich nach dem Tod ihres Oberhaupts nicht zu einigen vermöchten. Gemeint sind jene religiösen Fraktionen, die sich im Moment die Macht in Teheran teilen und das gesamte Räderwerk kontrollieren. Gleichzeitig müßten sie dann ihren Polizeigriff um das Land lokkern. Beides ist gar nicht sicher.

Jean Gueyras in „Le Monde" vom 10. 8. 84

1) Anmerkung der Redaktion:
Die Zuordnung „Minderheit", für diejenigen Volksfedayin, die in Opposition zum Regime stehen, ist irreführend. Volksfedayin — „Mehrheit", der für die Regimebefürworter gilt, ist darauf zurückzuführen, daß lediglich die Mehrheit der **ZK-Mitglieder** sich für eine Unterstützung des Khomeini-Regimes ausgesprochen hat. Über die tatsächliche Stärke der jeweiligen Gruppe ist damit nichts ausgesagt.

Kurden-Interview

Kurdistan — die zweite Front

Während im iranisch-irakischen Konflikt immer offener über die Bedingungen eventueller Friedensverhandlungen gesprochen wird, wird die „zweite Front" der Teheraner Zentralregierung — die kurdischen Provinzen im Norden des Iran — kaum zur Kenntnis genommen

Bereits unmittelbar nach dem Sturz des Schah-Regimes im Februar 1979 zeichnete sich ab, daß die Islamische Republik nicht gewillt ist, die Autonomiebestrebungen der kurdischen Bevölkerung anzuerkennen. Die kurdische Bevölkerung, die sich an der Revolutionsbewegung der Jahre 1978/79 beteiligte, forderte von der Zentralregierung nichts anderes als das Recht auf Selbstbestimmung, die Beendigung nationaler Diskriminierung und wirtschaftlicher Benachteiligung im Rahmen eines föderalistischen Staates Iran. Im Februar/März 1979 kam es jedoch zu den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Pasdaran einerseits und den kurdischen Milizen sowie der Bevölkerung auf der anderen Seite. Der Zentralregierung kam es vor allem darauf an, jeden Widerstand zu brechen, der sich bei den Minderheiten regte. Denn die Kurden sind — neben den Azerbeidschanern und Turkmenen — nicht die einzige Minderheit, die Autonomieforderungen stellen könnte.

Nach einer kurzen Atempause bei den militärischen Auseinandersetzungen in Kurdistan von November '79 bis zum April '80, brach der Krieg offen aus. Städte und Dörfer wurden bombadiert; die iranische Armee und die Pasdaran intensivierten ihren Kampf gegen kurdische Guerilleros auf dem Lande. Zehntausende Zivilisten und kurdische Freiheitskämpfer (Peschmergas) verloren ihr Leben; viele Menschen wurden obdachlos oder sind auf der Flucht. Trotz der massiven Bombardements und der brutalen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung hält der kurdische Widerstand an. Den Peschmergas gelang es sogar, einen Streifen entlang der irakischen Grenze zu befreien. Diese befreiten Gebiete Kurdistans sind seit 1981 zur Zufluchtsstätte der verschiedenen Befreiungsorganisationen geworden. Nachdem aber in diesen Gebieten eine weitere Kriegsfront gegen den Irak eröffnet wurde, hat sich die militärische Ausgangsposition des kurdischen Widerstandes verschlechtert, denn die Befreiungsorganisationen mußten ihre dortigen Hauptquartiere aufgeben. Von den Kämpfen im Grenzebiet ist die Bevölkerung besonders betroffen. Zahllose Dörfer wurden mehrfach bombadiert und die Versorgung der Bevölkerung ist katastrophal.

Neuesten Informationen zufolge will die Teheraner Regierung die Bewohner von hundert Grenzdörfern zwangsevakuieren. Mehr als 11.000 Menschen werden dadurch obdachlos und verlieren ihre Lebensgrundlage.

Trotz des Krieges mit dem Irak sind über 30 % der iranischen militärischen Kräfte in Kurdistan gebunden. Die Zahl der Soldaten und Pasdaran wird mittlerweile auf 150.000 geschätzt. Dieser schwer bewaffneten Armee stehen ungefähr 20.000-30.000 kurdische Widerstandskämpfer gegenüber.

Militärisch und politisch bedeutsam sind zwei kurdische Organisationen. (Vor allem) die 1945 gegründete Demokratische Partei Kurdistans (DPK/I) ist mit Abstand die stärkste Partei Kurdistans. Sie erhielt insbesondere bei Beginn des bewaffneten Widerstandes 1979/80 enormen Zulauf, 1980 hatte die Partei 30.000 Mitglieder. In ihr koexistieren verschiedene Strömungen demokratisch-nationalistischer Auffassungen, die jedoch keinen eindeutigen klassenspezifischen Charakter haben. In den kurdischen Gebieten, in denen die traditionellen Stammesstrukturen fortleben, sind Stammesangehörige 'automatisch' durch ihre Loyalität zum Stammesoberhaupt Anhänger der Partei, wenn dieser sich zum Beitritt entscheidet. Einigen Lokalorganisationen der DPK/I sind Anfang der 80er Jahre konservative und sogar „feudale" Elemente beigetreten.

Die Komala — die zweitgrößte kurdische Partei — greift die DPK/I wegen ihrer Kompromißbereitschaft gegenüber den „Feudalen" an und kritisierte heftig den Beitritt der DPK/I zum „Nationalen Widerstandsrat", weil sie damit mit dem „Verräter" Bani Sadr, der 1979 den Krieg gegen Kurdistan befahl, paktiere.

Die Komala selbst versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation; ihre Kader bestehen meist aus jungen Intellektuellen. Ihre regionale Basis hat die Komala in den Städten des südlichen Kurdistan. Ihre politischen Forderungen richten sich nicht in erster Linie auf die Befreiung Kurdistans. Wichtiger Bestandteil ihrer politischen Linie ist der „konsequente proletarische Kampf der Arbeiterklasse in Kurdistan und Gesamtiran".

Obwohl DPK/I und Komala in den letzten Jahren militärisch zusammengearbeitet haben, führen politisch-ideologischen Differenzen immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen untereinander.
In den Auseinandersetzungen zwischen den zwei größten kurdischen Widerstandsorganisationen kommt dem sunnitischen Scheich Hosseini, eine besondere Vermittlerfunktion zu. Unmittelbar nach der Islamischen Revolution, wurde er von beiden Organisationen als einziger Vertreter der kurdischen Forderungen in Teheran anerkannt. Er gehört keiner politischen Organisation an, „vertritt einen revolutionären Islam, wendet sich gegen ausbeuterische Grundherrn und reaktionäre Mollas — vor allem aber ist er ein gestandener Nationalist"[1].

Wie groß Ezzedin Hosseinis Einfluß bei den verschiedenen kurdischen Organisationen derzeit ist, läßt sich schwer einschätzen. Sicherlich aber wird er in seiner Vermittlerrolle, die er auffgrund seines Ansehens bei allen Gruppierungen Kurdistans hat, auch bei zukünftigen Auseinandersetzungen gefragt bleiben.

Im folgenden drucken wir ein Interview mit dem Europäischen Repräsentanten des Scheich Ezzedin Hosseini ab. Das Gespräch mit Aso Said führte für uns ein Mitglied des Arbeitskreises Dritte Welt der Alternativen Liste Westberlin.

Red./bu

Literaturhinweise:
Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, hrsg: Gerard Chaliand, 1984, Reihe pogrom, GfbV, Postfach 2024, 3400 Göttingen
Kurdistan — Materialien, Iran-Initiative Frankfurt
Martin van Bruinessen: Nationalismus und religiöser Konflikt:
Der kurdische Widerstand im Iran, in: Religion und Politik im Iran, Mardom Nameh-Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients. Frankfurt 1981.

Frage: Zur aktuellen Situation im irani- Teil Kurdistans wird in der bundesdeutschen Presse nur wenig berichtet. Der Krieg zwischen Irak und Iran läuft meist unter dem Begriff Golfkrieg. Mit dem Namen von bombardierten Städten wie Baneh verbindet sich hier für die meisten nicht das Leiden und der Widerstand des kurdischen Volkes. Wer weiß schon, was in den Bergen Kurdistans geschieht?

Antwort: Ziel meiner Reise durch Europa ist unter anderem, darüber zu informieren, daß in Kurdistan/Iran in Wahrheit zwei Kriege geführt werden.

Zum einen der „offizielle" Krieg zwischen den Regimen von Irak und Iran, zum anderen der Kampf der Iranischen Zentralregierung gegen das kurdische Volk. Beide Auseinandersetzungen finden auf dem gleichen kurdischen Gebiet statt, haben aber direkt nichts miteinander zu tun. Die Bekämpfung der kurdischen Opposition hat schon lange vor dem „Golf-Krieg" begonnen, nämlich bereits kurz nach dem Sturz des Schahs. Der kurdische Befreiungskampf hat leider – zufällig oder nicht – immer im Schatten „großer Ereignisse" gestanden.

Der Israelisch-Arabische Konflikt, der Krieg Irak-Iran und selbst die Olympiade scheinen wichtiger zu sein als unser jahrelanger Kampf. Gewiß, jeder Krieg ist barbarisch –aber die Unterdrückung des kurdischen Volkes durch das Khomeini-Regime ist besonders barbarisch.

Im Falle des erklärten Krieges mit Irak stehen sich militärische Mächte mit gut ausgerüsteten Truppen gegenüber. In unserem Falle aber stehen hochgerüstete bewaffnete Kräfte im wesentlichen gegen eine unbewaffnete Zivilbevölkerung. Was können wir zum Beispiel gegen Luftangriffe unternehmen, wenn wir keine Flugabwehr haben?

F.: Aber warum bekämpft euch die „Islamische Republik Iran"? Haben die Kurden nicht einen maßgeblichen Anteil am Sturz des Schahs?

A.: Diese Frage haben wir oft öffentlich erhoben. Uns geht es vor allem um grundlegende demokratische Rechte. Unser Volk möchte, daß seine Sprache in Schulen gelehrt und gelernt werden darf. Bisher findet der gesamte Unterricht auf persisch statt. Wie andere Völker wollen auch wir unsere nationalen Traditionen pflegen dürfen.

Weiterhin lehnen wir jede religiöse Diskriminierung ab – wir sind meist Sunniten, während der Schiismus im Iran praktisch zur Staatsreligion erhoben wurde. Wenn ein Kurde zum Beispiel zum Zwecke einer Auslandsreise einen Paß oder ein Visum beantragt, wird er sofort feststellen, daß er anders als andere Staatsbürger behandelt wird. Daß er aus Mahabad oder Bukan kommt, einen kurdischen oder sunnitischen Namen – wie z.B. Omar – hat, macht ihn „verdächtig". Wir leben in einer Art halblegalem Zustand, mit einer inneren Angst, weil wir unsere Identität als Kurden eigentlich bewahren möchten, sie aber „klugerweise" besser verdecken sollten.

Schon ein Tourist kann leicht erkennen, daß wir praktisch ein besetztes Gebiet sind. Überall militärische und paramilitärische Verbände, deren Angehörige keine Kurden, sondern persischer, azarbaidjanischer, balutschischer oder anderer Nationalität sind.

F.: Gibt es auch eine Benachteiligung von Kurden auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet?

A.: Zur Zeit des Schah-Regimes gab es bei uns im Unterschied zu einigen anderen Landesteilen kaum wirtschaftliche und technische Neuerungen. An den – wenn auch zum Teil äußerst fragwürdigen und relativen Reformen – hatten wir praktisch keinen Anteil. Kurdistan ist eine besonders unterentwickelt gehaltene Region, in einem unterentwickelten Staat. Nach der Machtübernahme des Khomeini-Regimes hat sich daran nichts geändert. Der Ackerbau wird seit einiger Zeit zusätzlich noch dadurch behindert, daß die Dörfer und Felder bombardiert und Felder angezündet werden, so daß ein Teil der Ernte verbrennt oder nicht rechtzeitig eingebracht werden kann.

Auch in der Viehwirtschaft – einem bedeutenden ökonomischen Faktor – gab es große Einbußen. Hauptgrund sind große Verluste an Tieren durch Epidemien, die stark zugenommen haben, weil in manchen Regionen keine Schutzimpfungen mehr durchgeführt werden konnten.

Die Wirtschaftsblockade des Regimes macht sich vor allem bei Heizöl und Benzin stark bemerkbar. Es ist schwierig und teuer, für LKWs und Traktoren Kraftstoff zu besorgen, so daß der Transport der Ernte auf die Märkte sehr erschwert ist.

F.: Als die ökonomische Blockade im April 1980 begann – mit Kontrollen auf allen Zufahrtsstraßen zur Kurdenregion – war aktuell beabsichtigt, die Bevölkerung von den Peschmerga (Kurdische Befreiungskämpfer) zu trennen und die befreiten Gebiete auszuhungern. Welche Gründe hat das Regime gegenwärtig?

A.: Die Motive haben sich nicht grundlegend geändert. Nach wie vor sollen zum Beispiel Bauern gezwungen werden, Peschmerga nicht zu unterstützen – ihnen keine Lebensmittel geben zu können. Diese erzwungene Verschlechterung der Lebensverhältnisse ist eine Strafmaßnahme der Regierung vor allem gegen die ärmsten Teile der Bevölkerung.

F.: Nach dem Februaraufstand von 1979 gab es Vorschläge des sogenannten Revolutionsrates für eine Landreform. Der letzte Gesetzentwurf passierte zwar das Parlament, wurde aber im Januar 1983 vom sogenannten Wächterrat als „unislamisch" abgelehnt. Damit gibt es bis heute keine offizielle Landreform. Welche Rolle spielt die Frage des Landbesitzes und der Landverteilung in Kurdistan?

A.: Vor dem militärischen Großangriff des Regimes im April 1980 waren in vielen Teilen Kurdistans unter dem Schutz der Peschmerga Ländereien an Bauern verteilt worden. Von Enteignung waren vor allem Großgrundbesitzer betroffen, die Schah-Anhänger waren, oder sich auf andere Art antinational verhielten.

Mittlerweile ist ein Teil der befreiten Gebiete wieder unter der Kontrolle des Regimes. Der enteignete Boden mußte jedoch bislang nicht an die früheren Herren zurückgegeben werden. Allerdings wurde den Bauern mündlich mitgeteilt, daß diese Art von Reform eigentlich illegal und unislamisch sei.

F.: Aber besteht nicht auch die Gefahr, daß bei veränderten Kräfteverhältnissen zu ungunsten der Kurden dieses Land den Bauern wieder weggenommen wird?

A.: Die Gefahr besteht, weil keine neuen Besitzurkunden ausgestellt wurden. Möglich wäre zum Beispiel, daß als Strafmaßnahme für die mutmaßliche Unterstützung des Befreiungskampfes durch einzelne Bauern oder bestimmte Dörfer die „Reform von Unten" wieder rückgängig gemacht wird.

F.: Wie ist die gegenwärtige Situation in den großen Städten wie Mahabad oder Sanandadj, in denen es bis April 1980 vielfältige politische und gesellschaftliche Aktivitäten gab?

A.: Im Vergleich zu früher ist es ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Die Gefängnisse in allen Städten sind voll mit Oppositionellen aller politischen Richtungen. Politische Unterdrükkung in allen Formen, ja selbst massenhafte Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. In den letzten zwei Jahren war es nichts Ungewöhnliches, daß an manchen Tagen dreißig bis vierzig Regimegegner ermordet wurden. Vor sechs Monaten wurden in Mahabad an einem Tag 59 Menschen hingerichtet!

Ebenfalls in Mahabad gibt es seit kurzem nicht nur ein nächtliches Ausgangsverbot, sondern eine neue Erfindung der Ordnungskräfte. Sämtliche auf die Hauptstraße führende Nebenstraßen und Gassen werden um 20.00 Uhr durch provisorische Tore verschlossen.

F.: Hat diese Maßnahme einen ähnlichen „Sinn" wie das Abreißen von Altstadt-Vierteln mit engen Gassen seit der Schah-Zeit?

A.: Ja. Damit sollen die Bedingungen für Straßenkämpfe und das Einsickern von Befreiungskämpfern verschlechtert werden. Diese Maßnahmen haben jedoch nicht die gewünschten Erfolge erbracht. So gab es Mitte Juli dieses Jahres dreitägige Kämpfe in Mahabad. Die Peschmerga der DPK und der Komleh haben eine neue Taktik für die Kämpfe in den Städten entwickelt. Die Kämpfer sikkern gegen 3 oder 4 Uhr morgens in die Stadt ein und suchen dort Kontaktleute auf. Während die Peschmerga sich ausruhen, trägt die Stadtorganisation ihrer Partei aktuelle Informationen über wichtige Angriffsziele zusammen. Der Angriff auf die Stützpunkte der „Revolutionswächter" oder anderer bewaffneter Regime-Organe innerhalb der Stadt beginnt erst am Nachmittag des folgenden Tages. Die Auseinandersetzungen werden von unserer Seite meist bis 23 oder 24 Uhr geführt. Anschließend verlassen die Peschmerga die Stadt und ziehen sich in die Berge bzw. in die Dörfer zurück. Im Falle der vor kurzem in Mahabad stattgefundenen Aktion kam noch hinzu, daß die Befreiungskämpfer nach dem Verlassen der Stadt einige der auf den umliegenden Hügeln befindlichen Kasernen und Stützpunkte erfolgreich attackierten. Bei diesen Kämpfen kamen fünf wichtige Offiziere der Pasdaran (Revolutionswächter) ums Leben. Einer von ihnen war der stellvertretende Führer der Militäroperationen im gesamten iranischen Kurdistan. Vom Hauptquartier Hamzeh aus koordinierte er die Aktivitäten der Armee, der Pasdaran und der Basidj. (Anmerkung: „Mobilisierungskräfte" sind paramilitärische Milizen, die meist aus den Armeen der nichtkurdischen Städte rekrutiert werden).



Bewaffnete Mitglieder(innen) eines Stadtteilkomitees bei der Verteidigung von Sanandadj im April 1980

F.: Die Infiltration bedarf also gut funktionierender Strukturen innerhalb der Stadt. Wie versucht das Regime, die nicht abreißende Kette von Aktionen dieser Art zu zerstören?

A.: Neben den von mir erwähnten Terrormaßnahmen versuchen sie vor allem, die Kontaktpersonen bzw. -familien herauszufinden, indem sie besonders Jugendliche foltern. Weiterhin werden mutmaßliche Sympathisanten oppositioneller Organisationen oder sonstige „Verdächtige" nach dem Prinzip der Sippenhaftung verschleppt. Seit etwa 2 Jahren gibt es Massendeportationen vor allem im Osten des Iran.

Die beabsichtigte „Befriedung" der kurdischen Städte hat sich bislang aber nicht eingestellt. Vielmehr wurden sogar noch regimekritische Fragen in der nichtkurdischen Bevölkerung der Deportationsorte geweckt. Die zwangsweise Umgesiedelten wohnen in besonderen Lagern am Rande der Stadt, so in dem persischen Wallfahrtsort Mashad. Die ansässige Bevölkerung wunderte sich nicht schlecht, als sich herausstellte, daß die Kurden meist persisch sprechen konnten und iranische Staatsbürger waren. Man hatte ihnen nämlich erzählt, es handle sich um Kurden aus dem Irak, die durch den Krieg vertrieben worden wären.

F.: Aber was kann die kurdische Bevölkerung in Stadt und Land noch tun, ohne bewaffnet zu kämpfen oder das hohe Risiko des Kontaktes zur Guerilla auf sich zu nehmen?

A.: Vor allem in den letzten drei bis vier Monaten haben sich verschiedene Formen des nichtbewaffneten Widerstands erheblich verstärkt. Die Anlässe dazu können sehr unterschiedlich sein. Wird zum Beispiel die Leiche eines in der Deportation Verstorbenen überführt, so setzen sich seine Angehörigen oder auch andere Leute vor sein Haus, vor die Moschee oder auch vor das Bürgermeisteramt (zuständig für die Rückkehr der Deportierten) und rufen Parolen. Ein herkömmlicher Demonstrationszug würde sofort auseinandergeprügelt oder beschossen werden. Der Sitzstreik an bestimmten Orten ist eine Protestform, die nicht so leicht angreifbar ist

Ein anderer wichtiger Anlaß ist die Zwangsrekrutierung. Bewaffnete Regimeeinheiten überfallen häufig Dörfer, um junge Männer in den Wehrdienst zu pressen. Oft gelingt es den Rekruten, schon nach einem Monat zu desertieren. Sie haben weder Lust gegen ihr eigenes Volk, noch gegen den Irak zu kämpfen. Gelingt es den staatlichen Stellen, einen Deserteur zu schnappen, wird er hingerichtet.

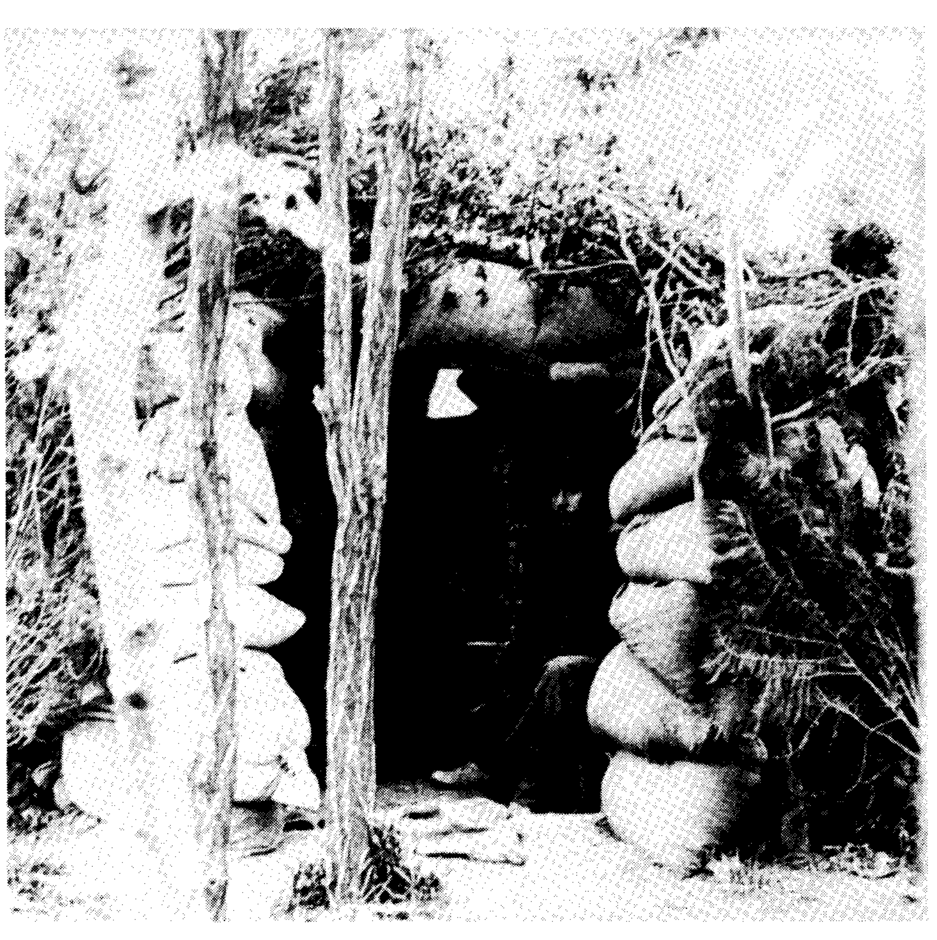
Als vor zwei Monaten in der Stadt Bukan bekannt wurde, daß das Regime einige Deserteure verhaftet hatte, strömten viele Bauern aus den umliegenden Dörfern zusammen. Ihnen schlossen sich viele Städter an. Tausende von Menschen versammelten sich zum Sitzstreik. Sie forderten die Freilassung der Inhaftierten. Die Bauern argumentierten, daß sie jede Hand zur Ernte brauchen.

Außerdem wandten sie sich gegen die oft praktizierte Sippenhaft. Sie hätten keine Schuld an dieser Situation. Woher sollten sie wissen, ob ihre Söhne desertiert oder gefallen wären. Da sich ähnliche Aktionen auch in anderen Regionen Kurdistans ereigneten, waren Regierungsorgane bereit, mit den Delegierten der Betroffenen zu verhandeln. Sie versprachen, daß zumindest die Verhaftung von Familienmitgliedern nicht mehr durchgeführt werden sollte.

F.: Wie kann das Regime politische Macht in einem Gebiet ausüben, wo die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Zentralregierung ablehnt?

A.: Wie bereits gesagt, ist Kurdistan ein von einer fremden Macht militärisch besetztes Gebiet. Eine demokratische Legitimation für die Regierungsfunktionäre gibt es nicht. Die Scheinwahlen zum Parlament wurden weitgehend boykottiert. Liegt eine handvoll Wahlzettel in einer Urne, reicht das für Khomeini-Anhänger schon aus, als Abgeordneter der Stadt bezeichnet zu werden.

F.: Der kurdische Mullah (Geistliche) Abdullah Sory tritt als Abgeordneter von Baneh auf. Ist er eine Ausnahme in der kurdischen Geistlichkeit? In einer englischsprachigen regimenahen Zeitschrift las ich 1980, die Probleme der Regierung in Kurdistan lägen darin begründet, daß es dort „an einer islamischen Elite" mangle. Wie siehst Du die aktuelle Situation?



Peschmerga (kurdische Befreiungskämpfer) im Unterstand

A.: Die Mehrheit der kurdischen Geistlichen steht nicht auf seiten der Regierung. Das ist leicht verständlich, denn sie sind Sunniten. Der Schiismus ist praktisch zur Staatsreligion erhoben worden. Die führenden Kreise der schiitischen Geistlichkeit versuchen bewußt und systematisch, im Namen des einheitlichen Islam die Regeln und Vorschriften der schiitischen Richtung in Kurdistan zu verbreiten. Sowohl die Mehrheit der kurdischen Geistlichkeit als auch der gesamten Bevölkerung lehnen diese Politik eindeutig ab.

Ein weiterer Grund dafür, daß die im Volk bekanntesten und beliebtesten unserer Mullahs Regimegegner sind, hängt mit ihrer geistigen und politischen Tradition zusammen. Ihre Volkstümlichkeit liegt vor allem darin begründet, daß sie in der Geschichte des kurdischen nationalen Befreiungskampfes und als „Dorfintelligenzia" oder „Landintellektuelle" meist eine positive Rolle gespielt haben. Im Unterschied zu ihren schiitischen „Kollegen" wohnen sunnitische Geistliche oft auf dem Dorf.

Andererseits ist klar, daß sich einige korrupte Geistliche von der Kollaboration mit den Herrschenden Geld, Macht und Ansehen versprechen.

F.: Gehören die regimetreuen kurdischen Mullahs zum landesweiten Netz der „Freitagsprediger", das ja eine wichtige Struktur des staatlichen Propaganda- und Machtapparates ist?

(Anmerkung: Die offiziellen „Freitagsgebete" sind eher politische Indoktrination als Gottesdienst.)

A.: Ja, sie gehören dazu und nehmen auch an regelmäßigen Schulungen in Teheran oder anderen Städten teil.

F.: Noch einmal zurück zur militärischen Unterdrückung. Woraus erklärt sich die besondere Brutalität der „Islamischen Republik Iran" gegen euren Befreiungskampf und jegliche Opposition?

A.: Das Islamische Regime führt einen totalen Krieg gegen uns — noch schlimmer als zur Zeit des Schah —, weil sie glauben, das „kurdische Problem" endgültig lösen zu müssen und zu können. Ein totalitäres Regime wie dieses kann nicht dulden, daß in seinem Machtgefüge ein Loch ist — nämlich Kurdistan. Nach jeder Großoffensive behaupten sie, die „Kurdenfrage" für immer gelöst zu haben. Sie vergessen allerdings, daß sie seit vier Jahren jedes Mal bereits das gleiche behauptet haben! Auch in bezug auf die vor einem Monat begonnene Offensive kam wieder die gleiche Propaganda.

F.: Auf welche inneren und äußeren Kräfte können sie sich stützen?

A.: Im Inneren mobilisieren sie sämtliche fanatisch-religiösen Kräfte. Die Verteufelung des Widerstands erstreckt sich nicht nur auf politische Gegner, sondern auch auf andere Religionen oder Konfessionen, wie die sunnitische. Wie bereits gesagt, koordinieren sie ihre bewaffneten Verbände gegen uns. Sie haben das ohnehin schon immer mit viel Militär „gesegnete" Kurdistan noch weiter militarisiert. In der Nähe unserer Städte befinden sich an den Straßen im Abstand von ein bis zwei Kilometern bewaffnete Posten, zum Teil in der Art fester Stützpunkte.

Der Staat konzentriert seine administrativen und finanziellen Möglichkeiten aus den nach wie vor hohen Erdöleinnahmen, um im Osten oder im Westen Waffen zu kaufen so beispielsweise in Nordkorea, der DDR oder der BRD. Auf dem Schwarzmarkt kommt er an US-Waffen heran. Die guten Kontakte zur Türkei sind für den Iran wegen der „Grenzsicherheit" wichtig, aber auch für die verstärkten wirtschaftlichen Beziehungen. Gute Beziehungen zum irakischen Markt wären für die iranische Zentralregierung durchaus wünschenswert. Es ist ihr peinlich, daß es sich zur Zeit nicht realisieren läßt, gemeinsam mit irakischen Truppen gegen iranische Kurden vorgehen zu können, um damit das Problem „endgültig" zu lösen.

F.: Selbst eine starke Kurdistan-Solidaritätsbewegung im Ausland kann sicher nicht verhindern, daß die iranische Führung irgendwo Waffen kauft. Allerdings sehe ich es als eine große Herausforderung für die hiesigen internationalistischen Gruppen und die Linke insgesamt an, daß besonders die BRD enge wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem Iran pflegt, sich sogar zum Vorbereiter einer Öffnung der EG in Richtung Iran macht. Der Fall Tabatabai ist beileibe kein Ausrutscher.

Kurdische Befreiungskämpfer

A.: Wir bedauern es sehr, daß die BRD-Regierung derart enge Beziehungen zum iranischen Regime pflegt. Wenn wir in Kurdistan hören, daß in Westeuropa über Sanktionen gegen die polnische Regierung wegen der Nichteinhaltung der Menschenrechte diskutiert wird – aber nicht über ähnliches in bezug auf den Iran – so finden wir das sehr merkwürdig. Um nicht mißverstanden zu werden, wir sind für die vollständige Einhaltung humanitärer Rechte, auch in Polen. Es ist aber eine unleugbare Tatsache, daß der Iran zu den Ländern der Welt gehört, die die Rechte ethnischer Gruppen (wie die Bahai, Juden und Christen) am brutalsten tagtäglich mit Füßen treten. Wie kann eine christliche Regierung dazu schweigen, wenn beispielsweise auch christliche Frauen zwangsweise „islamisch bekleidet" sein müssen?

(Anmerkung: Gemeint ist damit in der Regel der Tschador, ein den gesamten Körper bedeckender Schleier).

Herr Genscher besucht den Iran und übt praktisch keine Kritik an diesen menschenunwürdigen Zuständen.

F.: Daß Du Repräsentant von Scheich Ezzedin Hosseini bist, wird vielen Lesern/innen erst einmal nichts gesagt haben. Könntest Du etwas über seine politische Biographie erzählen?

A. Ezzedin Hosseini ist ein sunnitischer Geistlicher, der seit langem für die nationale Befreiung des kurdischen Volkes eintritt. Er ist eine freiheitsliebende und demokratische Persönlichkeit, die bereits während der Schah-Zeit illegale Beziehungen zu verschiedensten Menschen aus der kurdischen Nationalbewegung aufbaute. Seine Wohnung war ein Zentrum für Besucher, die Ansichten über den kurdischen Befreiungskampf austauschen wollten und Verfolgten halfen, sich dem Zugriff der Repressionsorgane des Schah-Regimes zu entziehen. Dadurch gewann er großes Ansehen.

Nach dem Februaraufstand 1979 wurde er im Bewußtsein vieler Kurden aus zwei Gründen zu einer Zentralfigur. Zum einen repräsentierte er den nationalen Widerstand, zum anderen war er als anerkannter sunnitischer Geistlicher ein Gegengewicht zum schiitischen Zentrum von Ghom, um das sich ein Großteil der führenden Khomeini-Anhänger gruppierte. Hosseini symbolisierte also den Wunsch nach nationaler und religiöser Identität. Darüber hinaus hat er in diesen Jahren radikale Positionen über wichtige gesellschaftliche und politische Fragen des gesamten Landes entwickelt und sie offen ausgesprochen. So hat er für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen votiert und sich gegen den Zwang zum Tragen des Tschadors ausgesprochen. Er entwickelte freundschaftliche Beziehungen zu Angehörigen der universitären Intelligenz und linken Organisationen.

Bereits 1979 warnte er öffentlich vor der Gefahr einer religiösen Despotie. Dies war nicht nur für die Kurden, sondern für alle Iraner/innen von größtem Interesse. Einige Zeitungen druckten damals sein Motto: „Eine Demokratie mit Anarchie und Unordnung ist besser als Despotie!" Bis heute ist Hosseini der Meinung, daß gerade in einem Staat mit verschiedenen Konfessionen und politischen Auffassungen religiöse und politische Toleranz lebensnotwendig ist.

Da er für die kurdischen Organisationen, wie die Demokratische Partei, Komeleh und die damals noch nicht gespaltene Volksfedayin und die gesamte Bevölkerung als Zentralfigur des Widerstands akzeptiert wurde, wurde er zum Sprecher der Verhandlungsdelegation,

die in einem 26-Punkte-Programm ihre Forderungen formulierte. Vor allem ging es um eine Autonomieregelung und ein Ende der militärischen Provokationen durch die Kräfte des Regimes.

F.: Wie konnte Scheich Hosseini weiterarbeiten, nach dem die neue Situation im April ihn zwang, sein Büro in Mahabad aufzugeben?

A.: Richtig, wir mußten das Büro aufs Land verlegen. Über zahlreiche Reden, die oft auf Kassetten aufgenommen wurden, wandte er sich über die Radiostationen der DPK und der Komeleh an das kurdische Volk.

Sein Ziel war, den Widerstand stabilisieren zu helfen, in dem er die Bevölkerung zu massiver Unterstützung der Peschmerga aufrief. In nationaler Hinsicht betonte er, daß das kurdische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung besitzt. In religiöser Hinsicht hob er hervor, daß die Teheraner Regierung nicht das Recht hat, sich auf den Islam zu berufen. Seine Ansprachen an nationalen Feiertagen schlossen meist damit, daß er zu Friedhofsbesuchen aufforderte, um sich dort ins Gedächtnis zu rufen, wofür die Märtyrer gefallen sind. Oder er forderte Händler auf, ihre Läden geschlossen zu halten. Die massenhafte Beteiligung an solchen Protestaktionen war ein Gradmesser für die Unzufriedenheit und den Widerstandswillen der Bevölkerung.

F.: Scheich Hosseini hat ein Büro, aber keinen Parteiapparat und keine eigenen Massenmedien. Was das Radio betrifft, ist er auf die DPK oder die Komeleh angewiesen. Wie kann er unter diesen Bedingungen seine Auffassungen verbreiten, wobei man noch eine Analphabetenrate von 70-90 % (bezogen auf die persische Schriftsprache) in Rechnung stellen muß? Kurdisch lesen und schreiben können noch weit weniger.

A.: Er selbst oder Vertreter seines Büros gehen mit einer Gruppe von Peschmerga Tag für Tag in die Dörfer. Dort wird in der Moschee oder in den Hütten der Bauern nach einer Absprache über die aktuelle Lage oder ein bestimmtes Problem freimütig diskutiert.

Eine wesentliche Funktion des Büros besteht darin, Konflikte zwischen den beiden wichtigsten Organisationen – der DPK und der Komeleh – zu mildern, abzudämpfen. Hosseini versucht in Streitfällen, Verhandlungen zwischen beiden anzubahnen oder auch zu vermitteln.

Wie ihr sicher wißt, leben wir in einer patriarchalischen Gesellschaft. Deshalb spielen weise Führer in der nationalen Bewegung nach wie vor eine große Rolle. Sie können deshalb tragische Konflikte verhindern helfen.

F.: Worin besteht Deiner Meinung nach die wichtigste Gemeinsamkeit, bzw. Unterschiede zwischen diesen Organsationen?

A.: Die Gemeinsamkeiten bestehen in ihrem Kampf gegen die „Islamische Republik Iran“ und ihrem Eintreten für die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes.

Die Unterschiede möchte ich damit verdeutlichen, wie sie sich wechselseitig sehen. Komeleh betrachtet die DPK als eine Partei der traditionellen Bourgeosie und faßt die Konflikte mit der DPK als Widersprüche zwischen Bourgeosie und Proletariat auf.

Komeleh betrachtet sich als Vertreter der Arbeiter und Werktätigen in Kurdistan.

Die DPK dagegen betrachtet die Komeleh als eine Gruppe von Extremisten ohne Verantwortung oder auch als Anarchisten. Sich selbst sieht die DPK als eine patriotische, die Verantwortung für das gesamte kurdische Volk empfindende und wahrnehmende Organisation, während Komeleh mit seinem abenteuerlichen Verhalten Schwierigkeiten für das kurdische Volk heraufbeschwört.

F.: Die kurdische Gesellschaft ist insgesamt patriarchalisch – sie weist aber nicht nur in Hinblick darauf erhebliche regionale Unterschiede auf. Eine deutliche Gegenüberstellung nach dem Schema hier Großgrundbesitzerklasse, dort Bauernklasse ist zum Beispiel dort nicht möglich, wo starke Stammesbeziehungen fortleben. Inwieweit spiegeln sich die regionalen, sozioökonomischen und traditionellen Unterschiede im unterschiedlichen Einfluß der beiden Organisationen wider?

A.: Würde man eine „politische Landte“ zeichnen, so wäre im großen und ganzen – exakt geht das natürlich nicht – der Einfluß der DPK im Gebiet mit langen nationalen Widerstandstraditionen besonders dick zu malen. Dies betrifft die Region Mahabad und Bukan – Stadt und Land – in der 1946 die erste und bisher einzige kurdische Republik existierte. In den anderen südlichen Regionen – dort vor allem unter den Oberschülern und Intellektuellen – ist die Komeleh erheblich stärker.

F.: Die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete am 28.7.1984, daß die sogenannten islamischen Streitkräfte „220 irakische Soldaten und antirevolutionäre Rebellen“ getötet habe. Warum diese Unterscheidung?

A.: Mit den „antirevolutionären Rebellen“ sind in diesem Fall Kurden aus dem Irak gemeint, die der „patriotischen Union Kurdistans“ (PUK) angehören. Die PUK kämpft seit 1976 gegen das irakische Regime und trägt von allen dortigen Organisatonen die Hauptlast. Seit die „Islamische Republik“ nicht nur die Söhne von Barzani im Kampf gegen die oppositionellen iranischen Kurden unterstützt, sondern auch Teile von Kurdistan/Irak besetzte, ist für die PUK eine neue bedrohliche Situation entstanden. Sie will iranische Truppen nicht auf kurdisches Gebiet lassen, hat aber irakische Truppen im Rücken.



In dieser Situation hatte die unter starken militärischen Druck geratene irakische Regierung Verhandlungen über einen Waffenstillstand und ein erweitertes Autonomiestatut für die Kurden im Irak angeboten. Es gibt zahlreiche Mutmassungen darüber, was der Vertragstext beinhaltet und ob er unterzeichnet wurde. Ich rechne damit, daß er in den nächsten Tagen offiziell veröffentlicht wird.

F.: Wie kannst Du Dir ein Ende des „ersten“ und des „zweiten“ Krieges vorstellen?

A.: Das ist überhaupt die schwierigste Frage. Der „offizielle“ Krieg gegen den Irak wird solange nicht beendet, wie Khomeini lebt.

Der unerklärte Krieg gegen das kurdische Volk wird solange fortdauern, wie iranische Truppen die Kraft für militärische Initiativen haben. Erst wenn der Widerstand in Kurdistan und anderen Teilen des Iran stark zugenommen hat und das Regime deutlich schwächer wird, könnte es zu Verhandlungen kommen.

Flüchtlinge

Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko – wieder auf der Flucht

Wie Honduras im Fall der salvadorianischen Flüchtlinge, so hat sich nun auch Mexiko zur Umsiedlung seiner Flüchtlinge aus der Grenzregion in den Nachbarstaat entschlossen. Die scheinbare Gemeinsamkeit beider Maßnahmen darf jedoch nicht den Blick verstellen für den bedeutenden Unterschied: Was in Honduras ganz offen zur Schaffung einer Kollaboration zwischen den Regierungstruppen von El Salvador und Honduras führen soll, um die salvadorianische Guerilla zwischen beiden Fronten zu zerreiben, das soll in Mexiko erklärtermaßen dazu dienen, das Land nicht weiter in den Strudel der zentralamerikanischen Ereignisse hineingeraten zu lassen. Gerade in der Entscheidung zur Umsiedlung wird jedoch deutlich, daß Mexiko schon weiter in den Konflikt verwickelt ist, als es die offiziellen Stellungnahmen wahrhaben wollen: zu offensichtlich geht die Maßnahme auf den Druck Washingtons und Guatemalas zurück, die in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen haben, Mexiko entweder für eine Repatriierung oder aber für eine Verlagerung der guatemaltekischen Flüchtlinge zu gewinnen.

Am 30. April diesen Jahres gab die mexikanische Flüchtlingsbehörde COMAR öffentlich bekannt, sie habe in Absprache mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, Acnur und dem guatemaltekischen Roten Kreuz die Verlagerung der guatemaltekischen Flüchtlinge in den Nachbarstaat beschlossen. Noch in der selben Nacht überfielen ca. 200 guatemaltekische Soldaten das grenznahe Flüchtlingslager „El Chupadero". Sechs Flüchtlinge wurden getötet, darunter eine hochschwangere Frau und ein zuvor grausam verstümmelter Junge. Eine unbestimmte Anzahl Lagerinsassen wurden nach Guatemala verschleppt und vermutlich umgebracht.

Mit solchen Überfällen hat die guatemaltekische Regierung in den letzten drei Jahren immer wieder versucht, die mexikanische Regierung in einen Grenzkonflikt hineinzuziehen und damit die Vermittlerposition Mexikos in der Contadora-Gruppe in Frage zu stellen. Die mexikanische Regierung scheint einem Grenzkonflikt mit Guatemala auf jeden Fall ausweichen zu wollen. Die mexikanischen Grenzkontrollen und die militärische Präsenz in der Provinz wurden zwar ständig verstärkt, aber bei keinem der Überfälle der guatemaltekischen Truppen auf mexikanisches Territorium sind die Mexikaner eingeschritten, um das Leben der Flüchtlinge, z. T. auch der mexikanischen Bauern zu verteidigen. Die Grenzbeamten und die Polizei wurden eher gegen die Flüchtlinge und gegen die mexikanischen Bauern eingesetzt.

Der mexikanische Innenminister sagte, er schätze die guatemaltekischen Flüchtlinge als größeres Sicherheitsrisiko ein, als die Übergriffe der guatemaltekischen Armee.

Nur so ist zu verstehen, daß die guatemaltekischen Flüchtlinge jetzt 500 km weit ins Landesinnere, in den Nachbarstaat Campeche umgesiedelt werden sollen. Dort sind sie in einer ungesunden, sumpfigen Gegend als Arbeitskräfte auf Vieh- und Zuckerrohrplantagen willkommen. Wurden die Flüchtlinge bislang, wenn auch nicht offiziell, so doch de facto mit der Einrichtung einer Flüchtlingsbehörde als politisch Verfolgte eingestuft, so werden sie nun zu Personen, die irgendwo im Land „ein besseres Leben suchen" und nichts anderes als Wirtschaftsemigranten sind.

Aus 28 Flüchtlingslagern haben die Flüchtlinge Briefe geschickt an den mexikanischen Präsidenten, an COMAR und an ACNUR mit der dringenden Bitte, die Umsiedlung nicht in der Form durchzuführen. Sie haben sich, aus Sicherheitsgründen, zu einer Verlagerung weg aus der unmittelbaren Grenznähe, jedoch in der selben Gegend, innerhalb von Chiapas bereit erklärt. Dort haben sie nicht nur die brüderliche Hilfe der mexikanischen Bauern erfahren, sondern können durch die sprachliche und kulturelle Verwandtschaft zu den dortigen indianischen Bauern ihre Geschichte und ihre Traditionen bewahren — immer in der Hoffnung auf eine Rückkehr in ihr Heimatland, sobald die politischen Verhältnisse es erlauben.

Die katholische Diözese von Chiapas und mit ihr viele andere christliche, politische und gesellschaftliche mexikanische Gruppen haben sich dem Protest der Flüchtlinge angeschlossen. Sie sehen bei einer Verlagerung keine Möglichkeit mehr, die Flüchtlinge weiterhin zu unterstützen; auch die Strukturen der Selbsthilfe in den Lagern wären zerstört. Die Flüchtlinge, die zu einer Besichtigung des geplanten Umsiedelungsortes im Tal von Edzna in Campeche aufgefordert worden waren, erklärten gemeinsam mit Flüchtlingshilfeorganisationen und Einzelpersonen, dies sei kein Ort,





der Nichtauslieferung festzuhalten, wie es in Mexiko bisher Tradition war. Wir bieten Ihnen unsere Unterstützung an."
Wenn man weiß, mit welcher Zurückhaltung und Konformität ACNUR sich in Mexiko bisher verhalten hat, kann man einschätzen, wie groß die Gefahr einer Massendeportation ist.

Es wird befürchtet, daß aus weiteren Lagern die Flüchtlinge in den Urwald und damit in die vollständige Schutzlosigkeit fliehen werden, seit Einheiten des mexikanischen Militärs, der nationalen und der regionalen Sicherheitskräfte einige Lager umstellt haben, was Angst und Unruhe unter den Flüchtlingen ausgelöst hat. Die sozialistische Partei Mexikos und das mexikanische indianistische Institut (INI) forderten den sofortigen Abzug von Militär- und Polizeieinheiten. Das INI befürchtet überdies, daß durch Verwechslung auch die nahegelegenen mexikanischen Gemeinden der Tojolabal-Indianer von den Aktionen der Sicherheitskräfte betroffen sein werden. Zur gleichen Zeit betont COMAR, sie werde die Überzeugungsarbeit für eine Verlagerung nach Campeche fortsetzen.

Vieles deutet daraufhin, daß Mexiko eine gewaltsame Verlagerung der Flüchtlinge anstrebt; diskutiert wurde diese Möglichkeit in Regierungskreisen bereits.
Die einzige Möglichkeit, diese militärische Lösung des Flüchtlingsproblems in Mexiko zu verhindern, ist der Druck der Weltöffentlichkeit. Die Chancen stehen nicht allzu schlecht: Anders als Honduras hat Mexiko durchaus noch seinen internationalen Ruf zu verlieren.

■

der menschenwürdiges Leben erlaube. Bischof Ruiz von der Diözese Chiapas schilderte die Situation eines typischen Lagers, in dem von 1000 Flüchtlingen 800 Frauen und Kinder sind. Er entkräftete damit das Argument, die Flüchtlinge seien ein Sicherheitsrisiko und die Lager seien Rückzugsgebiet für die Guerilla, was von guatemaltekischer Seite oft behauptet wird. Zum anderen äußerte er die Befürchtung, daß ein großer Teil der ohnehin geschwächten Flüchtlinge diese Umsiedelung gesundheitlich nicht überstehe. Sie werden auch in Campeche noch auf Hilfe angewiesen sein, die sie dort nicht vorfinden werden und die auch nicht vorgesehen ist.

So sind denn auch diejenigen Mitglieder der mexikanischen Flüchtlingsbehörde, die direkt in den Lagern arbeiten gemeinsam zurückgetreten, weil sie die Umsiedelung nach Campeche für unverantwortlich halten und nicht daran beteiligt sein wollten.

Trotzdem wurde mit der Verlagerung bereits begonnen. Am 6. Juni verließen alle 3000 Flüchtlinge aus dem Lager „Las Delicias, kurz zuvor vertrieben aus „El Chupadero", das neue Lager und zerstreuten sich in unbekannter Richtung in den Regenwäldern. Es ist der verzweifelte Versuch, einen Ausweg zu finden zwischen der Verlagerung nach Campeche und der Rückkehr nach Guatemala und damit in den sicheren Tod.

ACNUR, das Flüchtlingshochkommissariat schrieb sofort einen Brief an die mexikanische Flüchtlingsbehörde: „Die Tatsache, daß die Flüchtlinge sich nicht mehr an den gewohnten, kontrollierten Orten aufhalten, kann bedeuten, daß ihre persönliche Sicherheit bedroht ist, indem sie irrtümlich mit illegalen Einwanderern verwechselt und an Guatemala ausgeliefert werden. In diesem Sinne wenden wir uns an Sie mit der Bitte, entsprechende Vorkehrungen zu treffen und an dem Prinzip

Nachtrag:

Entnommen dem Bericht von H. W., Mexico, der sich bezieht auf eine Pressemeldung der Diözese Chiapas vom 11. Juli 84

Die Lage in Chiapas spitzt sich immer mehr zu. Die Umsiedlung der guatemaltekischen Flüchtlinge wird mit Militärgewalt erzwungen. COMAR, die Armee und Migracion (Grenzpolizei) beherrschen das Feld, niemand sonst hat Zutritt zu den Lagern, auch nicht die Kirche, keine Journalisten. Eines der größten Lager in der Selva Lacandona „Puerto Rico" wurde dem Erdboden gleich gemacht. Die guatemaltekischen Flüchtlinge sind zum großen Teil in den Urwald geflohen. Flüchtlinge, die sich der Umsiedlung wiedersetzen, werden von Nahrungsmittellieferungen ausgeschlossen. Um eines der Lager wurde von der Armee ein Feuerring gelegt, um die Flüchtlinge an der Flucht zu hindern. 5000 Flüchtlinge befinden sich in akuter Lebensgefahr.

Schule und Dritte Welt

Hinduismus als indische Lebensweise

Misereor '84 — Materialien zur Fastenaktion

Im Mittelpunkt der katholischen Fastenaktion dieses und des nächsten Jahres steht Indien, ein Subkontinent, in dem über 700 Millionen Menschen leben — mehr als im gesamten Afrika oder in Lateinamerika. Das Hilfswerk Misereor, das über 14 % seiner Mittel an Partnerorganisationen in Indien vergibt, hat zu diesem Zweck zahlreiche Materialien herausgegeben, von Plakaten, Fastenkalendern bis zu didaktischen Hilfen und Informationsheften, die in der „Werkmappe Misereor '84, Teil I-VII," zusammengefaßt sind. Teil V dieser Werkmappe „Arbeitsheft Indien" konzentriert sich dabei auf die Vermittlung von grundlegenden, landeskundlichen Informationen, die dann im Religionsunterricht, in der Gemeindearbeit etc. weitervermittelt werden sollen. Der Schwerpunkt dieser Rezension liegt auf diesem Arbeitsheft, da es als Informationsbasis dient.

Das Arbeitsheft Indien hat einen Umfang von 111 Seiten. Es versucht in insgesamt sieben Kapiteln, Indien in seiner Vielschichtigkeit dem europäischen Leser näherzubringen, ihn zum Nachdenken anzuregen und Vorurteile abzubauen. Dabei wird kein Anspruch auf umfassende Darstellung der indischen Realität erhoben. Die Redaktionsgruppe ist sich des ausschnitthaften Charakters dieses Arbeitsheftes bewußt (s. Einleitung). Als thematische Schwerpunkte werden genannt: Die Unberührbaren (Harijans), die Ureinwohner (Adivasis), die Fischer, die Kleinbauern, die Landarbeiter, die Slumbewohner, Frauen und Kinder — alles Menschen, die zu den Ärmsten der Armen in Indien gehören. Die Themen sind mit vielen Bildern und Grafiken versehen, um so das Ungewohnte dem Leser zu verdeutlichen. Die Texte sind in der Regel Ausschnitte aus verschiedenen Publikationen.

Angesichts der Tatsache, daß 50 % der indischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum leben müssen, ist diese thematische Auswahl sicher legitim, zumal in Europa gerade über diesen Teil der Bevölkerung wesentlich weniger bekannt ist als über Fragen der indischen Philosophie, Literatur und Geschichte. Es stellt sich hier die Frage, ob die inhaltlichen Aussagen über das Leben der Armen der Realität gerecht werden.

Zweifelsohne wäre es verfehlt, eine solche Werkmappe mit wissenschaftlicher Spitzfindigkeit abzusuchen, um festzustellen, an welchen Stellen Ungenauigkeiten oder gar Fehler auftreten. Vielmehr geht es um den Gesamteindruck, den diese Mappe dem interessierten Laien vermittelt, um die Art der Auswahl, der Gewichtung der Themen und die Qualität der Texte.

Das Arbeitsheft zeichnet sich durch viele Positiva aus: Die ökologische Frage wird ebenso behandelt wie das leidige Thema der sog. Heiligen Kuh, die Situation der Frauen und Kinder, der Herren und Knechte auf dem Lande ebenso wie die Grüne Revolution, das Kastenwesen und die dörfliche Gemeinschaft etc., etc ... Auch die geschichtliche Dimension der heutigen Situation wird in längeren Ausführungen über den Kolonialismus dargelegt. Der interessierte Leser erhält hier in der Tat ein realitätsnahes Bild von Indien, besonders von der Lebenssituation der Armen, an der wir Europäer maßgebliche Schuld tragen. Sehr erhellend sind auch die Passagen des indischen Schriftstellers Nirmal Varma über die Fragwürdigkeit des europäischen Entwicklungskonzeptes in Indien, ein Konzept, das von der hiesigen und indischen Entwicklungsbürokratie unisono vorgetragen wird (S. 108/109).

Es ist auffallend, daß gerne aus kirchlichen Quellen und anderer Literatur zu religiösen Fragen zitiert wird. Der Aktivität der katholischen Kirche in Indien sind mehrere, mitunter auch kritische Seiten gewidmet. Dies ist jedoch in einem Arbeitsheft, das von der Kirche herausgegeben wird, nicht verwunderlich und braucht sich nicht zwangsläufig negativ auf den Inhalt auszuwirken.

Im Gegenteil: die Beiträge über die indische Kastenordnung z. B. zeichnen sich sogar durch eine stark sozialwissenschaftliche Orientierung aus. Sie betonen den Klassencharakter der Kastenhierarchie (S. 67/68, 23-25) und verzichten gänzlich auf die gängige idealistische Erklärung mittels



der hinduistischen Wiedergeburtslehre und der Karma-Dharma-Kausalität: gute Taten führen zu einem guten, schlechte Taten zu einem schlechten künftigen Leben. Sehr anschaulich ist auch die Schilderung des Heiratsverhaltens, das heutzutage als das noch weitgehend alleingültige Definitionsmerkmal von Kaste angesehen werden darf (S. 24).

Im Gegensatz zu diesen eindrücklichen Berichten über die Lebenssituation der Armen stehen die Passagen über den Hinduismus. Obwohl die Herausgeber bemüht waren, auch die alltäglichen Formen der indischen Religion aufzuzeigen, dominiert doch der rein religionswissenschaftliche Ansatz bei der Darstellung der „geistesgeschichtlichen Quellen und Hintergründe des Hinduismus" (S. 31 ff). Zudem werden als häufigste Quellen Texte des hinduistischen Modernismus aufgeführt, der — ein relativ junges Phänomen — sich seit dem letzten Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit westlichem Gedankengut herausgebildet hat. Dieser religionswissenschaftliche Ansatz bringt es mit sich, daß das irreführende Klischee auftaucht, der Inder habe „von Anbeginn seiner Geschichte Gott gesucht und Gott gefunden" (S. 30).

Eine rein religionswissenschaftliche Darstellung kann jedoch dem Hinduismus, wie er in Indien gelebt wird, nicht gerecht werden. Hinduismus als Religion im europäischen Sinne aufzufassen, führt stets in die falsche Richtung. Denn der Hinduismus ist vornehmlich *dharma,* Sittengesetz des Alltagslebens, das eine moralisch einwandfreie Lebensführung ermöglichen soll. Wesentlich ist somit das richtige Verhalten, das rechte Handeln im alltäglichen Leben: *karma.* Unwesentlich hingegen ist ein dogmatisch fixiertes, für alle Zeiten und Menschen gültiges Glaubensbekenntnis, das konsequenterweise im Hinduismus auch gar nicht existiert. Hindu kann man daher auch nicht werden, indem man sich zu einem Glauben bekennt, Hindu **ist** man allein dadurch, daß man in Indien als Inder (Hindu) geboren wird und in Indien als Inder (Hindu) lebt. Hinduismus ist somit die indische Lebensweise in all ihrer Vielfalt. Hinduismus ist gelebter Alltag, nicht zelebrierter Sonntag: Profan und Sakral fallen hier in eins.

Um diese spezifische indische Lebensweise analytisch fassen zu können, bedarf es eines religionssoziologischen Ansatzes, der in dem Arbeitsheft Indien leider nur gelegentlich durchschimmert. (Es sei vermerkt, daß der Autor des 3. Teils des Heftes VI, S. 46, — das Problem intuitiv erfassend — den Hinduismus als Lebensform bezeichnet.). Die Beschränktheit des rein religionswissenschaftlichen Ansatzes offenbart sich auf den Seiten 32 und 33, die nebeneinander stehen und nicht integriert werden können: Auf der einen Seite wird das schillernde, hinduistische Götterpantheon dargestellt, auf der anderen eine sehr christlich angehauchte, aus der Feder

Hinduistische Gottheiten

eines Jesuiten stammende Interpretation des dreifachen Gottesbildes und der drei entsprechenden Heilswege in der Hinduschrift *Bhagavadgītā* vorgelegt, Die *Bhagavadgītā* wird als „die Quelle mit dem größten Einfluß auf die Inder" (S. 31) dargestellt — eine etwas zweifelhafte Klassifikation angesichts der sehr lebendigen Tradition der volkstümlichen, historisch-religiösen Erzählungen, wie sie uns z. B. in den *Puranas* gegenübertreten. Gerade die einfache Bevölkerung dürfte diesen plastischen Götterlegenden mehr Gehör schenken als anderen Schriften.

Die antropomorphen Vorstellungen von Göttern und das dazugehörige aufwendige Zeremoniell in den Tempeln, in dem die Götter wie Menschen behandelt werden, herrschen im alltäglichen Hinduismus gegenüber der abstrakten philosophischen Spekulation, die nur wenigen Gebildeten vorbehalten ist, stets vor. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die *Bhagavadgītā* nur deshalb so stark in den Mittelpunkt gerückt wurde, weil die dort entwickelte Idee des allmächtigen und gnädigen Gottes so sehr der christlichen gleicht.

Die Herausgeber des Arbeitsheftes und die Autoren der Texte sind hier Opfer einer besonderen Tradition der deutschen Indologie geworden, die sich — aus der Romantik herrührend — schon immer mit größter Vorliebe den feinsinnigen Spekulationen der indischen Religionsphilosophie und Problemen der Philologie gewidmet und dabei die alltäglichen Formen der indischen Volksreligion fast gänzlich vergessen hat. Diese Tradition hat auch dazu geführt, daß wir zwar über die brahmanische Orthodoxie recht viel, über die Glaubensinhalte des Volkes und die Vermittlung beider nur Spärliches wissen. Die Gleichsetzung von Orthodoxie, Massenreligiosität und Verhaltensnormen muß zu einem religiös durchtränkten Indienbild führen, das an der Realität des täglichen Lebens in Indien vorbeigeht. Nur einer exklusiven Schar Asketen, Weisen und Gelehrten war und ist es vorbehalten, rigoros nach Erlösung zu streben. Die große Masse der anderen hat hingegen immer „hier und jetzt" gehandelt, um mindestens das tägliche Auskommen zu sichern. „Was ich mir in meinem Leben wüsche ist, daß ich genug zu essen habe, sonst nichts" (S. 107). In diesem Wunsch Gopol Naikers, eines landlosen Arbeiters, spiegeln sich die Wünsche vieler Millionen Inder wider, die wie Gopol ein hartes Dasein am Rande der Existenz fristen müssen.

Diese Kritik, die sich allein auf 7 von insgesamt 111 Seiten bezieht, ergibt sich zwangsläufig aus dem selbstgestellten Anspruch der Herausgeber, die Lebenssituation der Armen, d. h. der Mehrheit der Inder, darzustellen. Sie soll nicht den sehr positiven Gesamteindruck dieses Arbeitsheftes trüben, sondern lediglich auf das schwierige Unterfangen aufmerksam machen, interessierten Personen das für Europäer so schwierige, weil so andersartige, so vielfältige Phänomen des **Hinduismus als indische Lebensweise** und nicht als Religion im europäischen Sinne näherzubringen.

Dieses Arbeitsheft kann mit Nachdruck weiterempfohlen werden. Es wird schwer sein, Materialien gleicher Qualität von anderer Seite zu erhalten. Das gleiche gilt auch für das Länderheft Indien, in dem die religionswissenschaftlichen Ausführungen über den Hinduismus fehlen, dafür aber ca. ein Viertel des Heftumfangs von 44 Seiten der kirchlichen Entwicklungsarbeit in Indien gewidmet ist.

Clemens Jürgenmeyer



Am Ganges

Indien im Religionsunterricht

Aufgabe dieser Werkmappe ist es, Unterrichtsmaterial zu Indien bereitzustellen. Keineswegs sind die vorliegenden Materialien nur im Religionsunterricht zu verwenden, die Unterrichtseinheiten können — teilweise muß der Lehrer die Schwerpunkte etwas anders setzen — auch in den Fächern Sachkunde, Gemeinschaftskunde, Geschichte, Englisch und Geographie eingesetzt werden. Die Unterrichtseinheit für die Primarstufe soll es den Kindern ermöglichen, das Leben des indischen Jungen Muniyandi mitzuerleben. Mit Hilfe von Erzählungen, einer Bildgeschichte, Kochrezepten, einer Anweisung zum Saribinden etc. werden die Kinder mit dem Alltagsleben dieses Jungen vertraut gemacht. Auch die Probleme im Leben der Familie dieses Jungen (z. B. Schuldknechtschaft) und die Hintergründe dafür werden auf eine der Altersstufe entsprechenden Weise vermittelt. Die Unterrichtseinheit für die Klassen 5-8 hat den Titel „Heilige Kühe schlachten" und geht auf hier in der Bundesrepublik bestehende Vorurteile gegenüber Indien ein. Für die Klassen 9 und 10 ist die kirchliche Entwicklungsarbeit thematisiert worden: „Lehre sie fischen". Hier soll gezeigt werden, daß menschenwürdiges Leben nur möglich ist, wenn gerechte soziale und politische Strukturen geschaffen werden. Die fünf Unterrichtsskizzen für die Oberstufe geben didaktische Anregungen zu folgenden Themen: Geschichte Indiens, Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Alltag einer Familie auf dem Land, das Kastensystem, Dialog zwischen Hinduismus und Christentum, der Umgang des Menschen mit der Schöpfung. Die zur Durchführung der Unterrichtseinheiten für die Oberstufe nötigen Materialien sind meist dem oben besprochenen Arbeitsheft Indien entnommen.

Alle Unterrichtseinheiten enthalten kreative und wertvolle didaktische Anregungen und oft auch Materialien, die über diejenigen des Arbeitsheftes hinausgehen, z. B. Karikaturen, Tafelanschriebe, Zeichnungen, Erfahrungsberichte, Rollenspielvorlagen etc. Für meinen Geschmack ist bei der didaktischen Aufbereitung der ausgewählten Themen an einigen Stellen übertrieben worden, hier ist die Unterrichtsgestaltung exakt durchgeplant und mit engmaschigen didaktischen Anweisungen wie in einem Lehrerseminar versehen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß der Lehrer sich sehr starr an dieses Konzept hält, die Ideen konsumiert und den Unterricht nicht mehr den Erfordernissen seiner Unterrichtssituation anpaßt. Das starre vorgegebene Schema entwertet an einigen Stellen die eigentlich sehr hilfreichen, konkreten und praktischen Vorschläge. In zwei der Unterrichtsskizzen für die Oberstufe ist es schwer, vor lauter Anregungen und hingeworfenen Schlagworten überhaupt den roten Faden zu erkennen. Bemerkenswert ist, wie auch brisante Themen gut aufgegriffen werden: Vorurteile bei uns („heilige Kühe"), Problematik der Entwicklungshilfe.

Insgesamt müßte man diskutieren, ob das Motto der für dieses und das nächste Jahr geplanten MISEREOR-Aktion „Unser Verzicht — Leben für viele", das in einigen der Einheiten zum tragen kommt, so bestehen kann oder ob nicht die politischen Veränderungen, die in den Industrieländern nötig sind, um die Entwicklung in der Dritten Welt nicht weiter zu behindern, zu stark individualisiert werden. Aber auch, wer diesem Motto kritisch gegenübersteht, kann sich durch eine Auswahl nach seinen Interessen dieser vielfältigen Materialsammlung bedienen.

hiwe

Misereor '84 — Materialien zur Fastenaktion

Werkmappe Misereor 1984, Teil 5: Arbeitsheft Indien; Teil 6: Indien im Religionsunterricht; Länderheft Indien. (Bestellungen bei: Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V., Referat Bildung, Mozartstr. 9, 5100 Aachen).

Rezensionen

Helgard Patemann: Lernbuch Namibia. Deutsche Kolonie 1884-1915. — Wuppertal: Peter-Hammer-Verlag, 1984
Helga und Ludwig Helbig: Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen. — Weinheim: Beltz-Verlag, 1983

1984 ist das Jahr der hundertsten Wiederkehr der Berliner Afrika-Konferenz von 1884, wo auf dem Höhepunkt des europäischen Imperialismus der afrikanische Kontinent unter den europäischen Groß- und Mittelmächten aufgeteilt und die Grenzen der Kolonialstaaten festgelegt wurden, mit denen sich die afrikanischen Völker, trotz ihrer ethnischen Unsinnigkeit, bis heute abfinden müssen. Im Schatten des Jahrestages erinnert man sich dann auch an die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika, das heutige Namibia, mit der erfreulichen Folge, daß damit auch Hintergrundinformationen über dieses Land verbreitet werden, die man sich bislang in Spezialveröffentlichungen mühsam zusammensuchen mußte.

Zwei jüngst erschienene Darstellungen der historischen Entwicklung Namibias von der vorkolonialen Zeit bis heute möchte ich in dieser Buchbesprechung vorstellen, die sich um ein Geschichtsbild Namibias aus der Sicht der im Kolonialismus unterworfenen einheimischen Bevölkerung bemühen.

Eine ungewöhnliche Vorgeschichte hat das von einer Projektgruppe der Universität Bremen in Zusammenarbeit mit dem UNO-Institut für Namibia in Lusaka/Sambia erstellt „Lernbuch Namibia" aus dem Wuppertaler Peter Hammer-Verlag. Im Rahmen der Projekthilfe, die das Kinderhilfswerk „Terre des hommes" für die Flüchtlingslager der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO in Angola und Sambia leistet, war auch die Herausgabe eines Schulbuches zum Einsatz in den SWAPO Exilschulen geplant — um so den kolonialistischen und rassistischen Tendenzen in den offiziellen Schulbüchern des südafrikanisch verwalteten Namibia entgegentreten zu können. Im Verlauf der Arbeit am Projekt wurde den deutschen Mitgliedern der Projektgruppe klar, daß Namibia als das ehemalige Deutsch-Südwestafrika ja auch ein Bestandteil der deutschen Geschichte ist, der in den Schulbüchern der Bundesrepublik weithin ebenfalls in kolonialistischer Verzerrung abgehandelt wird. Die Projektgruppe zog daraus die Schlußfolgerung, daß eine beiderseitige Entkolonisierung nottäte und wandelte den Projektauftrag in ein beiderseitig zu verwendendes Lehrbuch um, zum Einsatz sowohl in den Schulen Namibias als auch der Bundesrepublik.

Es ist ein ansprechend ausgestatteter Band geworden, in dem der Text mit zahlreichen historischen Fotos, zeitgenössischen Briefen, Romanauszügen, Zeitungsartikeln und anderen Quellenmaterialien veranschaulicht wird. Der Schulbuchcharakter ist allerdings unverkennbar (Arbeitsaufgaben für die Schüler nach jedem Kapitel usw.) und, wie sich ja auch schon unmißverständlich im Titel ausdrückt, intendiert. Da andererseits aber das Buch meines Wissens nicht als offizielles Schulbuch zugelassen ist und auch nicht wird (schon wegen seines zu speziellen Themenbereichs), mindert dieser ausgesprochene Schulbuchcharakter trotz der sonst ansprechenden Ausstattung u. U. seine Aufnahme als Jugendsachbuch. In jedem Fall gibt der Band aber eine ausgezeichnete Grundlage für die Unterrichtsvorbereitung der Lehrer ab und sollte in den Schulbibliotheken zur Verfügung stehen.

Behandelt werden im einzelnen folgende Epochen und Ereignisse der namibischen Geschichte:

- Erster Bericht eines deutschen Forschungsreisenden des 19. Jahrhunderts über die Lebensweise der Namas
- Erstes Eindringen von Europäern in das Territorium des heutigen Namibias
- Erste stammesübergreifende Zusammenschlüsse der Völker auf dem Gebiet Namibias (Jonker Afrikaaner)
- Kolonisierung Südwestafrikas durch das Deutsche Reich und Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Erwerb von Kolonien
- Die großen Aufstände gegen die deutsche Kolonialherrschaft
- Die südafrikanische Mandatsverwaltung nach dem ersten Weltkrieg (Homelandpolitik, Kontraktarbeit)
- Weiterleben des Kolonialgedankens in Deutschland nach dem Verlust der Kolonien
- Mandatspolitik der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg und die Politik der Westmächte gegenüber Namibia
- Entstehung und politische Position der SWAPO
- Der Befreiungskrieg — Namibianer im Exil

Weitgehend die gleichen Themenbereiche behandelt auch der Reisebericht von Helga und Ludwig Helbig (Mythos Deutsch-Südwest, Beltz-Verlag) — von kleineren Unterschieden in der Akzentsetzung abgesehen, wie z. B. daß gegenüber dem „Lernbuch Namibia" ausführlicher auch auf die Entstehung und Politik der DTA (Demokratische Turnhallenallianz) eingegangen wird. Beide Verfasser waren von 1960-1962 im Auslandsschuldienst an der deutschen Schule in Lüderitzbucht tätig und sind seitdem noch mehrmals auf Reisen nach Namibia zurückgekehrt. Eindringlich vermittelt sich in ihrer Schilderung die Betroffenheit, die sie gegenüber dem Rassismus als Staatsdoktrin empfinden, wie er in Namibia noch seit den Tagen der deutschen Kolonialherrschaft lebendig ist und unter der südafrikanischen Schutzmacht noch weiter ausgebaut wurde. Dem wollen sie, wie ja auch vom „Lernbuch Namibia" intendiert, eine Geschichtsschreibung aus der Sicht der einheimischen Bevölkerung entgegensetzen. Fesselnd an diesem Bericht ist, wie die Autoren immer wieder die Vergangenheit aus der Gegenwart des heutigen Namibia lebendig wer-



den lassen, wie sie den historischen Ablauf der Ereignisse anhand der heute noch vorfindlichen Geschichtszeugnisse oder auch anhand der jeweils unterschiedlichen Traditionspflege in den verschiedenen namibischen Bevölkerungsgruppen vermitteln. Leider wurde dieses Konzept des Vergangenheits-Gegenwarts-Bezugs, der weitgehend den Reiz dieses kombinierten Reise- und Geschichtsberichtes ausmacht, in der zweiten Hälfte des Buchs etwas zugunsten einer konventionellen Geschichtsdarstellung verlassen — es wäre beispielsweise denkbar gewesen, daß die Autoren noch etwas konkreter die Tätigkeit der Interessengemeinschaft deutscher Südwester geschildert hätten und im Kontrast dazu die Tätigkeiten der SWAPO (wie es ansatzweise bei der Beschreibung des Besuchs auf der historischen Missionsstation Gibeon geschehen ist) und daß sie noch stärker Szenen aus dem Alltag im heutigen Namibia in ihren Reisebericht eingebaut hätten. Hervorragend gelungen finde ich die aus den alten Briefen und anderen Geschichtsdokumenten herauskristallisierten Porträts der historischen Führer der Afrikaner gegen die deutsche Kolonialherrschaft, von denen hierzulande allenfalls Hendrik Witbooi dem Namen nach bekannt ist.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß sich beide Darstellungen nicht als wissenschaftliche Abhandlungen verstehen, sondern als populär — wissenschaftliche Darstellung (und Richtigstellung gegenüber kolonialistischer Verzerrung) eines lange verdrängten Kapitels deutscher Geschichte. Ein Vorhaben, das man in beiden Fällen als gelungen bezeichnen muß.

Dietlinde Haug

Von Pionieren, abenteuerlichen Forschern und sonstigen deutschen Elementen

Wer beim Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart um Literatur über Brasilien nachfragt, dem wird in der Zusammenstellung ein Name gleich mehrfach ins Haus geliefert: Karl Ilg.

Als renommierter Wissenschaftler, Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, Inhaber vieler Auszeichnungen und Ehrungen hat er sich vor allem in der Erforschung der Walser in Vorarlberg hervorgetan und war „besonders fruchtbar in der Hausforschung". „Seine Arbeiten findet man ebenso in der Brauchtumforschung und in der religiösen Volkskunde wie in der soziologischen Richtung. Karl Ilg ist als Universal-Volkskundler zu bezeichnen."

Hätte er seine Universalität auf seine österreichische Heimat und die deutschen Kernlande beschränkt, hätte er seiner Wissenschaft durch mehr Tiefgang unvergleichlich mehr Dienste leisten können. So aber „griff er ab 1964 auch nach Übersee aus und unterzog die deutschsprachigen Siedlungen und Siedler Südamerikas einer breitgefächerten Untersuchung."

Die Ergebnisse seiner Übergriffe liegen in einer Vielzahl von Publikationen vor.

Hauptwerke über Südamerika:
„Pioniere in Brasilien" (1972) und
„Pioniere in Argentinien, Chile, Paraguay und Venezuela". (1976)
„Heimat Südamerika. Brasilien und Peru. Leistung und Schicksal deutschsprachiger Siedler". (1982)

Den wissenschaftlichen Wert der „erste(n) Volkskundliche(n) Zusammenfassung des deutschen Elementes in Südamerika" kann nur ermessen, wer weiß, daß ihn auf seinen „abenteuerlichen Forschungsreisen ... allein seine Gattin begleitete."

Recht aufschlußreich, was „durch Bergwelt, Urwald und Steppe erwanderte Volkskunde" (Pioniere 1972, Untertitel) an Ergebnissen alles zutage fördern kann.

„Vieles war uns anfänglich neu: einmal die vielen Rassen und Farben von Menschen, nicht minder der soziale Unterschied. Wie die Natur hier ungeheure Gegensätze aufweist, so begegnen sie einem auf Schritt und Tritt in der menschlichen Gesellschaft." (Pioniere 1972, S. 14)

Rassenmischungen und Naturvielfalt, ein für Deutsche wahrlich feindliches Milieu. Überwältigend, was Forschungsreisen an unerwartet neuen Erkenntnissen erbringen. Lebensorte gewissermaßen als Lernorte. Auf seiner Fahrt von Rio gen Süden macht der Professor weitere Entdekkungen.

„Gelegentlich sah man die aus dem Wald herausgeschnittenen 'Rocas' (Rodungen) der 'Caboclos'. Darunter versteht man die auf einer niederen Kulturstufe stehenden Mischlinge." (S. 13)
„Die Bedürfnislosigkeit war den Menschen anzusehen!" (S. 13)
„Primitives Dasein!" (S. 14)

Durch reichlich gesetzte Ausrufezeichen bedeutet uns der Verfasser seine Überzeugung, daß, läßt man der Natur (dem Blut, der Rasse) freien Lauf, wird sie alles zum Guten wenden.

„Für die Rodung des Urwaldes waren in der Tat fast nur die deutschsprachigen Siedler zu gebrauchen. Es muß ihr Verdienst bleiben, im schwierigen Gelände Brasiliens die Kultur eingeführt zu haben!" (S. 20)

Echte Pioniere also, die tief im Feindesland den Brückenkopf der Kultur schlechthin errichten.
Es war ein "überall hartes Beginnen". Der Landraub („Landnahme") erfolgte unter widrigsten Umständen, im Kampf gegen „Sümpfe, Krankheiten und Indianer".

„Viel häufiger aber als unter den Indianern hatten unsere Kolonisten auf die Dauer im oft sumpfigen Boden unter Gelbfieber und Malaria, unter Sandflöhen, Darmwürmern und anderen Krankheiten zu leiden. Die Malaria ist heute gänzlich beseitigt." (S. 34)

Gelbfieber, Sandflöhe und Indianer sind noch nicht ganz ausgerottet. Der westlichen Zivilisation ist es aber, dank deutscher Hilfe, gelungen, Reste des Ungeziefers ins Landesinnere abzudrängen.

Der Leser wird intensiv mit den Argumenten der dreißiger Jahre vertraut gemacht: Der Deutsche bereitet durch wissenschaftliche Großtaten die Entdeckung der Neuen Welt vor, entreißt sie ihrem Inseldasein, kämpft, nimmt Land, macht urbar, kurz, führt die Kultur ein.

Woher nimmt ILG eigentlich das abwertende Argument, Maniok sei von den Indianern als einzige (!) Kulturpflanze gepflegt worden?
Haben ihm das seine deutschen Volksgenossen von der Schwabenschneis versichert? Biogeographische Forschungen haben erbracht, daß Südamerika Herkunftsraum der meisten unserer wichtigsten Nutzpflanzen ist. Sie sind erst durch jahrhundertelange Auslese durch die indianische Urbevölkerung zu jenen Delikatessen geworden, als die sie nach der Conquista an europäischen Höfen geschätzt wurden.

BRÜCHER zählt für den engeren Raum Brasiliens mindestens 20 verschiedene Pflanzen auf und legt Wert auf die Feststellung, daß die Liste der 103 Nutzpflanzen aus 43 Familien keineswegs vollständig sei. Die Korrekturen ließen sich beliebig fortsetzen.

Eines muß dem Autor zugute gehalten werden: Südamerika ist zweifellos die Heimat großer Deutscher geworden, von Stroessner bis Geisel und von Eichmann bis Barbie. Wahr dürfte auch sein, daß Heino, Filbingers bevorzugter Folksänger, zu fortgeschrittener bierseliger Stunde immer beliebter wird.

Doch muß dieses Gemenge aus Blut, Erde und Schweiß unbedingt als Wissenschaft verkauft werden?
Was sind das für Vereinigungen, die dafür auch noch Auszeichnungen vergeben?
Wie lange noch sollen Südamerikas deutschsprachige Siedlungen mit solch abenteuerlichen Forschungsergebnissen überzogen werden?

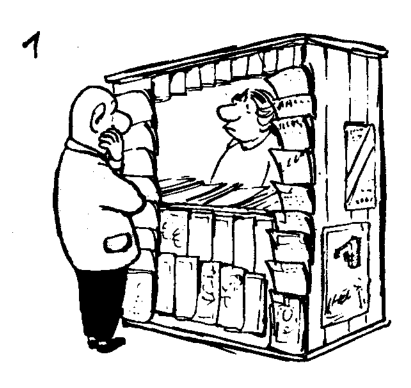
Lothar Wieser

Leserbriefe

Beitrag „Dritte Welt im Schuldenturm" Nr. 119

Liebe Freunde,

mit großem Interesse habe ich Euren Beitrag zu o. gen. Thema gelesen. Der Verschuldungskomplex wurde bisher leider kaum beachtet und seine gefährliche Sprengkraft kaum zur Kenntnis genommen.



Ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen wurde die Tatsache, daß eine besonders mächtige Nation gezielt mit Schulden Politik macht — die USA unter Reagan. Zwar ist auch diese Politik durchaus nur ein Reflex auf bestimmte wirtschaftliche Krisen, indessen ist es der Reagan-Bande gelungen, jener Krise eine ganz bestimmte Richtung im Sinne von US-Interessen zu geben. Hochrüstung, Verschuldung, Patriotismus und Aggression (und Sozialabbau, Umstrukturierung, Modernisierung ...) stehen in einem sich (für die US-Interessen) ergänzenden Zusammenhang. Auf diese zielgerichtete Krisensteuerungs- und Interessenpolitik der USA (ich meine dabei nicht, daß sie der Krise Herr werden können) im Rahmen der Gesamtverschuldung hinzuweisen, wäre m. E. Aufgabe eurer Beiträge zur Verschuldung.

Statt dessen steht da der Satz: „Trotz aller Armut gerade in diesen Ländern (der 3. Welt) wurde insgesamt mehr verbraucht, als die eigene Volkswirtschaft produziert." Abgesehen von der Tatsache, daß diese Aussage von den Hintergründen und Ursachen ablenkt, ist sie schlichtweg falsch. Wenn die Zinsrate (mit bis zu 20 %) höher liegt als die Profitrate aus der Produktion kann auch bei noch so hoher Sparsamkeit das so bezinste Wirtschaftssystem nicht zur Entfaltung kommen. Das geht so einfach nicht und der zu hohe Verbrauch (den es ja tatsächlich gegeben hat) ist dabei halt nur das Erscheinungsbild dieser faulen Sache, die ich mit dem altmodischen Ausdruck 'simple Ausbeutung' bezeichnen möchte.

Über den Weg papierener Schuldverschreibungen nach Einführung jenes besonderen Industriemodells wird die 3. Welt erbarmungslos ausgeplündert (mit Einverständnis der örtlichen Eliten, die erst jetzt zu kreischen beginnen, weil ihnen ob des ungeheueren und aufsässigen Elendes die Füße kalt zu werden beginnen.)

Ich meine der (oder die) Verfasser des o. gen. Beitrages ist da in eine Falle ökonomistischer Logelei geplumpst, weil er nicht berücksichtigt hat, daß Ökonomie im Guten wie im Bösen gesteuert werden kann und wird und zwar von den Mächtigsten der Erde (derzeit die USA) und die geben dann eben einfach ökonomisch nicht recht erklärbare neue Spielregeln vor.

In der Hoffnung auf kräftige und gute Diskussionen zu diesem Thema

Gernot Wirth



Blätter des iz3w Nr. 119, August 1984 Kenia — Interview

Liebe iz3wler,

der o. a. Artikel ist mir von Freunden in Fotokopie aus Deutschland zugesandt worden und stößt hier bei uns auf großes Interesse.

Allerdings ist dem Interview anzumerken, daß Yussuf Hassan zur Zeit nicht in Kenya lebt. Bezüglich der Harambee-Veranstaltungen bezog sich das Verbot nur auf die Zeit vor den Wahlen. Fast jeden Abend kann man im Fernsehen in den Nachrichten der „Voice of Kenya" Berichte über derartige Spenden-Veranstaltungen sehen. Zur Zeit läuft eine landesweite Kampagne für ein erweitertes Schulsystem, für das Klassenräume benötigt werden. Die Landbevölkerung stöhnt unter der Last der „freiwilligen" Spenden.

Was das Ausreißen von Teepflanzen betrifft, scheint sich auch hier die Situation geändert zu haben. Der sog. Weltmarktpreis für die in Kenya angebauten hochwertigen Sorten ist gestiegen, sodaß die von Hassan geschilderte Entwicklung zumindest im Teebereich z. Z. eher wieder gegenläufig ist. Ob dies beim Kaffee ähnlich ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

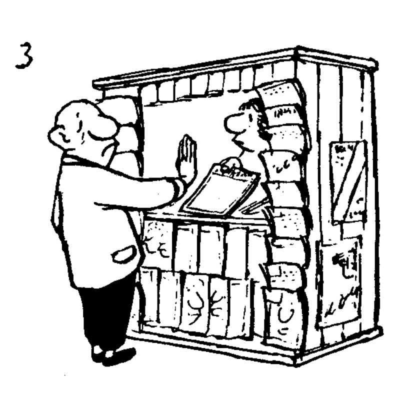
Ansonsten ist dieser Bericht für uns eine der wenigen Möglichkeiten, näheres über z. B. die Situation im früheren Northern Frontier District zu erfahren. Die Schilderungen hinsichtlich der Parlamentsabgeordneten etc. können aus meiner Sicht nur bestätigt werden. Es ist allerdings schwierig für „wazungus" (Kiswahili für Europäer), Kontakte zu kritischen oder gar oppositionellen Kenianern zu bekommen, da die Angst sehr groß ist.

Wolfgang Joithe

Blätter des iz3w Nr. 118 und 119

Liebe Leute vom iz3w,

die folgende Kritik an den neuen Blättern (die letzten beiden Nummern) ist nicht inhaltlich, da keine Veränderungen zu den vorherigen feststellbar ist, sondern rein formal. Meiner Meinung nach hat sich die äußere Erscheinung der Blätter in den letzten beiden Nummern verschlechert. Die Überschriften zwischen den beiden Balken oben auf den Seiten wirken optisch nicht, wirken sehr amateurhaft. Euer vorheriges Erscheinungsbild war besser. Was aber noch schlimmer ist, die Blätter wirken wie eine Zeitschrift, in der von einem Analphabeten Korrektur gelesen wird. In den Nummern 118 und 119 war das Weiterlesen manchmal eine Qual,



da durch Rechtschreibfehler oder falsche Zeichensetzung auch Sinnentstellungen vorkamen. Habt ihr Euren Korrektor gewechselt? Und last but not least finde ich, daß kein Argument dagegensprechen sollte, auf Umweltschutzpapier zu drucken.

So jetzt Schluß mit dem Gemecker. Inhaltlich seid Ihr nach wie vor sehr gut und im deutschsprachigen Raum durch nichts zu ersetzen.

Mit solidarischen Grüßen
Wolfgang Lippel

Tagungshinweise

Gesundheitstag Bremen, 1.-7. Oktober 84
Bremer Gesundheitsladen e. V., Braunschweigerstr. 53b, 28 Bremen 1

4. Malente Symposium in 2427 Malente
Die weltwirtschaftliche Bedeutung von Auslandsinvestitionen und Technologietransfer, 8.-10. Oktober 1984, Drägerstiftung, Drägerwerk AG, Moislinger Allee 53/54. 24 Lübeck

Welchen Weg geht die entwicklungsbezogene Bildung in den Schulen? 29.-31. Oktober in 5840 Villigst, Fachtagung für Lehrer und Lehrerfortbildner, Comenius-Institut, Schreiberstr. 12, 44 Münster

Frieden für das südliche Afrika! Konferenz 12.-14. Oktober 1984, Bonn/Köln Organisation: Konferenz südliches Afrika 84, Kaiserstr. 71, 53 Bonn 1

Workshop: Ausländische Journalisten erleben die Bundesrepublik — ein ökumeischer Beitrag zur Lösung des Nord-Sud-Konfliktes? 24.-29. September 1984, in 6482 Bad Orb, Dienst in Übersee, Referat Publizistik, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Kriege in der Dritten Welt, 12.-14. Oktober 1984, in 3520 Hoffgeismar, Evangelische Akademie Hofgeismar PF 1205, 3520 Hofgeismar

Referentenseminar „Entwicklungspolitik" 21.-23. September 1984 in Bonn EBAG, Bertha von Suttner Platz 12, 53 Bonn 1

Künstler für den Frieden am 9. September 1984 in Dortmund/Westfalenhalle Politisches Forum am 8. September 1984 in der Westfalenhalle Krefelder Initiative, c/p Josef Weber, Amsterdamerstr. 64, 5000 Köln 60

Wirtschaftliche Beziehungen mit der Dritten Welt — schließen sie Gerechtigkeit aus? 20/21. Oktober 1984 in Freiburg
Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg, Wintererstr. 1, PF 947, 7800 Freiburg

Abstimmungswochenende für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke am 22./23. September 1984 in Kaiseraugst, Nationale Koordination der AKW-Gegner-Organisationen PF 4050, CH-3001 Bern, PC 30-792

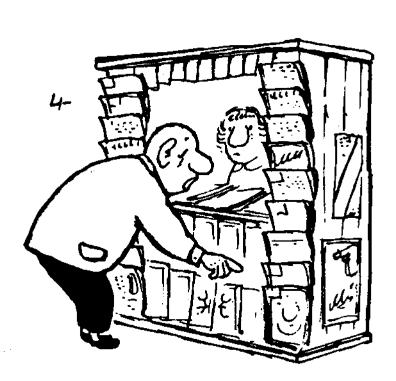
Alphabetisierung und Erziehungswesen in Mozambik 2.-4. November 1984 in 5883 Kierpse-Grünenbaum
Anm.: c/o Ferdinand Escher, An der Heerwege 20, 5800 Hagen — Emst (Koordinierungskreis Mozambik)

Auf der Suche nach einer „sanften Naturwissenschaft" 4.-7. Oktober 1984 in Wuppertal, Kongreß-Büro: Evang. Akademikerschaft, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

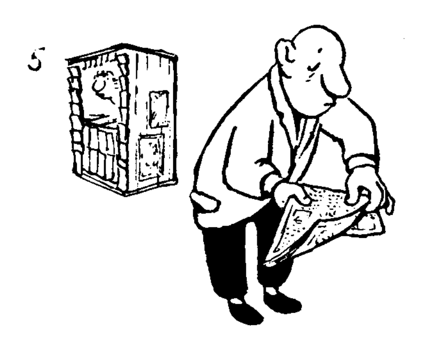
Zeitschriftenübersicht

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 5, August 1984
Schwerpunktthema:Südafrika und Zimbabwe: Frauen im Widerstand
Südafrika: Unterdrückung, Ausbeutung und Widerstand — Dorothy Nyembe: Symbol für Mut und Widerstand — Fünf Frauen in Südafrika — Rita Ndzanga: Gewerkschafterin in Südafrika — 'Wir sind schwarz und wir sind Frauen' — Noch sind es wenige weiße Frauen — Zimbabwe: Brautpreis, Baby-Dumping, Prostitution — Wir wollen ein eigenes Land — Aufruf für das Zimbabwe Women's Bureau — Mosambik: Nadel und Zwirn für die OMM — Südafrika: Gewerkschaftseinheit: Nationale Föderation beschlossen — Wir haben in der UDF unseren Platz — Die Kosten für Bothas Frieden — Söldnerbewegung für Südafrika — Waffen für Südafrika
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

ila-info Nr. 78, Juli/August 1984
Schwerpunktthema: Versinkt die Welt in Schulden? Teil I: Apocalypse soon — Berichte und Hintergründe zu: Costa Rica: Aufrüstung — Honduras: Opposition — Gegenrede Galeanos auf den „offenen Brief" von F. Arrabal an Fidel Castro — Länderberichte zu: Brasilien, El Salvador, Grenada, Guatemala — Außerdem zur Solidaritätsbewegung: Rio San Juan, Eine Reise ans Ende der Welt — Schlimmer als in der Kolonialzeit, AK Dritte Welt St. Peter/ Recklinghausen zeigt Brasiliens Botschaft die gelbe Karte — Die Bayer AG — Offener Brief an den Präsidenten Perus — Die Revolution für Kinder, Eine reale Utopie — Notizen aus der Bewegung, Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau, Materialliste — Preis 3,- DM; Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e. V., Römerstr. 88, 53 Bonn



Peripherie, Nr. 15/16, Juli 1984
Schwerpunkt: Weltwirtschaftskrise
Die Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise (Asche/Ramal hl) — Südkorea: Auf den Spuren der Japaner? (Du-Yul Song) — Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die weltweite Neustrukturierung der Elektronikindustrie (D. Ernst) — Das Problem der nichterneuerbaren Ressourcen (D. Mezger) — Rohstoffabkommen — ein zweischneidiges Schwert — (Theo Mutter) — Die Kreditpolitik der amerikanischen Banken (C. Dziobek) — Die Verschuldung Mexicos (P. R. Gonzales) — Die Stabilisierungspolitik des IWF — Das Beispiel Costa Rica — Militärstrategie um Südkorea (Lee Young Hee) — Auch in der Dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen — Warum? (V. Bennholdt-Thomsen)
Vertrieb: Peripherie c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Doppelheft 16,- DM



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Nr. 106, Juni 1984
Schwerpunkt: Frauen zwischen Tradition und Befreiung
Frauen in Zimbabwe — Traditionen wirken fort — Interview mit einer Frau vom Lande — Gespräch mit kapverdianischen Frauen — Lehrgeld und Wechselgeld oder der Blick der Janusköpfigen auf die Polygamen — Frauen im ländlichen Indien — „Wir sind nicht dümmer als unsere Männer" Ansätze der neuen palästinensischen Frauenbewegung — Zehn Jahre im Exil (eine Chilenin berichtet) — Schwarz-Weiß-Malerei (Filmbesprechung-Frauengruppen-Frauenaktionen, Literaturhinweise, Spendenaufrufe
Bezug: ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

AIB — Antiimperialistisches Informationsbulletin, Sonderheft 4/1984
Thema: „Nicaragua — 5 Jahre nach der Revolution
36 Seiten, 2,- DM
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3500 Marburg





Mittelamerika Magazin 39/40 Juli/August 1984
Schwerpunktthema: Nicaragua: Völkermord an den Miskitos? — ai: Menschenrechte — GfbV: „Ein unhaltbarer Vorwurf" — Dokumentation der Untersuchungsberichte von Nitschmann und CIDCA — Eden Pastora: Gewinner eines Attentats — Die Werkstatt am Rio San Juan — Wahlgesetz — Die Parteien in Nicaragua — Umsiedlungen an der Südgrenze und neue Projekte — Außerdem: El Salvador: Flüchtlinge — Gewerkschaftliche Massenarbeit in El Salvador — Wie weiter, Herr Duarte? — Costa Rica: „Honduranisierung" — oder strikte Neutralität — Guatemala: Wahlkampf — Humanitäre Hilfe und militärische Kontrolle — 68-Millionen Kredit — Außerdem: Rückblick: „Der große Kampf um Lateinamerika" — Solidaritätsarbeit: Die APIA in Nicaragua
Einzelpreis 6,- DM, normales Heft 3,- DM 6-Hefte-Abo 18,- DM
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

DED-Brief Nr. 2/84
Schwerpunktthema: „Mitbestimmung" im Deutschen Entwicklungsdienst. Außerdem: Hunger und Krieg in der Tete Provinz/Mosambik — Nahrungsmittelhilfe für Mosambik — Hilfe für Dorfgenossenschaften im Sahel — Mit dem Volk arbeiten (ein Entwicklungshelfer wird Ehrenbürger in Brasilien — Afrikanische Literatur — Adressen von Aktionsgruppen — Terminkalender
Kostenloser Bezug: DED, Kladowerdamm 299, 1000 Berlin 22

Neuerscheinungen

Frauke Gewecke: 1984, Die Karibik: zur Geschichte, Politik und Kultur einer Region. Verlag Klaus Dieter Vervuert Frankfurt/M., DM 16,80

Ahad Rahmanzadeh: 1984, Revolution und Re-Islamisierung im Iran. Bezug durch den Autor, Limperichstr. 86, 5300 Bonn 3,12.- DM

Ahad Rahmanzadeh: 1984, Die Gewerkschaftsbewegung im Iran. RE-LI Verlag, Lange Laube 19, 3000 Hannover 1, 6.- DM

Frank Niess: 1984, Der Koloss im Norden — Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA. Verlag Pahl-Rugenstein, Köln

Helmut Asche: 1984, Industrialisierte Dritte Welt? VSA-Verlag Hamburg, 38.- DM

Hans-Bernd Schäfer: 1984, Jenseits des Krisenmanagements — Internationale Schuldenkrise und IWF-Kredite. Bezug über Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Peter Heine/Reinhold Stipeck: 1984, Ethnizität und Islam — Differenzierung und Integration muslimischer Bevölkerungsgruppen. Verlag Andreas Müller

Michael Dauderstädt: 1984, Entwicklungspolitik ohne Entwicklung — Eigenanstrengung, Ordnungspolitik und Politisierung im Nord-Süd Verhältnis. Bezug über Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert Stiftung, Godesberger-Allee 149, 5300 Bonn 2

Problems of International Cooperation, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert Stiftung, 1984. Verlag Neue Gesellschaft GmbH Bonn

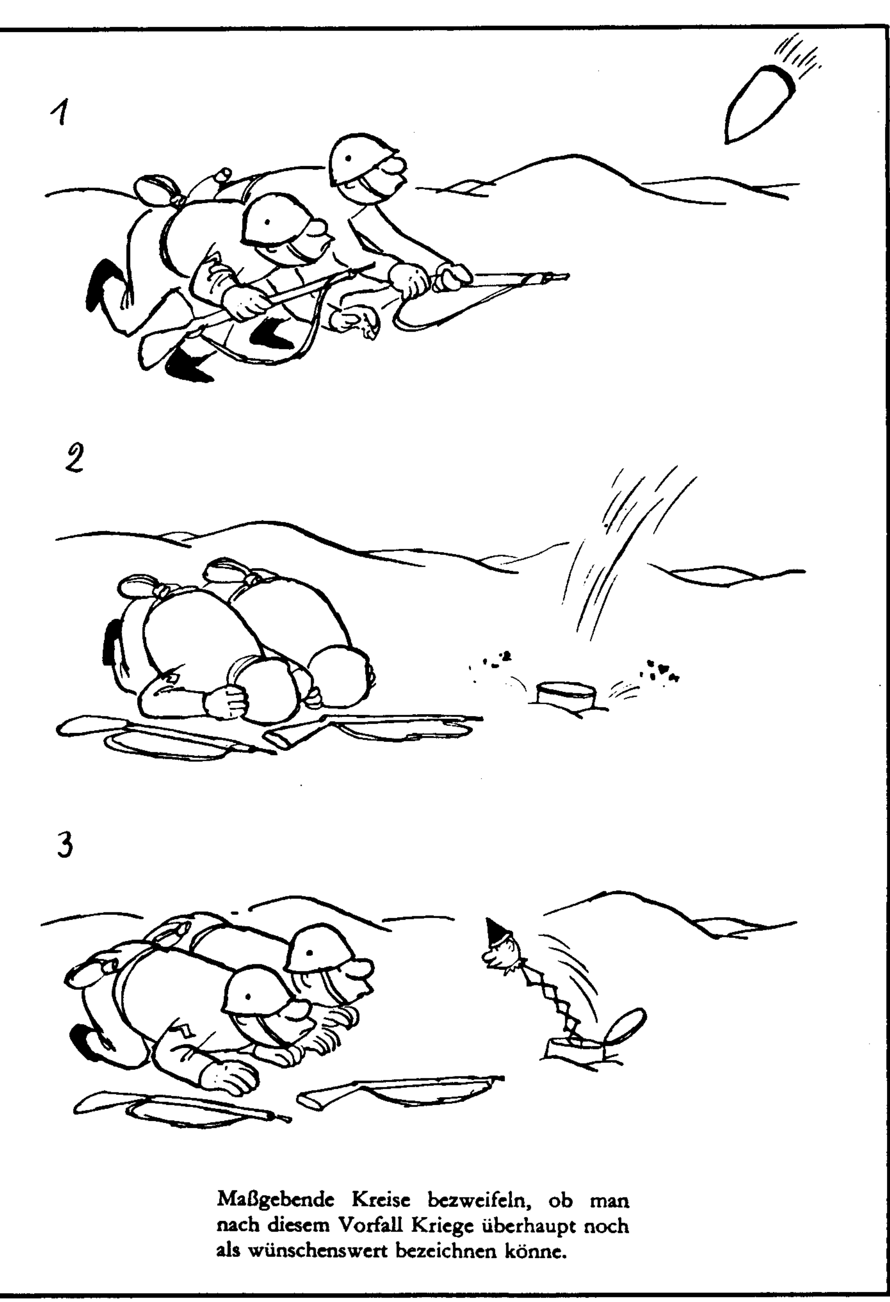
Frauen in Thailand, hrsg. vom TISK-Thailand Informations und Solidaritätskomitee München, 76 S., 7,50 DM

Zwischen den Jahren — Mit den Arbeitsbrigaden in Nicaragua, hrsg. Reimar Pauh, Verlag Die Werkstaat, Göttingen, 1984, 156 S., 14,80 DM

Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien, hrsg. vom Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Alsterglacis 8, 2000 Hamburg 36

1983:Grenada — 1984 Nicaragua? hrsg. von Internationale Sozialistische Publikationen, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1984, 3,50 DM



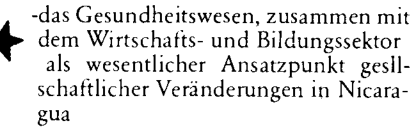


Maßgebende Kreise bezweifeln, ob man nach diesem Vorfall Kriege überhaupt noch als wünschenswert bezeichnen könne.

»...und ich weiß, daß ich noch bleiben will«

Gesundheitsbrigaden in Nicaragua

das Buch thematisiert:

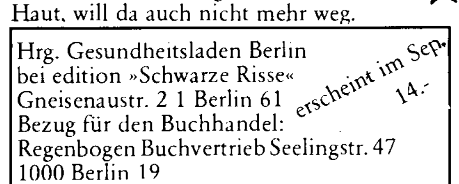


-das Gesundheitswesen, zusammen mit dem Wirtschafts- und Bildungssektor als wesentlicher Ansatzpunkt gesllschaftlicher Veränderungen in Nicaragua
-was hat sich hier durch die sandinistische Revolution real und konkret verändert?
-inwiefern setzt das somozistische Erbe noch »objektive« Grenzen?
-inwiefern sind die sandinistischen Vorstellungen bezüglich des Gesundheitswesens »revolutionär« und wie werden sie umgesetzt?
-worin liegen die Schwierigkeiten und Hemmnisse, bei der Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses im bedrohten Nicaragua?
-wie geht das? internationale Solidarität als konkrete Alltagserfahrung im Kriegsgebiet Nicaragua?



Leseprobe:
...die Nähe des Krieges also oft auf diese plötzliche indirekte Weise. Anders bei dem Überfall der Contra am 17. Dezember auf Chilali, einer Kooperative 20km von Somoto entfernt, wobei drei Companeros umgekommen sind. Das war gerade nach unserer Ankunft hier, war plötzlich hautnah und machte trotzdem nicht in diesem Sinne Angst, sondern eher eine angespannte unruhige Überwachheit, die mich öfter überfällt. Mir kommen viele Gedanken, die ich in Berlin gedacht habe, auch und gerade Gedanken um Angst, ziemlich daneben vor. Weil man einfach lernt, damit anders umzugehen. ...ich merke ich kann das alles nur schwer beschreiben. Und noch schwerer fällt es mir, zu sagen, wie es mir eigentlich geht, auch darum weil mir die Frage manchmal unwichtig erscheint. Ich habe ja nie in meinem Leben vorher so gelebt, weder so unausweichlich nahe mit andern Menschen zusammen, so daß die eigene Privatheit sich fast ausschließlich auf das eigene Bett beschränkt. Der Begriff »internationale Solidarität« war eher mit einer Demo über den Ku-Damm assoziiert, als mit konkreten Inhalten. Revolution und Bewaffnung des Volkes waren für mich konkret nicht vorstellbar, geschweige denn Krieg oder eine kriegsähnliche Situation. Ich weiß nicht ob es mir gut geht. Ich weiß aber, daß die Vorstellung, ich müßte in drei Wochen hier abreisen, auf merkwürdige Weise fast wehtut. War nie vorher so hundert Mal hin-undhergerissen, so nahe an Gefühlen, so oft betroffen wie hier. Irgendwas an diesem Land geht mir unter die Haut, will da auch nicht mehr weg.





Hrg. Gesundheitsladen Berlin
bei edition »Schwarze Risse«
Gneisenaustr. 2 1 Berlin 61
Bezug für den Buchhandel:
Regenbogen Buchvertrieb Seelingstr. 47
1000 Berlin 19

erscheint im Sep. 14.-

Tagebücher/Briefe/Berichte/Einschätzungen/Dokumentation sind Inhalt des Buches

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

